

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



22. Oktober 1983  
Jg. 4 Nr. 21

G 7756 D

Preis:  
2,50



Fernverkehr: Warnstreik der ÖTV zeigt Wirkung Seite 7



Volksbefragung: Gegen die Aufstellung der Raketen, aber für die deutsche Wiedervereinigung? Seite 10



USA: AFL-CIO: Forderungen zur Präsidentenwahl Seite 12

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Inhalt</i>	21/1983
<i>IGM-Gewerkschaftstag:</i> IG Metall legt Politik zur Raketenstationierung, 35-Stunden-Woche und Lohnbewegung fest .....	Seite 3
<i>Entschließung des Gewerkschaftskongresses</i> .....	Seite 4
<i>Für ein chauvinistisches Expansionsprogramm: „Schlitterschluß“-Aufforderungen der SPD</i> .....	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Westdeutsche Stahlmonopole:</i> Klagen gegen die EG-Konkurrenz – Erpressung der Belegschaften .....	Seite 7
<i>Fernverkehr:</i> Warnstreik der ÖTV zeigt Wirkung .....	Seite 7
<i>Ausländerpolitik:</i> DGB-Vorstand ergänzt seine Grundsätze: Die BRD sei „kein Einwanderungsland“ .....	Seite 8
<i>Neue BVG-Richter:</i> Klerikale, offen reaktionäre Elemente gestärkt .....	Seite 9
<i>Berufsausbildung:</i> „Sonderprogramm“ gegen Tarifverträge .....	Seite 9
<i>Volksbefragung:</i> Gegen die Aufstellung der Raketen, aber für die deutsche Wiedervereinigung? .....	Seite 10
<i>Gesetzentwurf des Koordinationsausschusses</i> .....	Seite 10
<i>USA-BRD:</i> Carstens bekräftigt Waffenbrüderschaft ...	Seite 11
<i>USA: AFL-CIO:</i> Forderungen zur Präsidentenwahl ....	Seite 12
<i>Lohn-/Lebensstandard:</i> Christliches Notprogramm für die Armen? Die Arbeiterbevölkerung hätte teuer zu bezahlen .....	Seite 13
<i>Weniger zum Leben bei den Niedrigeinkommen, Förderung der Besserverdienenden</i> .....	Seite 14
<i>Christlich-liberales für den „Aufschwung“: Das Haushaltsgesetz 1984</i> .....	Seite 16
<i>Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – der Mieterverein soll schuld sein</i> .....	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Krankenhäuser:</i> Bereitschaftsdienst – Probleme bei der Umsetzung des Tarifvertrages .....	Seite 19
<i>Kfz-Handwerk:</i> Tarifabschluß nach fünf Streikwochen .	Seite 19
<i>IGM-Ortsverwaltung Stuttgart:</i> IG Metall macht mobil gegen Intensivierung, Leih- und Heimarbeit .....	Seite 20
<i>Privatisierung:</i> Gewerkschaften starten Gegenoffensive .	Seite 21
<i>10000 „Friedens“-Tage:</i> CDU durchaus nicht in der Vorderhand .....	Seite 21
<i>Gerling-Konzern:</i> 25 Jahre „Neue Reichskanzlei“ und weiterer Zugriff auf die Stadt .....	Seite 22
„Und dann kommen die Schakale dran“ .....	Seite 23
<i>Milchkontingentierung:</i> Kleinere Milcherzeuger werden ausmanövriert .....	Seite 23
<i>Ausländerausschuß:</i> Forderungen gegen Ausländerhetze	Seite 23
<i>Neonazis:</i> Deckung durch den Staat .....	Seite 24
<i>Graue Wölfe:</i> Prozesse gegen Antifaschisten .....	Seite 24
<i>Kostendämpfung:</i> Von Wiederherstellung der Arbeitskraft bei Kuren kann keine Rede sein .....	Seite 25
Bis zu 60% weniger Kuren für Lohnabhängige und ihre Familien .....	Seite 26
<i>Stichwort:</i> Medizinische Rehabilitation .....	Seite 27
<i>Internationalen Nachrichten</i>	Seite 28
<i>Friedensnobelpreis:</i> Imperialisten mürrisch: „Wenig Aussichten auf eine Erhebung in Polen“ .....	Seite 29
<i>Frankreich:</i> „Sanierungspläne“ des Peugeot-Konzerns .	Seite 29
<i>Österreich:</i> Keine 35-Stunden-Woche – Lohnsenkung .	Seite 30
<i>Niederlande:</i> Gewerkschaftsproteste gegen Haushalt '84	Seite 30
<i>El Salvador:</i> FMNL bildet erste Regionalregierung .....	Seite 31
<i>Libanon:</i> Opposition fordert neue Verfassung .....	Seite 31
<i>Brasilien:</i> Imperialistische Banken diktieren Wirtschafts- und Lohnsenkungsprogramm .....	Seite 32
Gewerkschaften bereiten Kampfmaßnahmen vor .....	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Zehnter Detmolder Kunstmarkt:</i> Beitrag zur Auseinandersetzung mit vielfältigen künstlerischen Aktivitäten...	Seite 34
<i>Dem Hause „Hör zu“ entsprungener Roman</i> .....	Seite 34
<i>Ausbruch aus dem „Puppenheim“</i> .....	Seite 34
<i>Eine Geschichte der Armen im Gefängnis</i> .....	Seite 35
<i>Arno Breker:</i> Nazi-Bildhauer modelliert jetzt das „Junge Europa“ .....	Seite 35
<i>Global 2000:</i> Zukunftsmusik für westdeutsche Kapitalisten im Exportgeschäft .....	Seite 36
<i>Pastellkreide-Zeichnung</i> .....	Seite 37
<i>Stahl:</i> Drastischer Lohneinbruch – auch eine Folge der Schichtarbeit .....	Seite 38
<i>In 27 Stunden Arbeitszeit die gleiche Produktion wie 1955 in 48 Stunden</i> .....	Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

# IG Metall legt Politik zur Raketenstationierung, 35-Stunden-Woche und Lohnbewegung fest

Der Gewerkschaftstag der IG Metall ist unterbrochen, nicht beendet, und wer könnte mit Sicherheit sagen, daß die bereits gefallenen Entscheidungen bei der Verlängerung Bestand haben? Dennoch sind nun Entscheidungen über die Politik gefallen, die die IG Metall in nächster Zeit zu machen gedacht. In diesem aktuellen Sinne wichtig sind Diskussion und Beschlüsse hinsichtlich der Raketenstationierung sowie hinsichtlich der Tarifforderungen zur 35-Stunden-Woche und auch schon zu den Lohnbewegungen.

schließung des Gewerkschaftstages 1980 nicht enthalten war. Die Folgen für den weiteren Gang der Diskussion waren denkbar schädlich. Nicht unerhebliche Kräfte versuchten nämlich, dem Gewerkschaftstag eine Legitimation für Kampfactionen der IG Metall gegen die Stationierung abzuringen. Sie gruppieren sich um einen Ergänzungsantrag, der lautet:

„Nach dem 5. Absatz ( . . . Auseinandersetzung weiter erhöhen.) ist einzufügen:

„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchgeführt werden, for-

„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegung gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen.“

Obwohl eine ganze Reihe von Delegierten versuchten, gegen diesen „Kompromißvorschlag“ anzutreten, fand dieser eine dicke Mehrheit. Wie war es möglich, daß ein Initiativantrag, der ohne jeden Zweifel Kampfmaßnahmen gegen die Raketenrüstung zu erleichtern suchte, zu einer Beschußfassung führte, die Kampfmaßnahmen gegen eben diese Raketenrüstung nur noch erwähnt, um sie zu erschweren?

Die IGM-Linke war bereits verloren, als sie die Bundesregierung mit dem Vorwurf überzog, „die Souveränität der BRD in einer Überlebensfrage des Volkes“ aufzugeben, statt es bei der Feststellung bewenden zu lassen, daß die Regierung gegen das Lebensinteresse des Volkes hande. Der gekünstelte Versuch, die Regierung in einen Gegensatz zum Verfassungsauftrag zu bringen und sich dann auf den § 2, der die IGM zur Verteidigung der Verfassung verpflichtet, zu berufen, konnte von interessierten Kräften benutzt werden, um die Duldung der Stationierung auf dem Boden der FDGO über den Gewerkschaftstag zu proklamieren.

Warum hat die IGM-Linke nicht versucht, die Forderung nach einer Volksbefragung bzw. einem Volksentscheid auch zum Anliegen der IGM zu machen? Die Möglichkeit dazu bestand, immerhin lag von der Verwaltungsstelle Lörrach dazu ein Antrag vor, und immerhin hatte die Kommission für diesen Antrag die Annahme als Material bereits empfohlen, und immerhin wurde dieser Antrag mit nur einer Gegenstimme als Material überwiesen, so daß die Mehrheitsverhältnisse so ganz schlecht nicht gewesen sein könnten. Warum hat niemand dafür gesprochen?

Der zweite heftig umstrittene Themenkomplex wurde anlässlich der Entschließung Nr. 12 „Tarifpolitik“ verhandelt. Hier ist zuerst eine traurige Botschaft zu überbringen. Der frischgebackene Vorsitzende Mayr tat in seinem Grundsatzreferat den folgenden Ausspruch:

„Die IG Metall weiß, daß es die 35-Stunden-Woche nicht zum Nulltarif gibt. Was



Alte und neue IGM-Vorsitzende: (von links) Loderer, Steinkühler, Mayr

Eine ausführliche Diskussion gestattete der Gewerkschaftstag sich über die nebenstehend in der Endfassung dokumentierte Entschließung Nr. 3 „Frieden, Entspannung und Abrüstung“. Eine Dokumentation sämtlicher Veränderungen, die dieser Entschließung auf dem Gewerkschaftstag widerfahren sind, verbietet sich hier aus Platzgründen. Neu sind vor allem Gedankengänge wie im Abschnitt 6:

„Mit der Stationierung atomarer, chemischer und biologischer Waffen wird die Souveränität der BRD in der Überlebensfrage des Volkes aufgegeben und auf eine andere Staatsmacht übertragen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre vom Grundgesetz übertragenen Aufgaben selbst wahrzunehmen, die Stationierung dieser Waffen zu verhindern und schon gelagerte vom Boden der BRD entfernen zu lassen.“

An der schönen Idee, daß deutsche Kälber Anspruch auf einen deutschen Metzger hätten, hat sich laut Protokoll niemand gestört, obwohl doch sonst der Widerstand gegen alles Neue auf Gewerkschaftstagen nicht gering ist und ein solcher Unsinn in der Ent-

dert der Vorstand der IG Metall die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegung gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen.“

Die entsprechende Passage im § 2 der Satzung der IG Metall lautet:

„Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).“

Die Antragskommission hat dann den so begründeten Antrag zur Ablehnung empfohlen, und der Vorstand sprach auch dagegen. Trotzdem ergab sich in einer langen Debatte die vielleicht schwache Möglichkeit einer Abstimmungsniederlage von Antragskommission und Vorstand. Daraufhin entschloß sich die Antragskommission, einen „Vermittlungsvorschlag“ zu versuchen. Dieser lautete:

## Entschließung des Gewerkschaftskongresses

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag stellt mit großer Sorge fest, daß die Politik der Entspannung und des politischen Ausgleichs, die in den 70er Jahren begonnen wurde und an der die sozial-liberale Bundesregierung maßgeblichen Anteil hatte, abgelöst worden ist durch verstärkte Konfrontation und das Streben nach militärischer Überlegenheit. Entspannung und Abrüstung sind der einzige Weg, den Frieden in der Welt zu sichern. Der Gewerkschaftstag fordert deshalb alle politischen Kräfte in unserem Land mit Nachdruck auf, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen.

Die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen durch die Drohung mit Massenvernichtung ist unglaublich, denn die Anhäufung immer größerer Vernichtungspotentiale führt nicht zu mehr Sicherheit; im Gegenteil, die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit wird dadurch ständig weiter erhöht. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den großen Militärblöcken wird zusätzlich dadurch vergrößert, daß neue Waffentechnologien und darauf aufbauende Militärstrategien begrenzte atomare Kriege scheinbar möglich werden lassen. Ein solcher Krieg verwandelt die BRD und Europa in eine atomare Wüste, vernichtet alles Leben und damit endgültig die vom Grundgesetz vorgegebene soziale und demokratische Ordnung. Solche wahnwitzigen Überlegungen und Pläne stoßen auf den entschlossenen Widerstand der IG Metall. Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt mit Entschiedenheit alle Bestrebungen, die die Gefahr der Massenvernichtung auf diese Weise weiter erhöhen. Er bekräftigt die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms von 1981 nach einem Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und Anwendung atomarer Massenvernichtungsmittel.

Die Gegenverhandlungen zur Reduzierung der atomaren Mittelstreckenpotentiale in Europa sind ernsthaft und zügig zu Ende zu führen. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die UdSSR müssen weiter gedrängt werden, Lösungen zu finden, die eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ausschließen und in der Folge zum Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art führen.

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die beiderseitig kontrollierte Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Mit aller Entschiedenheit wendet sich der 14. ordentliche Gewerkschaftstag gegen die im sogenannten Doppelbeschuß der NATO vom 12.12. 1979 enthaltene „Nachrüstungsausmatik“, die davon ausgeht, daß – falls beiderseitig akzeptierte Verhandlungsergebnisse nicht vorliegen – unmittelbar mit der Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik und von Marschflugkörpern in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern begonnen wird. Eine solche Nachrüstungsausmatik darf es nicht geben. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und muß verhindert werden.

Der Gewerkschaftstag fordert gleichzeitig die Sowjetunion, England und Frankreich auf, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten, die schon heute eine Bedrohung ganz West- und Osteuropas darstellen, abzubauen. Darüber hinaus wendet sich der Gewerkschaftstag gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, die durch extrem kurze Flugzeiten und hohe Treffgenauigkeit das ohnehin fragwürdige Konzept der atomaren Abschreckung vollends aus den Angeln heben und die Gefahr der atomaren Auseinandersetzung weiter erhöhen. Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegungen gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen.

für die Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, steht für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung.

An den zusätzlichen Kosten der Arbeitszeitverkürzung wird die deutsche Wirtschaft nicht kaputtreißen.

An einer zusätzlichen Beschäftigungslücke, an dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und ihren Folgen könnte unsere Gesell-

Mit der Stationierung atomarer, chemischer und biologischer Waffen wird die Souveränität der BRD in der Überlebensfrage des Volkes aufgegeben und auf eine andere Staatsmacht übertragen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre vom Grundgesetz übertragenen Aufgaben selbst wahrzunehmen, die Stationierung dieser Waffen zu verhindern und schon gelagerte vom Boden der Bundesrepublik entfernen zu lassen. Eine lückenlose Information der Bevölkerung über diese Bemühungen ist sicherzustellen.

Der Gewerkschaftstag ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle von Bündnisystemen gelegene und exponierte Bundesrepublik Deutschland noch mehr als für andere Länder Mitteleuropas Frieden, Entspannung und Abrüstung ganz besonderes Gewicht haben. Der Weltfrieden wird nicht zuletzt auch durch die Aufrüstung der Dritten Welt gefährdet, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüber hinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder dringend erforderlich sind. Der Gewerkschaftstag fordert die Bundesregierung auf, keine Ausweitung von Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik zuzulassen, die Waffenexporte in Länder der Dritten Welt weiter einzuschränken und sich für internationale Regelungen zur Beschränkung des Waffenhandels einzusetzen. Der Verteidigungshaushalt ist entsprechend den Beschlüssen der UNO um jeweils 10% zu senken.

Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmen alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen.

Aktiver Einsatz für Frieden, Entspannung und Abrüstung setzt den Ausbau einer systematischen Friedens- und Konfliktforschung voraus, die drohende Spannungen rechtzeitig erkennbar macht und vorausschauende Möglichkeiten der Konfliktvermeidung und -bewältigung aufzeigt. Der Gewerkschaftstag protestiert gegen die zunehmende Einschränkung dieses Forschungsbereichs. Er setzt sich gleichzeitig für eine größere Verbreitung der Forschungsergebnisse ein, nicht zuletzt im Rahmen einer Friedenserziehung an den Schulen.

Die Aufgaben unserer Zeit können nur durch eine solidarische Zusammenarbeit der Menschen, Völker und Staaten gelöst werden. Voraussetzung hierfür ist und bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Allein ein dauerhafter und noch wesentlich zu verstärkender Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung, in dem der DGB und die Einzelgewerkschaften in Übereinstimmung mit ihrem Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ als die älteste und stärkste Friedensbewegung eine führende Rolle spielen, kann die Politik nachhaltig beeinflussen. Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand, die Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen auf, durch verstärkte Aktivitäten zu diesem großen Ziel der Gewerkschaften beizutragen. Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen, ausgehend von ihrem Aufruf „Frieden durch Abrüstung“, eine wesentlich aktiveren Rolle in der Friedensbewegung übernehmen. Dazu gehört unter anderem auch die persönliche Unterstützung von Appellen und Initiativen, die die gewerkschaftlichen Grundauffassungen zu Frieden und Abrüstung unterstützen. Alle Gliederungen der Organisation sind aufgerufen, den traditionellen Antikriegstag zu nutzen, um noch stärker als bisher die friedens- und entspannungspolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in die Öffentlichkeit zu tragen und ihnen damit zusätzliches Gewicht zu verleihen.

Quelle: Entschließung E3, Frieden, Entspannung und Abrüstung, Text gegenüber dem Entwurf geändert nach den Protokollen des Gewerkschaftstages der IG Metall

schaft zu Grunde gehen. Deswegen muß die 40-Stunden-Woche weg.“

Damit ist klar, daß die IG Metall zwar formell einen Lohnausgleich erzielen will, aber gleichzeitig an ein weitgehendes Entgegenkommen bei der jährlichen Tariflohnernhöhung denkt. Das heißt: die immer wieder und immer wieder energische Beto-

nung der Notwendigkeit des „vollen Lohnausgleichs“ ist eine leere Phrase, und der Vorstand der IG Metall hat damit erklärt, weitere Reallohnensenkungen wohl hinnehmen zu wollen, wenn nur eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit damit einhergeht.

Unter solchen Umständen ist es äußerst vorteilhaft, gewissermaßen ein

Rettungsanker, daß eine Delegiertenmehrheit die Aufnahme der Forderung nach „stärkerer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sockel- oder Mindestforderungen im Rahmen der jährlichen Tarifbewegungen“ erzwungen hat. Die Aufstellung einer Lohnforderung, die wenigstens verhindert, daß die 35-Stunden-Woche sich für viele als ein Luxus darstellt, den sie sich nicht leisten können, ist jedenfalls erleichtert.

Zu einer bedauerlichen Durchsetzung des Vorstandes kam es aber in zwei anderen Fragen: Nicht wenige Delegierte beantragten, eindeutig zu sagen, daß Ziel der Verhandlungen der 7-Stunden-Tag sei und nicht irgendetwas anderes. Diesem Anliegen versagte sich die Mehrheit der Delegierten. Argumente waren: das wäre in Betracht der verschiedenen, mit der Schichtarbeit verbundenen Probleme nicht optimal für die Belegschaften, jedenfalls nicht für viele.

Glücklicherweise setzte sich der Standpunkt der Kritiker des 7-Stunden-Tages – diese hatten einen eigenen Antrag formuliert, der die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche über einen Acht-Wochen-Durchschnitt vorgesehen hat – dann auch nicht durch. Danach stünde also für die Tätigkeit der IG Metall in den nächsten Monaten fest:

Der Gewerkschaftstag ruft nicht auf, der Raketenaufstellung durch „gewerkschaftliche Kampfactionen bis hin zum Streik entgegenzutreten“; der Gewerkschaftstag überläßt es dem politischen Urteil des Vorstandes, ob dieser irgendwann und irgendwie eine Volksabstimmung in der Raketensache für zweckmäßig findet oder nicht.

Der Vorsitzende Mayer kündigt *unwiderspochen* an, die IG Metall wisse, daß die 35-Stunden-Woche „nicht zum Nulltarif zu haben“ sei und signalisiert die Bereitschaft, bei Lohnabkommen zurückzustecken; der Gewerkschaftstag schafft aber auch beschlußmäßige Voraussetzungen, wenigstens die Lohninteressen im unteren Einkommensbereich zu wahren; eine Beschlußgrundlage für die Festschreibung der Arbeitszeitverkürzung als 7-Stunden-Tag wird nicht geschaffen, aber Flexibilisierungsvorstellungen erhalten eine eindeutige Absage.

Wer in der Beschlußfassung dieses Gewerkschaftstages nach Ansatzpunkten im Kampf gegen die Kapitalisten und politische Reaktion sucht, kann sie finden. Wer aber übersehen wollte, daß ebenso zahllose Hindernisse und Hürden für die Entwicklung eines proletarischen Interessenstandpunktes und proletarischer Politik errichtet wurden, machte sich und anderen Illusionen.

Quellenhinweis: Antragsmaterial und Protokoll des 14.0. Gewerkschaftstages der IG Metall – (maf, rü)

## Für ein chauvinistisches Expansionsprogramm: „Schulterschluß“-Aufforderungen der SPD

Zum „Schulterschluß“ mit der Sozialdemokratischen Partei hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die IG Metall in seiner Rede vor dem Gewerkschaftstag aufgefordert. Für welche Ziele? Der Gewerkschaftsrat der SPD hat auf seiner Sitzung am 19.9. ein Dokument beschlossen, von dem man annehmen darf, daß es die Leimruten, auf die nach dem Wunsch des SPD-Parteivorstands die Gewerkschaftsbewegung in nächster Zeit geführt werden soll, einigermaßen beschreibt. Darin heißt es:

„Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratischen Gewerkschafter sind ausdrücklich bereit, an der Bewältigung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise durch konstruktive Vorschläge mitzuwirken. Sie haben Vorschläge zur wirkungsvollen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und hier insbesondere für ein Arbeitsplätze schaffendes staatliches Handeln unterbreitet. Die Antwort der Regierung steht noch aus. Wer eine sozial gerechte Anpassung der Einrichtungen des Sozialstaates an die wirtschaftliche Entwicklung der 80er Jahre betreibt, findet uns zur Mitwirkung bereit ...“

... Wer vermeiden will, daß Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik sich in einem ermüdenden Stellungskrieg gegenseitig schwächen, muß unsere Grundforderungen zur Kenntnis nehmen:

· Aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit · Keine Rückverlagerung des sozialen Risikos auf den einzelnen Bürger · Ausbau der Mitbestimmung und dauerhafte Sicherung der Montan-Mitbestimmung ... · Verkürzung der Arbeitszeit · Steuerung der immer stärker werdenden Konzentration wirtschaftlicher Macht durch überbetriebliche Vermögensbildung in der Hand der Arbeitnehmer und unter Mitwirkung ihrer Gewerkschaften“.

Was treibt den SPD-Gewerkschaftsrat zu einem solchen Angebot, weitere Lohnsenkungen, Versicherungskürzungen, Steuererhöhungen und Durchlöcherung des Normalarbeitstags zugunsten im wesentlichen einer „überbetrieblichen Vermögensbildung“ hinzunehmen, die zudem noch spaltend wirken würde?

„Von einem selbsttragenden Aufschwung kann keine Rede sein“, fürchtet der Gewerkschaftsrat, und: „Gleichzeitig steht die Bundesrepublik vor krisenverschärfenden strukturellen Veränderungen. In den Stahl-, Kohle- und Werftenstandorten spitzt sich die Lage gefährlich zu ... Gleichzeitig gerät das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft, die Exportorientierung in einigen ihrer Sektoren und die liberale Außenwirtschaftspolitik ... in Gefahr.“

„Bewältigung des Strukturwandels“ durch ein rigoroses chauvinistisches Expansionsprogramm gegen die ausländische Konkurrenz, lautet die Devise. „Rettet die deutsche Stahlindustrie, rettet die Werften, rettet unsere Kohle! ...“ schallt es von Seiten des SPD-Parteivorstands, „... durch Vernichtung der ausländischen Konkurrenz!“ wünscht man sich als Echo der Kapitalisten, und der SPD-Gewerkschaftsrat kündigt seine Bereitschaft zur Mitarbeit an. Als wenn die westdeutschen Lohnabhängigen geschont würden, wenn die westdeutschen Kapitalisten gegen ih-



Auf der Demonstration der IG Metall am 29.9. in Bonn

re ausländischen Konkurrenten triumphieren! Erst im letzten Jahr erzielten die westdeutschen Kapitalisten den größten Exportüberschuß ihrer Geschichte, um sogleich ihre Rationalisierungsprogramme weiter zu beschleunigen, die Arbeit weiter zu intensivieren, den Normalarbeitstag weiter zu durchlöchern, die Löhne neuerlich zu senken und ihre Kapitalexporte auf neue Rekorde zu steigern. Der „Schulterschluß“, zu dem der SPD-Parteivorstand die Gewerkschaften treiben will, um sodann wieder gewohnt staatstragend auf die Regierungsgeschäfte zuzustreben, beinhaltet ein Angebot an die Kapitalisten zur Förderung ihrer Expansion, das den Geschäftseifer und die Einheit aller Vertreter des bürgerlichen Eigentums neuerlich beflügeln, die Solidarität und den Lebensstandard der Lohnabhängigen dagegen weiter untergraben würde.

Quellenhinweis: „Der Gewerkschaftsrat der SPD warnt das Unternehmerlager“, in: Dokumente der Reaktion, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Bonn, Oktober 1983

## Gerichtliche Verschärfung des Ausländerrechts

Schon zu Anfang dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht auf die zunehmende öffentliche Kritik der westdeutschen Asyl- und Ausländerrechtspraxis reagiert. Die meisten ausländer- und asylrechtlichen Verfahren sind in die Zuständigkeit des Zweiten Senats überwiesen, der sie in Dreier-Ausschüssen erledigen läßt. Sie sind damit in den meisten Fällen nicht mehr zur Veröffentlichung in den Entscheidungssammlungen des Gerichts vorgesehen. Seitdem haben der Erste und der Zweite Senat des Gerichts einige Entscheidungen gefällt, die richtungsweisend für die weiteren Planungen der Bundesregierung sind, die Beseitigung des Asylrechts und die Entrechnung der Ausländer voranzutreiben. Ein Ausschuß des Zweiten Senat urteilte im September, daß die Prozeßvor-

schrift des Asylverfahrensgesetzes verfassungsmäßig ist, die in der ersten Instanz die Behandlung von Asylanträgen durch Einzelrichter statt durch Kammer erlaubt und den Einzelrichtern auch die Entscheidung über die Zulässigkeit der Berufung vor höheren Instanzen überläßt. Das Tor für Beseitigung der Berufungsinstanzen auch in anderen Prozessen ist somit geöffnet. Sowohl der Erste als auch der Zweite Senat bestätigten neuerlich, daß die Bundesregierung Asylbewerber ausliefern kann, wenn die „Spezialität“ gewährleistet sei, d.h. gesichert sei, daß der Asylbewerber nur wegen des Delikts, für das der Auslieferungsantrag gestellt ist, im antragstellenden Land verfolgt wird. Die Bundesregierung kann also die bewährte Methode der Abschiebung von Asylantragstellern in Fällen

fortsetzen, in denen nach herrschender Rechtslage dem eigentlichen Asylantrag stattgegeben würde. Auch das Einsperren von Asylbewerbern in sogenannten Sammellagern unter unwürdigsten Bedingungen, die Beschränkung ihrer Reproduktionsmöglichkeiten auf minimalste Standards, die Einschränkung ihrer Freizügigkeit ist verfassungsgemäß. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, welche Lebensumstände der Arbeiter die BRD-Imperialisten anstreben. Eine ähnliche Beseitigung von Ansprüchen an die Reproduktion betreiben die Richter in einem Urteil, in dem sie Ausländer vom Recht auf Schutz der Ehe und Familie ausschließen: Weder ausländische Ehegatten deutscher Staatsbürger noch Mitglieder von Familien mit vollständig fremder Staatsangehörigkeit könnten mit dem Argument, ihre Familie werde zerstört, der Abschiebung entgehen.

## Grünen-Fraktion und „deutsche Interessen“

Die DDR hat Mitglieder der Grünen im Bundestag für den 31.10. eingeladen. Aus diesem Anlaß verbreiten sich Mitglieder dieser Fraktion in ihrem Pressedienst. So in einer mit „verantwortlich: Heinz Suhr, Presseprecher“ gezeichneten Erklärung am 29.9. zum „Abbau von Selbstschußanlagen“. Darin heißt es, daß „mit dieser Maßnahme die deutsch-deutsche Grenze längst keine ‚normale‘ Grenze geworden“ sei – aber nicht etwa, weil die BRD sich weigert, die Grenze zur DDR als normale Staatsgrenze anzuerkennen. Sondern: weil „Minen und Schießbefehl bleiben“ und bloß „ein brutales Instrument der gewaltsamen Trennung verschwinden“ würde. Mit diesem Vokabular aus der Wiedervereinigungspropaganda der Reaktion erhebt der Pressedienst der Grünen-Fraktion Vorwürfe gegen die CDU/CSU: „Es ist gerade ein halbes Jahr her, daß die CSU . . . das Unrechtsregime DDR in den schwärzesten Farben malte“ – man möchte zunächst an fehlende Zitatzeichen glauben, wenn nicht der Vorwurf folgte: „Heute geben sich teilweise die gleichen Politiker beim Staatsratsvorsitzenden die Klinke in die Hand . . . Kruppmanager Beitz läßt sich in Greifswald zum Ehrendoktor küren.“ Wie anders als Kritik an ungenügender Durchsetzung „deutscher Interessen“ läßt sich das verstehen, zumal es weiter heißt: „Die komplizierten Statusfragen, bei Weizsäckers Besuch in der DDR-Hauptstadt . . . werden derzeit elegant überspielt.“ Schließlich folgt die Aufforderung an die Bundesregierung, durch Verzicht auf die Raketenstationierung die DDR zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im Juni hatte das Mitglied des Bundesvorstandes Rainer Trampert erklärt: „. . . in der Friedenspolitik sollte jeder des Wetteifern mit Sozial- und Christdemokraten unterbleiben, wer am besten ‚deutsche Interessen‘ vertritt.“ Eine Klarstellung in dieser Richtung gegenüber den chauvinistischen Positionen im Pressedienst verbunden mit einer Erklärung, daß die Grünen für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft eintreten, wäre zu wünschen – noch bevor Grünen-Abgeordnete in die DDR reisen.

## Versuchte Gefangenенbefreiung begründet

Am 12. Oktober begann der Prozeß gegen Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. In einer offensiven Begründung der politischen Ziele der Roten Armee Fraktion (RAF) 1977 erklärte Adelheid Schulz zu Beginn des Prozesses: „Die Offensive '77 war die Entscheidung, mit aller Kraft für die Befreiung der Gefangenen und gegen deren Vernichtung zu kämpfen. Und dies geht nur, indem man die Machtfrage stellt und den Staat so angreift, daß wesentliche Pfeiler, auf die er sich stützt und angewiesen ist, eingerissen werden: dies war Schleyer ebenso wie Buback und Ponto.“ Die politischen Gefangenen wurden nicht befreit – Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Karl Raspe starben in der Isolationshaft. Der Grund für die dringende Befreiung wurde zur bitteren, unabänderlichen Realität. Adelheid Schulz erklärte: „Es ist der Bruch mit dem System, bei dem es nichts zu verlieren, aber im bewaffneten Kampf alles zu gewinnen gibt.“ Der Vorsitzende Richter unterbrach die Äußerung von Adelheid Schulz. Sein Einwand wirkte mehr als makaber: „Wollen Sie nicht unterbrechen und sich mit Ihrem

Anwalt beraten? Sie reden sich um Kopf und Kragen.“ Adelheid Schulz bezeichnete diese Drohung „nicht als Fürsorge, sondern als bewußte Störung, damit meine Erklärung nicht öffentlich durchdringen kann.“ Abschließend erklärte sie: „Es gibt keine legitime Aktion der Guerilla, als gegen den Staat und um die Gefangenen zu kämpfen.“

## „Bild“ und Dr. Vilmar für „Gnadentod“

„Der Selbstmord einer 77-jährigen Frau aus Krefeld bewegt seit Wochen die Gemüter von Juristen, Ärzten und unzähligen Patienten in der Bundesrepublik“, schreibt am 16.10. „Bild am Sonntag“. Vor allem bewegt der Fall die Kranken- und Rentenversicherungskostendämpfungsabsichten der Bourgeoisie. Denn das Krefelder Landgericht hatte den Arzt, der dem Sterben der Patientin stundenlang zusah, von der Anklage der „Tötung auf Verlangen durch Unterlassung“ freigesprochen. „Inwiefern haben auch seelisch kranke Menschen das Recht auf den ‚Gnadentod‘?“ fragt „Bild“ auf der Suche nach weiterer Nutzbarmachung des Krefelder Urteils. Antwort des Präsidenten der Bundesärztekammer Dr. Vilmar: „Die unterlassene Hilfeleistung des Arztes ist in vielen Fällen

nichts anderes als menschenwürdige Sterbehilfe.“ Na eben! „Kein Krankenwagen, kein Krankenhaus! Keine Rettungsmaßnahmen auf der Intensivstation – keine rettende Spritze, kein Beatmungsgerät! Ein Akt der Barmherzigkeit!“ stellt die Bild-Zeitung fest. Und so billig! Hat nicht gerade erst Mildred Scheel das Recht auf einen sanften Tod zu Hause gefordert? Die Folgen sind in beiden Fällen: versicherungskassen-sanierender Fortfall der Behandlungskosten für verrentete Lohnabhängige.

## Anzeige

Polytechnik aller Länder vereinigt Euch!  
Polytechnik aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!  
**POLITISCHE BERICHTE - EXTRA**  
27. Oktober 1985 G 7756 D Preis: 1,50 DM

Zur Europa-Politik des BRD-Kapitals:  
Kein Mandat für die Neuordnung Europas  
und die Neuaufteilung der Welt!

Inhalt:  
Was die BRD mit den Wahlen zum Europäischen Parlament erreichen will – Inhalt Grunde für den Boykott ..... Seite 2  
Europastrategien des deutschen Kapitals  
Nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg  
neuer Anlauf für ein „vereintes Europa“ ..... Seite 6  
Und was die Welt in der EG und mit dem EU-Charter zu erwarten hat  
BRD-Botschaften „Antikommunisten“ ..... Seite 15  
Mit der BRD-Kapital „fundiert“ die „vereinte Europa“ nach seinen Interessen ..... Seite 16  
„Deutschland“ von der Nazis bis an  
die Nazis und „Europa vom Atlantik bis  
zum Himalaya“ – die BRD auf Kriegskurs ..... Seite 68

Herausgegeben im Auftrag der Nationalen Delegationskonferenz des  
Bundeswestdeutschen Komitees der FDGB, Freie Deutsche Gewerkschaften  
der DDR, Berlin, 29.10.1985, Tel. 030/51 51 51 51

Bestellungen an: GNN-Verlag,  
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1.  
Preis: 1,50 DM

## Westdeutsche Stahlmonopole

# Klagen gegen die EG-Konkurrenz – Erpressung der Belegschaften

Hatten die westdeutschen Stahlkapitalisten sich in den letzten Monaten zunehmend darüber beklagt, daß die Bundesregierung in der EG nicht entschieden genug für den „deutschen Stahl“ eintrete, so hat die Bundesregierung am 21.9. beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die EG-Kommission erhoben. Die Klage richtet sich einerseits gegen die Bewilligung von Subventionen in Höhe von 16 Mrd.

Kapazitätsabbau deutlich: Trotz höherer Beihilfen in anderen EG-Ländern müsse die BRD-Stahlindustrie die meisten Kapazitäten abbauen. Tatsächlich muß die BRD-Stahlindustrie mit 6,01 Mio. t Rohstahlkapazität *absolut* zwar die meisten Kapazitäten abbauen, bezogen auf ihre in der EG mit Abstand höchste Gesamtkapazität ist dies aber mit 11,3% der – abgesehen von Dänemark – niedrigste Anteil.



Mit Streiks und Demonstrationen verhinderten die Hoesch-Arbeiter im Juli einen Aufsichtsratsbeschuß zur Stilllegung der Feineisenstraße P 4. Am 27.10. soll endgültig entschieden werden.

DM zugunsten der Stahlkapitalisten in Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, zum anderen gegen angebliche Benachteiligungen der westdeutschen Stahlmonopole bei den Festlegungen zum Kapazitätsabbau. Die Vorstände von Thyssen und Krupp haben einen Tag später Klagen gegen die Produktionsquotenzuteilung durch die EG-Kommission eingereicht.

Hat die zweite Klage insofern schon gewirkt, als die EG-Kommission die Ende Juli festgelegten Stahlreferenzmengen erhöht hat, so hat die Klage gegen die Stahlsubventionen in anderen EG-Ländern vor allem politische Zwecke. Bis die Klage entschieden ist, werden die nach dem EG-Subventionskodex genehmigten Subventionen längst gezahlt sein. Unmißverständlich bekräftigt werden jedoch die Ansprüche der westdeutschen Stahlmonopole auf Erhaltung und Ausbau ihrer Spitzenposition auf dem europäischen Stahlmarkt.

Wie unverfroren diese Ansprüche sind, macht die Begründung der angeblichen Benachteiligungen in punkto

Ohnehin hindern die Klagen die westdeutschen Stahlmonopole nicht daran, selbst mehr als die zugesagten 4,2 Mrd. DM an Subventionen zu verlangen. Thyssen besteht darauf, die geplante Fusion mit Krupp von der Bundesregierung mit Schuldbuchforderungen von 1,5 Mrd. DM im wesentlichen zum Ausgleich der Krupp-Bilanz zahlen zu lassen. Die Bundesregierung, die bisher „nur“ 300 Mio. DM zahlen will, hat bereits Einlenken signalisiert.

Schließlich haben die Klagen wie die Hetze gegen die EG-Konkurrenz den Zweck, die Rationalisierungsmaßnahmen der westdeutschen Stahlkapitalisten gegenüber der IG Metall und den Stahlbelegschaften ideologisch abzusichern. Immer offener gehen die Stahlkapitalisten dabei zu nackter Erpressung der Arbeiter und zu Angriffen auf bestehende Tarifverträge über.

Im Juni hat die Bundesregierung an die Zahlung von erneuten 180 Mio. DM Finanzhilfe an Arbed-Saarstahl die Bedingung geknüpft, daß der Arbed-Saarstahl-Vorstand sein vorliegendes Rationalisierungskonzept beschleunigt umsetzt. Prompt hat Arbed

erneute Lohnkürzungen von der IG Metall verlangt, diesmal um acht bis zehn Prozent auf drei Jahre.

Inzwischen liegen die vollständigen, überarbeiteten Pläne auf dem Tisch: Wurden schon von 1977 bis 1982 über 8000 Beschäftigte von Arbed „abgebaut“, so sollen bis Ende 1984 weitere 4350 dazukommen. Arbed plant erstmals in der Stahlindustrie Massenentlassungen. Bereits am 20. September, einen Tag, nachdem die IG Metall die erneute Kürzung der Löhne und Gehälter ablehnte, kündigte Arbed einen 1977 abgeschlossenen Vertrag, der Entlassungen zur „Anpassung“ der Belegschaft ausschloß.

Die IG Metall-Vertrauensleute von P+S, Werk Salzgitter, und Hoesch Dortmund sowie die IG Metall-Ortsverwaltung Dortmund haben den IG Metall-Vorstand aufgefordert, bundesweite Proteststreiks gegen diese Angriffe durchzuführen. Bereitschaft, gegen die Notgemeinschaftsabsichten der Kapitalisten zu kämpfen, ist durchaus vorhanden.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 20.9. – 14.10.; Metall Nr. 20/83; Betriebszeitung der KPD für Hoesch-Dortmund, 12.10.83 – (wof)

## Fernverkehr Warnstreik der ÖTV zeigt Wirkung

23000 Fernfahrer beteiligten sich am 48-stündigen Warnstreik, zu dem die ÖTV nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen aufgerufen hatte. Der Warnstreik begann Sonnagnachmittag (9.10.) am deutsch-schweizerischen Grenzübergang bei Lörrach; im weiteren Verlauf war zunächst die Transitstrecke nach Berlin Schwerpunkt der Aktionen. Am Montagmorgen stand eine acht Kilometer lange LKW-Kolonne an der Raststätte Helmstedt, die sich erst lange nach Abbruch der Aktionen an der Transitstrecke auflöste. Mehrmals griff die Polizei ein und forderte streikende Fernfahrer zum Verlassen der Rastplätze auf. Viele Speditionsunternehmen reagierten mit der Forderung nach Herausgabe ihrer Fahrzeuge und mit Strafanzeigen gegen ÖTV-Funktionäre auf den Warnstreik.

Mit diesem Warnstreik erzielte die ÖTV den Kapitalisten endlich, nach vier ergebnislosen Verhandlungsrunden, die richtige Antwort. Seit dem 31.12.1982 ist der Manteltarifvertrag für den Güter- und Möbelfernverkehr gekündigt. Die ÖTV fordert mehr Freizeit – zehn freie Tage im Monat, höhere Spesen und eine Begrenzung der monatlichen Höchstarbeitszeit auf 210 Stunden.

Bis zur dritten Verhandlungsrunde im Juni hatte der Bundesverband des

deutschen Güterfernverkehrs überhaupt kein Angebot auf die Forderungen der Gewerkschaft vorgelegt. Bei den vierten Verhandlungen im August hatten sie die Frechheit, eine Spesenerhöhung um fünf Prozent, Vorverlegung des Mehrarbeitszuschlags um eine Stunde (d.h. für Einzelfahrer ab der 41. Stunde, für die Zweifahrerbesatzung ab der 51. Stunde) sowie eine Verlängerung der Schichtzeit von 12 auf 15 Stunden zweimal wöchentlich als „Angebot“ zu bezeichnen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen lehnten die Kapitalisten den Vorschlag der ÖTV zu einem Schlichtungsverfahren ab, obwohl diese ihnen sogar die



Kundgebung niedersächsischer Fernfahrer

Wahl des Schlichters überlassen wollte! Erst nach zwei weiteren Verhandlungsterminen, als immer noch kein neues Angebot vorlag, erklärte der Hauptvorstand am 7. Oktober das endgültige Scheitern der Verhandlungen.

Der Bundesvorstand des Güterfernverkehrs gab sich zunächst unbeeindruckt, konnte aber die Wirkung des Streiks nicht vertuschen. Die ÖTV erklärte, zahlreiche Unternehmen hätten ihr den Abschluß eines Firmenvertrages angeboten. Sie habe dies bisher abgelehnt, weil sie einem einheitlichen Manteltarifvertrag für das gesamte Bundesgebiet und Berlin den Vorrang gebe.

Der Arbeitgeberverband hatte Warnstreikaktionen, die über eine Stunde hinausgehen, als gesetzwidrig bezeichnet. Da diese Argumentation offensichtlich haltlos war und ohnehin nichts fruchtete, sind zahlreiche Transportkapitalisten dazu übergegangen, von ihren Fahrern Streikverzichtserklärungen zu verlangen. Die ÖTV sollte mit weiteren Kampfmaßnahmen nicht zu lange warten.

Quellenhinweis: ÖVT-Informationen für Fernfahrer zur Manteltarifrunde -- (ans)

## Ausländerpolitik

# DGB-Vorstand ergänzt seine Grundsätze: Die BRD sei „kein Einwanderungsland“

Seit dem 28.9. liegt eine neue Erklärung des DGB-Bundesvorstands zur Ausländerpolitik vor. Dieser betont darin, seine Erklärung sei lediglich „in Ergänzung seiner bisherigen Beschlüsse zur Ausländerpolitik“ gefaßt. Dennoch: Den Wunsch des DGB-Vorstands, die gewerkschaftliche Kritik an der Ausländerpolitik der Reaktion möge sich künftig auf den engen Rahmen dieser neuen Erklärung bescheiden, darf man annehmen. Eine Absicht, die Schlimmes befürchten läßt.

Denn die Erklärung des DGB-Vorstands fällt in mehreren Punkten hinter seine bisherigen Beschlüsse zurück, ja sie kommt Absichten der Reaktion in der Ausländerpolitik direkt entgegen.

Das fängt damit an, daß der DGB-Vorstand die Absicht der Reaktion, den Lohnstandard der ausländischen Lohnabhängigen weit unter ihren jetzt schon elenden Lohn zu senken und diesen bedeutenden Teil der Lohnabhängigen in der BRD unter noch terroristischeres Ausnahmerecht als bisher zu stellen und zu diesem Zweck auch die Ausweisungsmöglichkeiten gegen ausländische Lohnabhängige noch weitreichender zu gestalten, nur an wenigen Stellen und auch dort nur indirekt kritisiert. So stellt er etwa fest: „Wenn verantwortliche Politiker die Öffentlichkeit glauben machen wollen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern zu suchen sind, sagen sie entweder bewußt die Unwahrheit oder müssen sich vorwerfen lassen, von der Materie nichts zu verstehen.“ Immerhin, wohl wahr! möchte man sagen. Aber was folgt daraus für den

DGB-Vorstand? Eine *prinzipielle* Ablehnung der von der Bundesregierung betriebenen Abschiebung ausländischer Lohnabhängiger, deren Arbeitskraft von den Kapitalisten verbraucht worden ist, jedenfalls nicht.

„Der DGB lehnt generell die Zahlung von Rückkehrprämien ab“, heißt es da zum Beispiel, um sofort als *Begründung* nachzuschieben: „Durch Rückkehrprämien werden Erwartungen erzeugt, die nicht zu erfüllen sind.“ Und weiter: „Der DGB lehnt ebenfalls die Umwandlung von Ansprüchen aus der Sozialversicherung in Rückkehrprämien ab“, um dann anzufügen: „Die Regelung über die Wartezeit für die Rückzahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung sollte für rückkehrende Ausländer keine Anwendung finden.“ Was ist denn das anderes als „Umwandlung von Ansprüchen aus der Sozialversicherung in Rückkehrprämien“? Verliert der ausländische Lohnabhängige im Fall einer solchen „Auszahlung“ etwa nicht über 50% seiner Rentenansprüche? Was hindert den DGB-Vorstand, ein generelles Verbot solcher Praktiken zu fordern?

Stattdessen macht sich der DGB-Vorstand zum Fürsprecher westdeutscher Kapitalexporte in die Türkei. „Rückkehrshilfe“, die er nicht prinzipiell ablehne, „sollte auch im Zusammenhang einer neu überdachten Entwicklungshilfepolitik gesehen werden“, stellt er fest. „Dazu ist u.a. notwendig ... Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Heimatland zu entwickeln“.

An anderer Stelle tritt der DGB-Vorstand gegen einzelne Pläne der



Mehr als 700000 ausländische Lohnabhängige sind in den Gewerkschaften des DGB organisiert. Bilder: türkische Bauarbeiter in Westberlin.

Bundesregierung auf, um gleich darauf aber dem Wütens der Reaktion gegen die ausländischen Lohnabhängigen neuen Raum zu geben. So heißt es zur „Familienzusammenführung“: „Jede Frist für das Bestehen einer Ehe als Voraussetzung für den Nachzug (des Ehepartners, d. Verf.) wird abgelehnt“, ebenso eine „weitere Senkung des Nachzugsalters für Kinder“ und die „Einführung einer Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder unter 16 Jahren“ sowie die „Kopplung des Aufenthaltsstatus für Ehepartner und Kinder an den Aufenthaltsstatus des Ehepartners oder Elternteils, der als ausländischer Arbeitnehmer eingereist ist“. Auf diese Weise würde immerhin eine Abschiebung minderjähriger Kinder von ausländischen Lohnabhängigen und von ganzen Familien auf einen Schlag unterbunden. Was aber veranlaßt dann den Bundesvorstand, mitzuteilen, er habe „akzeptiert“:

- Begrenzung des Familiennachzugs auf Kinder unter 16 Jahren;
- Ausschluß des Nachzugs von Kindern, wenn sich nur ein Elternteil in der Bundesrepublik aufhält (Ausnahmen: Halbwaisen und Kinder von Geschiedenen oder Ledigen)“ sowie u.a. das Verbot des Nachzugs der Ehefrau, wenn „diese das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet“ habe?

Wie anders denn als prinzipielle Zustimmung des DGB dazu, daß die Bundesregierung die Familienbildung der ausländischen Lohnabhängigen sowohl behindern als auch verhindern dürfe, wenn auch nicht so brutal, wie von der jetzigen Regierung geplant, soll man das verstehen?

Mit der Aussage „Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der dichtbesiedelten Länder der Welt. Sie ist deshalb kein Einwanderungsland“ stellt sich der DGB-Bundesvorstand offen gegen die Forderung nach obligatorischer Einbürgerung der ausländischen Lohnabhängigen. Gegen Ausweisungen ausländischer Lohnabhängiger, wenn diese der „Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ oder der „Gefährdung der öffentlichen Gesundheit“ überführt sind, hat er keine Einwände.

Innenminister Zimmermann hat für Ende des Jahres seinen Gesetzentwurf zur Novellierung des Ausländergesetzes angekündigt, in dem die Pläne der Reaktion zur weiteren Versklavung der ausländischen Lohnabhängigen Eingang finden sollen. Nach dieser staatsstreuenden Erklärung des DGB-Vorstands steht zu befürchten, daß er sich dem Wütens der Reaktion noch weniger als bisher in den Weg stellen will.

Quellenhinweis: Erklärung des DGB-Bundesvorstands zur Ausländerpolitik, beschlossen am 6.9.1983, abgedruckt im DGB-Informationsdienst vom 28.9.1983 – (rül)

## ***Neue BVG-Richter Klerikale, offen reaktionsäre Elemente gestärkt***

Am 20.12. wird Bundespräsident Carstens drei neue Richter des Bundesverfassungsgerichtes in ihre Ämter einführen. Der bisherige Vizepräsident Zeidler wird als Nachfolger von Benda Präsident. Benda und zwei weitere Richter scheiden aus. Der Bundesrat hat zwei der neuen Richter, Böckenförde und Klein, ein Wahlmännerausschuß des Bundestages einen weiteren, Herzog, gewählt. Über die Auswahlgründe lassen die bürgerlichen Zeitungen wenig verlauten. Was sind besondere Qualifikationen dieser Richter, von denen die Bourgeoisie bedeutende Beiträge zur Staatssicherheit und für die kapitalistische Ordnung erwartet?

Roman Herzog ist seit 1971 Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung. Diese Kammer der evangelischen Kirchen gibt Denkschriften heraus, u.a. die Friedensdenkschrift. Von 1980 bis 1983 war Herzog CDU-Innenminister von Baden-Württemberg. Als Minister war er in drei Bereichen Vorreiter: in der Unterdrückung gegen ausländische Arbeiter und Asylanten (am 14.10.82 ließ Herzog 340 Baustellen und Wohnheime überfallartig durchsuchen und 433 ausländische Arbeiter festnehmen), bei der Bezahlung von Polizeieinsätzen durch Demonstranten und für die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen und CS-Gas. Das „Wehrhafte“ der Grundordnung liegt ihm am Herzen: „Eine vorübergehende körperliche Beeinträchtigung“ der durch Gummigeschosse und CS-Gas getroffenen Demonstranten will Herzog „im Rahmen der Fürsorgepflicht für seine Beamten“ in Kauf nehmen.

Wolfgang Zeidler, seit 1945 Mitglied der SPD, machte sich für dieses Amt insbesondere würdig, als er verlangte, mit Angeklagten müsse endlich kurzer Prozeß gemacht werden. Zeidler auf dem Richtertag 1983: „Der verfassungsrechtlichen Pflicht des Staates zur Rechtsgewährung wird mit der Entscheidung einer Instanz Genüge getan. Mehr ist von Verfassungs wegen nicht gefordert.“ Die Berufungsinstanz soll gestrichen werden.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, Freiburger Staatsrechtsprofessor, wurde auch von der SPD unterstützt. Böckenförde hat sich mit der „Extremistenfrage im öffentlichen Dienst“ gründlich beschäftigt: „Dieses Sachproblem läßt sich kennzeichnen als die politische Selbstverteidigung freiheitlicher, demokratisch-rechtsstaatlich organisierter Gemeinwesen.“ Böckenförde stützt sich bei seiner Begründung

dieser staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen ausdrücklich auf die faschistischen Theorien C. Schmitts, der die juristische Rechtfertigung für die Nazi-Diktatur lieferte. (s. Pol. Ber. 5 u. 9/83) Böckenförde: „Genau besehen und auf seinen Kern zurückgeführt, handelt es sich dann um das Problem der innerpolitischen Feindklärung: Der innerpolitische Feind muß als solcher abgewehrt werden.“

Böckenförde hält es für notwendig, den staatlichen Zugriff auf die „innere



R. Herzog, Polizeiminister von Baden-Württemberg 1980 – 83

Organisationsstruktur der Verbände“ auszuweiten. Das zielt auf staatliche Kontrolle über die Gewerkschaften.

Hans Hugo Klein, seit 1982 CDU-Staatssekretär im Bundesjustizministerium, trat gegen die Mitbestimmung auf. Eine „extreme Demokratisierung“ habe im Bereich der Industrie nichts zu suchen. Klein gehört zur Carl Schmitt-Schule.

Mit der Wahl dieser Richter verstärkt die Bourgeoisie im Verfassungsgericht das klerikale und das offen reaktionäre Element.

Quellenhinweis: Deutsche Richterzeitung, 7/83; Extremisten im öffentl. Dienst, Hrsg. Böckenförde u.a., 1981; Böckenförde, Staat Gesellschaft Freiheit, 1976 – (gba)

## ***Berufsausbildung „Sonderprogramm“ gegen Tarifverträge***

Am 4. Oktober hat die Bundesregierung ein „Sonderprogramm für Ausbildungsplatzbewerber, die am 30.9. 1983 als noch nicht vermittelt gemeldet waren“, beschlossen. 7000 bis 8000 Jugendliche, vor allem Mädchen und Jugendliche in „Regionen mit unzureichendem Ausbildungsplatzangebot und überdurchschnittlicher Jugendarbeitslosigkeit“, will die Regierung in Ausbildungen pressen, in denen wesentliche tarifvertragliche Regelungen aufgehoben sind. Die endgültigen

Richtlinien für dieses Programm werden das Wissenschaftsministerium und das Ministerium für Arbeit und Soziales bis Ende des Monats vorlegen.

Die Regierung will die Ausbildungen aus „ordnungspolitischen Gründen“ nur in außer- und überbetrieblichen Einrichtungen durchführen lassen. Bis-her war für Ausbildungsverträge mit solchen Einrichtungen außer dem Jugendarbeitschutz- und dem Berufsbildungsgesetz der jeweilige Branchentarif oder der ortstümliche Tarif gültig. Im Rahmen des Sonderprogramms soll die Ausbildungsvergütung „bis zur Höhe der Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Arbeitsförderungsgesetz erstatet“ werden. Diese Beihilfe beträgt z.Zt. zwischen 395.- und 660.- DM, gestaffelt nach Alter und Familienstand des Auszubildenden. Die Planungen der Bundesministerien sehen nun aber vor, daß die Ausbildungslöhne im Rahmen des Programms 395.- DM im ersten plus 5% in den weiteren Lehrjahren betragen sollen. Nach einer Studie der IG Metall liegt das derzeitige Monatsnettoeinkommen eines Lehrlings in der Metallindustrie im ersten Jahr bei 477.- DM, im vierten 586.-

DM, im Metallhandwerk zwischen 390.- DM im ersten und 487.- im dritten Jahr. Außerdem sollen nur die gesetzlichen Urlaubsbestimmungen, die für Jugendliche unter 18 Jahren mindesten 25 Werktagen Urlaub und für ältere 15 Werktagen vorsehen, gelten. Die Gewerkschaften haben in den meisten Tarifverträgen längere Urlaubszeiten durchsetzen können.

Die Regierung strebt an, die Ausbildungen nur „notfalls“ bis zur Abschlußprüfung in den vorgesehenen Einrichtungen durchführen zu lassen, sie will die Jugendlichen möglichst schnell in betrieblichen Ausbildungen sehen. Unklar ist, ob die Auszubildenden dann einen Anspruch auf einen neuen Lehrvertrag haben, oder ob der „Sondervertrag“ unter Ausschluß der tariflichen Regelungen weiter gilt.

Der DGB wandte sich gegen das Programm, weil die geplanten 8000 Ausbildungsplätze angesichts der 50000 Bewerber zu wenig seien. Er greift die Planungen an, weil dies „ein genereller Angriff auf die tarifvertraglichen Ausbildungsvergütungen“ ist.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung vom 5.10.1983; DGB-Nachrichtendienst v. 5.10.83 - (uld)

## Gesetzentwurf des Koordinationsausschusses

### Gesetzentwurf

zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) in der Bundesrepublik Deutschland

### Vorbemerkung

„Jedes Parlament hat das Recht, das Volk zu befragen, was es zu einem bestimmten Vorhaben meint. Die Antwort entbindet Regierung und Parlament nicht von der Verantwortung; aber beide wissen nach der Befragung, in welchem Verhältnis ihr Tun zum Wollen des Volkes steht. Es könnte gefährlich sein, das Volk vier Jahre lang zum Stummsein zu verurteilen, vor allem dort, wo das Volk meint, daß es um Leben und Sterben gehe!“ (Carlo Schmidt am 18. April 1958 im Deutschen Bundestag)

„Ein Staat, dem die Bürger das Vertrauen entziehen, ist in Gefahr.“ (Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1983)

### A. Problem

Die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist eine sicherheitspolitische Grundsatzentscheidung. Sie betrifft das Staatsvolk in seiner Existenz. Die Bürger unseres Landes konnten zu dieser Schicksalsfrage bei der Bundestagswahl nicht in ausreichender Weise Stellung nehmen. Am 6. März 1983 standen Parteien, die bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, mit unterschiedlichen politischen Gesamtaussagen zur Wahl. Weiter war die Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, die nach dem sog. NATO-Doppelbeschuß im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse zu prüfen ist, noch nicht zur Entscheidung reif.

Nach verschiedenen Meinungsumfragen ist davon auszugehen, daß gegenwärtig

### Volksbefragung

## Gegen die Aufstellung der Raketen, aber für die deutsche Wiedervereinigung?

Am 29.9. hat der „Koordinationsausschuß der Kampagne Volksbefragung“ den nebenstehend dokumentierten Gesetzentwurf allen Bundestagsabgeordneten zukommen lassen. Nach einem „Hearing“ mit interessierten Bundestagsabgeordneten am 27.10. soll dieser Entwurf von einer „interfraktionellen Gruppe von Parlamentariern“ am 28.10. in den Bundestag eingebracht werden. Parallel dazu und in Unterstützung der Volksbefragungskampagne sind für ein „Hessisches Volksbegehren für den Frieden“ inzwischen über 60000 von 120000 notwendigen Unterschriften gesammelt worden, in Bremen ist die Frage eines landesweiten Volksentscheides nach wie vor in der Debatte und in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, deren Länderverfassungen ebenfalls die Möglichkeit von Volksentscheiden vorsehen, beraten verschiedene Initiativen, ob diese Möglichkeit genutzt werden soll.

Laut Koordinationsausschuß sollte der Gesetzentwurf für eine konsultative Volksbefragung die „Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. – 22. Oktober politisch stärken“ und „den Widerstand gegen die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles über den Herbst hinaus entscheidend fortentwickeln“. Diesen selbst gestellten Anforderungen wird der Gesetzen-

wurf in keiner Weise gerecht.

Indem seine Verfasser die Forderung nach Volksbefragung mit der Präambel des Grundgesetzes begründen, verwandeln sie die Ablehnung von Kriegsvorbereitungen in das Streben nach einem sehr genau definierten imperialistischen Frieden: Nur wiedervereinigt kann Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt dienen. Das schließt die Einverleibung der DDR genauso ein wie die Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Das bedeutet Gebietsansprüche an Polen und die Sowjetunion und beinhaltet den Export der Freiheit des Eigentums und der Ausbeutung in eben jene Länder.

Der Koordinationsausschuß gibt sich die größte Mühe, das Eintreten für den Frieden und die Forderung nach Volksbefragung mit dem Grundgesetz zu begründen. Weil er die Behauptung aufstellt, die „Nachrüstung“ verstöße gegen Verfassungsrecht, bezieht er sich auf die Zielsetzung der Verfassung. Die dann daraus folgende Berufung auf die Präambel des Grundgesetzes verkehrt schließlich den Gesetzentwurf in sein Gegenteil. Sie führt als Begründung für die Ablehnung von Mitteln zur Kriegsführung ausgerechnet die expansionistischen Ziele der westdeut-

schen Imperialisten an, die ohne Krieg ganz bestimmt nicht zu haben sind.

Damit haben sich die geschäftsführenden Organisationen mit ihren Sprechern Josef M. Leinen und Andreas Zumach über den Auftrag von 250000, die inzwischen den Aufruf „Pershing II und Cruise Missiles NEIN! Volksbefragung JA!“ unterschrieben haben, über den Auftrag der Organisationen, die diesen Aufruf unterstützt haben, hinweggesetzt. Putschartig haben sie damit die Richtung der Volksbefragungskampagne geändert.

Gegen unsere Kritik mag eingewandt werden, die angegriffene Passage befände sich lediglich in der „Problemstellung“ des Gesetzentwurfs und sei deshalb nicht so wichtig. Aber gerade diese Teile sind bei jedem Gesetz ein

tig über  $\frac{2}{3}$  der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen ablehnen. Bei einer Stationierung wären die Bürger in ihrem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit betroffen. Eine große Zahl von Juristen, darunter namhafte Wissenschaftler, vertritt die Auffassung, daß die sog. Nachrüstung gegen Verfassungs- und Völkerrecht verstößt. Beim Bundesverfassungsgericht sind eine Reihe von Verfassungsbeschwerden anhängig. Immer mehr Bürger erwägen Aktionen zivilen Ungehorsams als letztes Mittel ihres Protestes. Zunehmend wird bezweifelt, „ob man eine dauerhafte strategische Konzeption auf die Fähigkeit weniger Menschen aufbauen kann, verantwortlich über die Existenz eines ganzen Volkes, eines ganzen Kontinents oder der Gattung selbst zu entscheiden“ (Kurt Biedenkopf, 1981).

In den christlichen Kirchen wächst die Bereitschaft, der politischen Frage der Zulässigkeit der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen Bekenntnischarakter beizumessen und sie „vor Gott“ zu verneinen.

Deutsche haben beide Weltkriege maßgeblich verursacht. Das Grundgesetz bekennt sich nachdrücklich zum Frieden und legt schon in der Präambel rechtlich verbindlich fest, daß das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, „vom Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Das Deutsche Volk trägt insoweit eine besondere moralische, rechtliche und politische Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt.

#### B. Lösung

Eine konsultative Volksbefragung ermöglicht die Mitbestimmung des Volkes in der Grundfrage von Krieg und Frieden. Parlament und Regierung erhalten durch die Anhörung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine zuverlässige Entschei-

dungsgrundlage. Der Gesetzentwurf konkretisiert Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Es eröffnet dem Staatsvolk eine Mitwirkung an der Staatswillenbildung (vgl. BVerfGE 8, 104, 115). Inhalt und Verfahren der Volksbefragung werden durch einfaches Bundesgesetz geregelt.

Der Entwurf greift die Petition des Forums „Richter und Staatsanwälte für den Frieden“ vom 21. Juni 1983 und des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. vom 10. Juli 1983 auf. Auf den Inhalt der Petitionen wird Bezug genommen.

Die erstmalige Mitbestimmung des Deutschen Volkes in der Schicksalsfrage von Krieg und Frieden eröffnet durch ihr Vorbild die historische Gelegenheit, den Rüstungswettlauf zu durchbrechen und eine europäische Friedensordnung zu entwickeln.

#### C. Alternativen

Eine Parlament und Regierung rechtlich bindende Volksabstimmung würde grundsätzlich die Frage aufwerfen, ob das repräsentative Willensbildungs- und Entscheidungssystem des Grundgesetzes durch Elemente der unmittelbaren Demokratie zu ergänzen ist. Demgegenüber zielt der Gesetzesentwurf nach Art eines Maßnahmengesetzes auf eine einmalige Befragung des Staatsvolkes in einer ethisch, rechtlich und politisch grundlegenden Angelegenheit ab. Eine bindende Entscheidung der Mehrheit ist wegen des Bekenntnischarakters ohnehin zweifelhaft. Wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. in seiner Petition vom 10. Juli 1983 ausführt, stellt die Möglichkeit einer konsultativen Volksbefragung keine Schwächung, sondern eine Stärkung der repräsentativen Demokratie dar. Im Gegensatz zu einer Volksabstimmung ist die Befragung des Staatsvolkes in einer Schicksalsfrage für alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien konsensfähig.

#### D. Kosten

Entsprechend dem Wahlverfahren einer Bundestagswahl.

*Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik Deutschland*

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

(1) Vor einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missile) in der Bundesrepublik Deutschland wird eine Volksbefragung durchgeführt.

(2) Mit der Volksbefragung soll der Wille der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen ermittelt werden.

#### § 2

(1) Der zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland werden die beiden in Absatz (2) genannten Alternativen zur Abstimmung durch Ankreuzen vorgelegt.

(2) 1. Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab.

2. Ich bin dafür, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland neue atomare Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile stationiert werden.

#### § 3

(1) Für die Durchführung der Volksbefragung gelten die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl. Das Bundeswahlgesetz findet sinngemäß Anwendung.

(2) Entsprechend der Briefwahl ist eine Abstimmung durch Brief zulässig.

(3) Der Bundesminister des Inneren erläßt die zur Durchführung der Volksbefragung notwendigen Vorschriften.

#### § 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

unentbehrlicher Kommentar für die Absichten des Gesetzgebers.

Außerdem muß damit gerechnet werden, daß noch während des Hearings „interessierte Abgeordnete“ versuchen werden, die Fragestellung des Gesetzestextes etwa in dem Sinne zu ändern, daß von der Sowjetunion entsprechende Gegenleistungen gefordert werden. Dem kann am besten begegnet werden, wenn die bisherigen Unterzeichner der Unterstützerliste, in deren Namen der Entwurf schließlich vorgelegt wurde, die Änderung der Begründung des Gesetzentwurfs verlangen.

Die Auseinandersetzung darum wird nämlich auch nach der Einbringung des Gesetzentwurfs noch nicht beendet sein und selbst nach der voraussehbaren Ablehnung durch den Bundestag

weitergehen. Damit ist zum Beispiel das „Hessische Volksbegehren für den Frieden“ noch keineswegs vom Tisch. Der diesem zugrunde liegende Gesetzentwurf vermeidet übrigens Ziele wie die deutsche Wiedervereinigung und begründet stattdessen die Forderung nach einem Volksentscheid mit dem „Recht des Volkes, über die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen selbst und unmittelbar zu entscheiden“. Je weniger der Gesetzentwurf für eine konsultative Volksbefragung durch chauvinistische Begründungen spaltet, desto leichter könnte er bei einem Fortschritt der Kampagne auch nach einer Ablehnung erneut gestellt werden.

Quellenhinweis: Volksbefragung – Info Nr. 2, September 1983; Gesetzentwurf zur Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen, 29.9.83 – (chl)

## USA-BRD Carstens bekräftigt die Waffenbrüderschaft

Bundespräsident Carstens nutzte seine zehntägige Reise durch die USA, um vor allem vor den in Ausbildung begriffenen Kadern der US-Imperialisten für „deutsch-amerikanische Freundschaft“ und die Interessen, die die BRD-Imperialisten mit dem Bündnis mit den USA verfolgen, zu werben. Neben Gesprächen mit der US-amerikanischen Regierung, einer Rede von beiden Häusern des US-Kongresses und der Siedlerfeier in Philadelphia redete Carstens an den Universitäten in

St. Louis, Seattle, Madison und Yale. Ein Ergebnis des Carstens-Besuch ist die Intensivierung des Jugendaustauschprogramms für Oberschüler und Studenten aus der BRD und den USA, denn, so erläuterte Carstens vor dem US-Kongreß:

„Die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft währt nun schon über eine Generation und wird auch künftig eine der wichtigsten Grundlagen unserer Politik bleiben ... Wir müssen der Jugend auf beiden Seiten des Atlantik die Möglichkeit geben, das andere Land und ihre Altersgefährtinnen besser kennenzulernen. Sie sollen die Chance haben, verstehen zu lernen, daß die jungen Menschen hüben wie drüben Werte und Interessen, Sorgen und Hoffnungen teilen, daß ihr Leben auf gleichen Grundlagen beruht.“

Diese „Werte und Interessen, Sorgen und Hoffnungen“, die die westdeutschen und US-amerikanischen Imperialisten in der akademischen Jugend untergebracht wissen wollen, definierte Carstens als „Freiheit, Recht und Demokratie“ im Gegensatz zu allen gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Kapitalistenfreiheiten und -rechte aufgehoben sind, er beschwore wiederholt die Hoffnungen der westdeutschen Imperialisten, „daß die unnatürliche Teilung Deutschlands, die gleichzeitig eine Teilung Europas ist, nicht von Dauer sein“ werde und hielt eines fest: Trotz der „Belastungen“ der Beziehungen zwischen beiden Ländern in zwei Weltkriegen, sei die „enge Freundschaft“ zwischen beiden Staaten unverbrüchlich, denn inzwischen sei man aufeinander angewiesen.

Die BRD-Imperialisten wollen die militärische Stärke der USA auf jeden Fall für die Verfolgung ihrer großdeutschen Pläne nutzen. Die Stationierung von 250000 US-Soldaten in der BRD ist ihnen dafür gerade Recht, wohl wissend, daß sie damit auf der anderen Seite den US-Imperialisten die größte militärische Reserve gegen revolutionäre Umstürze in den USA im Ausland bieten und daß die US-Imperialisten ebenfalls lebhaftes Interesse haben, die Staaten des RGW ihrem Einfluß zu unterwerfen. Carstens ließ entsprechend keine Gelegenheit aus, die Anwesenheit der US-Soldaten in der BRD zu begrüßen.

In Philadelphia demonstrierten 15000, in Madison und Seattle jeweils mehrere Tausend gegen die Waffenbrüderschaft von BRD und USA. In St. Louis protestierten mehrere Hundert Hochschulangehörige gegen die Verleihung eines Ehrendoktors an Carstens wegen seiner Nazi-Vergangenheit.

Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemeldung vom 4. 6.10.83; The Daily Pennsylvania, 7.10.83 (uld)

## USA AFL-CIO: Forderungen zur Präsidentenwahl

Anfang Oktober hat der Bundeskongress des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO über Forderungen beraten, mit denen die Gewerkschaften bereits jetzt in die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten eingreifen wollen. Die Präsidentschaftswahlen selbst sind im November 1984. Durch die frühzeitige Beratung können die Gewerkschaften das Gewicht ihrer Forderungen in der Wahlvorbereitung stärken.

Als Programmfpunkte, die rasch und wirkungsvoll verwirklicht werden sollen, fordert der AFL-CIO u.a.:

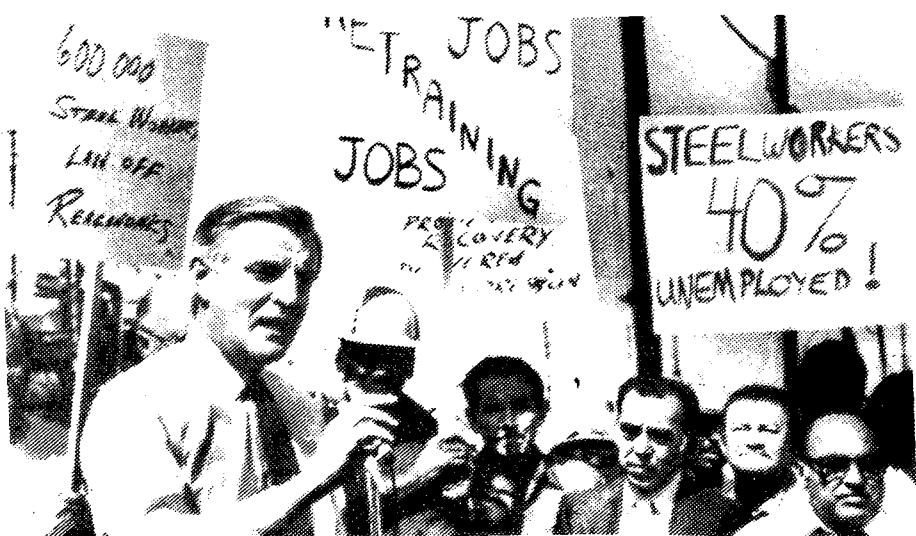
- Die Gesundheitsversorgung der Arbeitslosen und ihrer Familien soll sichergestellt werden. Die Mehrheit der Arbeitslosen verliert mit der Entlassung den Krankenversicherungsschutz.
- Ausweitung der zusätzlichen bundesstaatlichen Arbeitslosenunterstützung auf mindestens ein Jahr. Ein Anspruch besteht bisher nur für 26 Wochen.
- Bereitstellung von Bundesgeldern, durch die 3 Mio. mit Arbeiten im öffentlichen Dienst und anderen Bereichen beschäftigt werden können. Löhne in den Industriebereichen, zu denen der Bund Zuschüsse gibt, dürfen nicht unter die in den Branchen geltenden Löhne gesenkt werden.
- Schutz von Frauen und Angehörigen der farbigen Nationen gegen niedrige Löhne.
- Verbesserung der Arbeitsschutzbestimmungen.
- Wohnungsbauprogramme für Familien mit niedrigem Einkommen, für Alte und Behinderte, für Arbeitslose Erleichterung bei der Rückzahlung von Hypotheken.

– Verkürzung der Normalarbeitszeit von 40 Stunden auf 35 Stunden in der Woche.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Gewerkschaftsbundes hat der Gewerkschaftskongress sich noch vor der endgültigen Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten durch eine Partei auf einen Kandidaten festgelegt. Der Kongress legte fest, daß die Gewerkschaften W. Mondale, Demokratische Partei, unterstützen. Mit der Festlegung auf Mondale hat sich der AFL-CIO ein Bleigewicht ans Bein gebunden. Wie Mondale, Vizepräsident unter dem früheren Präsidenten Carter, sich zu den Forderungen des AFL-CIO verhält, ist uns nicht bekannt. Mondale propagiert aber – wie Reagan in den letzten Wahlen auch – daß er „für alle Amerikaner Arbeit schaffen“ will. Mondale will die Vormachtstellung der US-Kapitalisten auf dem Weltmarkt wieder stärken und zwar insbesondere dadurch, daß die ausländische Konkurrenz gezwungen werden soll, „ihre Märkte zu öffnen, wie wir unsere für sie geöffnet haben“.

Die Arbeiter in den Konkurrenzkampf der US-Kapitalisten zu verwickeln und dadurch die organisierte Arbeiterbewegung gegen die Angriffe der Kapitalisten zu entwaffnen, darauf zielt Mondales „nationale Industriepolitik“. Mondale kann sich bei diesem Versuch, die Gewerkschaften für eine sozial-chauvinistische Position zu gewinnen, auf in den Gewerkschaften verbreitete Positionen stützen. So fordern einzelne Gewerkschaften Schutzzölle, Importsperrn und Importquoten z.B. bei Textilwaren, Automobilen, Stahl und Elektrizität. Der AFL-CIO hat in einem von ihm selbst vorgelegten „Reindustrialisierungsplan“ betont, daß er die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie wünscht.

Quellenhinweis: AFL-CIO News 13. u. 20.8.83; Time u. Newsweek 10.10.83 – (gbu)



Mondale auf einer Demonstration der Stahlarbeitergewerkschaft. 40% der US-Stahlarbeiter sind arbeitslos.

## Christliches Notprogramm für die Armen? Die Arbeiterbevölkerung hätte teuer zu bezahlen

Die christlich-liberale Bundesregierung meldet Erfolge ihrer sog. „Wende“:

Das Wirtschaftsministerium berichtet von erstmals seit zwei Jahren wieder steigenden Einzelhandelsumsätze (preisbereinigt + 1% im Juli 1983 gegenüber dem Vorjahr) und schreibt in seinem September-Bericht zur wirtschaftlichen Lage: „Der private Verbrauch ... hat sich nach seiner kräftigen Belebung im ersten Vierteljahr im zweiten Quartal – preis- und saisonbereinigt – in etwa auf dem erhöhten Niveau gehalten. Ermöglicht wurde dies – bei anhaltendem realen Rückgang des verfügbaren Einkommens – durch eine weitere Verminderung der Ersparnisbildung ... Die höchste Zuwachsrate hatte in den letzten Monaten der Kraftfahrzeug-Absatz aufzuweisen. Umsatzsteigerungen konnten auch die Bereiche Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel erzielen ...“

Blühender Wohlstand in der bundesrepublikanischen Gesellschaft? Der Konsum der Arbeiterhaushalte kann nicht gestiegen sein. Schließlich bestand die „Wende“ der Unionsparteien praktisch und gesetzgeberisch in Maßnahmen zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung. Die Kapitalisten konnten die Lohnkosten drücken wie lange nicht zuvor. Von den Mieten bis zum Bafög, von der Arbeitslosen- bis zur Rentenversicherung, von den Krankenkassen bis zur Sozialhilfe – die Bundesregierung hat nichts bei der Kürzung und Beseitigung von Leistungsansprüchen der Arbeiterbevölkerung ausgelassen.

Woher also Lambsdorffs Konsumwachstum?

Z.B. Automobilabsatz: Der Bestand an PKW nahm im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent zu. Aus welchen Einkommensklassen stammen die zusätzlichen Autobesitzer? Eine Statistik, die die Einkommensverhältnisse der

Autokäufer und -besitzer ausweist, fehlt. Die Entwicklung des PKW-Bestandes nach unterschiedlichen Hubraumgrößen, worin sich in etwa die unterschiedlichen Anschaffungs- und Unterhaltskosten widerspiegeln, genügt aber auch.

### Bestand PKW und Kombi am 1.7.83 Vergleich zum Vorjahr

Klasse (ccm)	Bestand	Änderung
	absolut	in %
bis 499	108925	- 18921 - 14,8
500- 999	1776003	+ 5312 + 0,3
1000-1199	4090419	- 45495 - 1,1
1200-1499	5091137	+ 80175 + 1,6
1500-1999	10294133	+ 328881 + 3,3
2000-2999	2946976	+ 116067 + 4,1
3000 u.m.	262166	+ 14606 + 5,9
<b>gesamt</b>	<b>24580498</b>	<b>+ 481971 + 2,0</b>

Quelle: Auskunft des Verbandes der Automobilindustrie

Der PKW-Bestand in den unteren Preisklassen sinkt, während er in den oberen steigt. Die Entwicklung der Neuzulassungen seit Beginn des Jahres ergibt Aufschluß über die Gründe für diese, nach Einkommen betrachtet, „schiefe“ Bestandsentwicklung und erklärt auch, warum in der Klasse von 0,5 bis 1 Liter Hubraum der Bestand leicht zugenommen hat.

So verbergen sich hinter der guten „Auto-Konjunktur“ mehrere recht verschiedene Konsumentwicklungen:

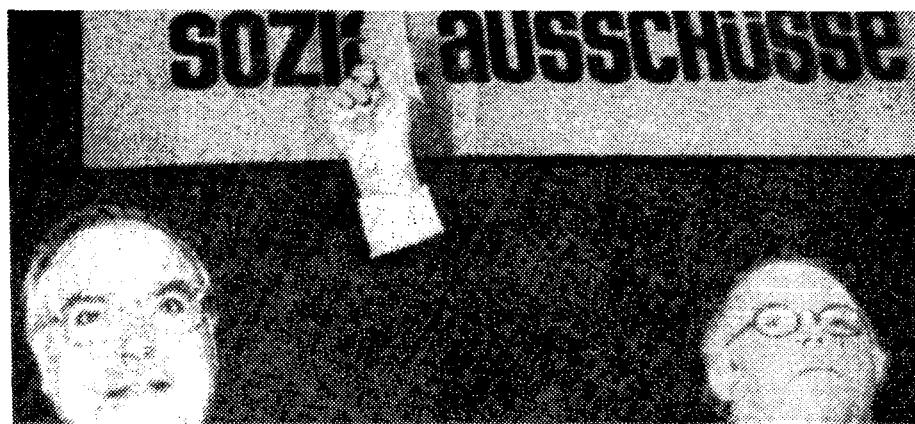
In den ärmeren Haushalten vermindert sich die Zahl der Autos. Der Bestand an PKW, die neu weniger als 14000 bis 15000 DM kosten, sinkt absolut, ein Ersatz verschlissener Autos findet zunehmend nicht mehr statt. So weit ein Ersatz beschafft wird, wird häufiger ein etwas größeres Auto durch ein kleineres ersetzt – der „Fiesta-Boom“ ist so ein Zeichen von schrumpfender Reproduktion. Tatsächlich dürften weit mehr Autos aus den ärmeren Haushalten verdrängt worden sein, als diese Zahlen angeben. Schließlich fällt der Zweitwagen, der von den besser verdienenden Angestelltenhaushalten beschafft wird, in die unteren Hubraum-Klassen.

Daß dagegen die Schichten mit einem Einkommen über dem Arbeiterdurchschnittslohn ihren Autobesitz ausdehnen, mag verschiedene Gründe haben. So wächst die Zahl von jüngeren Akademikerhaushalten, die nach beruflicher Etablierung den Mittelklassewagen anschaffen. Der Absatz kann hier steigen, ohne daß sich die Einkommen der gut verdienenden Ange-

### Neuzulassungen von PKW 1.1. bis 1.8. 1983 Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum im Vorjahr

Klasse (ccm)	Neuzu- lassung	Änderung in %	meistgekaufter Wagen in dieser Klasse	Preis DM
- 499	240	- 28,4	Fiat 126 (23 PS)	7990
500- 699	15214	- 1,1	Citroen 2 CV (29 PS)	8520
700- 999	85772	+ 28,4	Ford Fiesta (40 PS)	12325
1000-1199	204720	+ 0,5	VW Golf CL (50 PS)	13560
1200-1499	329318	+ 6,5	VW Golf GL (70 PS)	16650
1500-1999	717302	+ 20,3	Mercedes 190 E (122 PS)	27742
2000-2499	123326	+ 2,7	Mercedes 230 E (136 PS)	28945
2500-2999	52207	+ 8,8	Mercedes 280 SE (185 PS)	45855
3000-3999	10835	+ 10,3	Mercedes 380 SE (204 PS)	55860
4000 u.m.	9363	+ 28,3	Mercedes 500 SE (231 PS)	60876
<b>gesamt</b>	<b>1548693</b>	<b>+ 12,4</b>		

Quelle: Statistische Mitteilungen des Kfz-Bundesamtes, 8/83; Preise März 1983



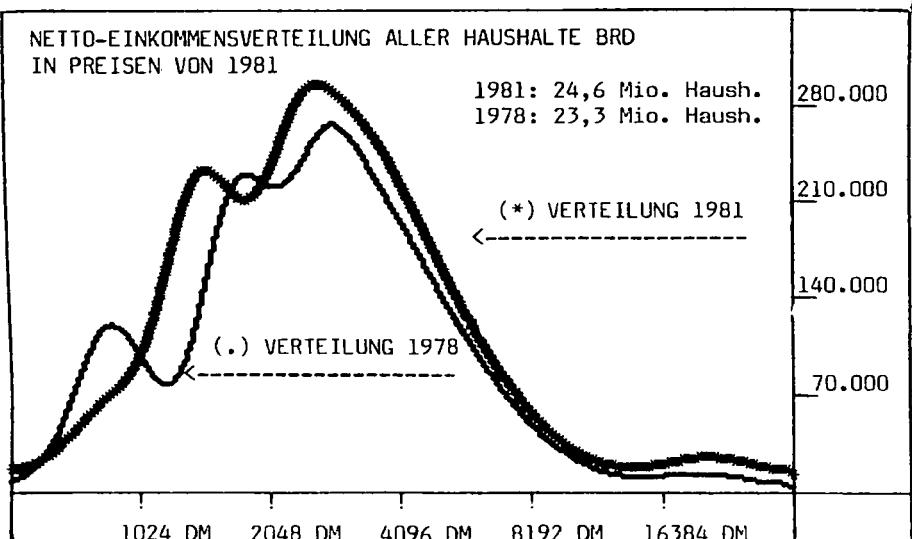
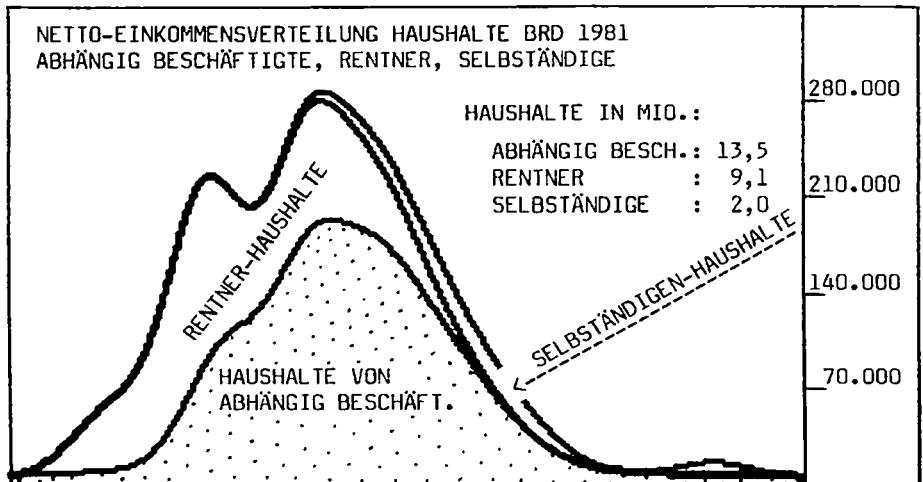
CDA-Bundestagung, 2.10.83: „Einführung eines Familiensplittings in Kombination mit Kindergeld und steuerlichen Erleichterungen. Wer Kinder hat, soll weniger bezahlen ...“ Oder: Wer keine hat und wenig verdient, zahlt Steuern, die ihm zum selbständigen Leben zu wenig lassen.

## Weniger zum Leben bei den Niedrigeinkommen, Förderung der Besserverdienenden

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie lässt es sich etwas kosten, für ihre Kriegsvorbereitungen einen Anhang unter der Bevölkerung zu schaffen. Während sie zielstrebig daran arbeitet, die Masse der Lohnabhängigen durch Lohnabbau und Kürzung von Versicherungs- und Sozialleistungen in Lebensumstände zu zwingen, die eine Reproduktion nur im Familienverband möglich macht, und zudem eine gefügige Elendsschicht schaffen will, fördert sie zugleich die Ausdehnung der Schicht gutverdienender Angestellter und Beamter.

Belege für diese Thesen finden sich in dem Vergleich der Nettoeinkommen der Haushalte von Selbständigen, abhängig Beschäftigten und Rentnern in den Jahren 1978 und 1981. In 1978 verzeichneten die BRD-Kapitalisten eine deutliche Erholung der Profitproduktion nach den Krisenjahren 1975/76. 1981 war die Profitproduktion erneut ins Stocken geraten, die Gewerkschaften hatten die ersten Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate hingenommen, und die damalige SPD/FDP-Regierung hatte mit dem Haushaltsstrukturgesetz den großflächigen Abbau von Sozialleistungen eingeleitet. In der Zwischenzeit – 1980 – trat noch eine kurzzeitig wirksame Lohnsteuerreform in Kraft. Insofern kann der Vergleich der Daten von 1978 und 1981 nur Hinweise geben auf Entwicklungen, die in den letzten beiden Jahren vermutlich viel krasser wirksam geworden sind.

Erkennbar ist in dem Zeitraum die Zahl von Haushalten abhängig Be- schäftigter gewachsen, deren monatliches Nettoeinkommen eine nur äußerst eingeschränkte Reproduktion und keinesfalls die Aufzucht von Kindern ermöglicht. In Zahlen: 12,3% aller Haushalte von abhängig Beschäftigten



stellten überdurchschnittlich erhöht hätten.

Dem schrumpfenden Autobesitz der Arbeiterhaushalte entspricht umgekehrt seine Ausdehnung bei den Reichen. Mögen die Kapitalisten ihre Geschäftslage bereits wieder glänzend oder noch eher vorsichtig beurteilen, ihr Luxuskonsum wächst. Vielleicht nur Zufall, daß die private Revenue so wächst, wie die Arbeitereinkommen schrumpfen. Die Geldsumme von grob geschätzt 800 Mio. Mark, die die vermögenden Schichten zur Beschaffung von knapp 15000 zusätzlichen Limousinen ab 55000 Mark und mehr verausgabt haben, deckt sich fast mit der Geldsumme, die die ärmeren Haushalten gebraucht hätten, um die jetzt fehlenden ca. 60000 Autos anzuschaffen.

Die Ausdehnung des Konsums bei den Mittelklassen und Reichen hat zu gestiegerten Einzelhandelsumsätzen geführt, die einen stark schrumpfen-

den Konsum der ärmeren Haushalte weitgehend verdecken. Dafür spricht weiter: Die Zahl der Urlaubreisen in Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 2500 DM ging in den Jahren 1980/81 deutlich zurück, stieg dagegen bei den Einkommen über 4000 DM. Der Fleischer-Verband meldete kürzlich, der Fleischverbrauch ist 1982 um ein Prozent oder 0,9 kg pro Kopf gesunken, der Rückgang hat im ersten Halbjahr 1983 angehalten.

Nun will die Regierung mit der „Wende“ nicht den Konsum der Arbeiterbevölkerung fördern. Sie hat weitere Kürzungen von Versicherungs- und Sozialleistungen bereits beschlossen.

Die Kapitalisten verlangen weitere Senkung der Lohnkosten. Wie will die Reaktion das durchsetzen? Der wachsende Konsum der Schichten mit einem Einkommen über dem durchschnittlichen Arbeiterlohn gibt den Bourgeois Stoff für Propaganda gegen die kom-

mende Lohnbewegung. Ein verantwortungsbewusster Gewerkschafter darf jetzt vor allem eines nicht: das zarte Pflänzchen Konjunktur durch irgendwelche Forderungen in Gefahr bringen. Aber ob sich die Arbeiterbewegung damit noch einmal von der Verteidigung des Lohnstandards abhalten läßt? Wie will die Reaktion außerdem auf lange Sicht den Lebensstandard der Arbeiterbevölkerung senken?

Die Unionsparteien sprechen hier gern von der nötigen „geistig-moralischen Wende“. Wenn einer dem anderen hilft, wenn alle zusammenrücken, dann können wir nicht nur mit weniger auskommen, das sei dann auch „eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“. So könnten die nötigen Lohnsenkungen zur Rettung der deutschen Industrie stattfinden, ohne daß jemand ins Elend käme. „Das Fundament für eine Gesellschaft der Menschlichkeit ist die Familie.“ Die

hatten 1981 ein Nettoeinkommen (aus Lohn, Rente, der anderen Versicherungsleistungen, Sozialhilfe und sonstigen Sozialeistungen) von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens der Haushalte (im Jahr 1981

gleich 3419 DM) abhängig Beschäftigter. 1978 waren es erst 11,9% gewesen.

Deutlich ist aber auch die Zahl von Haushalten abhängig Beschäftigter gewachsen, die über ein Nettoeinkommen verfügen, das reicht zur vollstän-

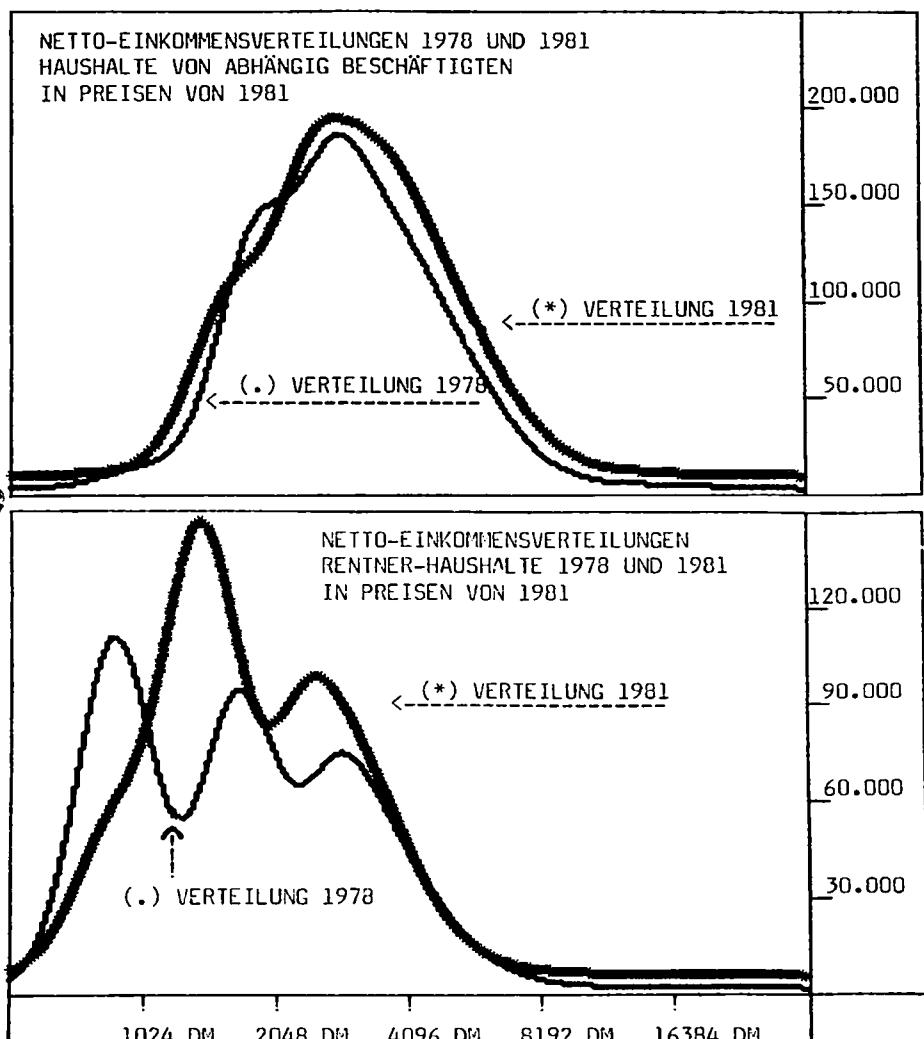
digen Reproduktion, zur Aufzucht von mehreren Kindern und das zu dem schon die Bildung von Vermögen ermöglicht. 1978 hatten 24,6% der Haushalte von abhängig Beschäftigten ein Nettoeinkommen von mehr als 4000 DM, 1981 waren es schon 27,6% (Einkommen gleichgesetzt über den Index der Lebenshaltungskosten).

Und die Zahl von Haushalten, die über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Haushalte abhängig Beschäftigter, also über mehr als 6840 DM monatlich verfügen, stieg von 4,9% 1978 auf immerhin 5,1% 1981. In dieser Zone ist die Lohnabhängigkeit nur noch formal, verschmelzen Einkünfte aus leitender Tätigkeit und aus Kapitalvermögen.

Das heißt, die Lohnpolitik der Konzerne und die Steuer- und Sozialpolitik des kapitalistischen Staates zielen auf die zunehmende Differenzierung unter der lohnabhängigen Bevölkerung, eine Spaltung, die in den letzten zwei Jahren noch zugenommen hat.

Aus dieser Interpretation fällt scheinbar die Entwicklung der Haushaltseinkommen von Rentnern und Versorgungsempfängern heraus – und das trotz Rentenkürzungen. Eine mögliche Erklärung dafür liefert die Rentenstatistik, die für den Zeitraum einen erheblichen Neuzugang von Rentenfällen mit höheren Rentenansprüchen gegenüber dem Wegfall von vorwiegend niedrigen Rentenansprüchen registriert.

Quelle: DIW-Wochenberichte 40/79 und 30/83: Einkommensschichtung der privaten Haushalte in der BRD 1978 bzw. 1981



Reaktion plant eine Senkung der Reproduktionskosten durch Umwälzung der Lebensumstände der Arbeiterbevölkerung mittels Familienpolitik.

Die Arbeiter sollen zusammenrücken und in größeren Familienverbänden leben, womit eine Verbilligung ihrer Reproduktion eintritt.

Die Miete pro Kopf sinkt, wenn mehr Personen zusammengepfercht wohnen. Die Kosten für den Kindergarten fallen weg, wenn die Oma oder sonst eine Frauenperson im Haushalt die Kinderaufsicht übernimmt. Billiger Kochen, günstiger Einkaufen ist möglich, wenn eine Hausfrau mit der dafür nötigen Zeit da ist.

Der Vorteil für die Kapitalisten liegt auf der Hand. Müssen sie gegenwärtig im großen und ganzen dem Arbeiter mindestens einen Lohn zahlen, der das Existenzminimum für eine selbstständig, ohne Zuschüsse von anderen lebenden Personen deckt, entfällt im Familienver-

band diese Schranke für den Lohn nach unten. Der junge Arbeiter, der im ausgebauten Dachgeschoß oder Keller des kleinen Eigenheims seiner Eltern lebt, kann mit 600 Mark auskommen.

Die Unionsparteien malen in ihrer Propaganda die Vorteile für die Arbeiter aus. Da herrscht dann Geschwisterliebe: Braucht der junge Arbeiter mal ein Auto, soll er das des Bruders nehmen. Gemeinschaftssinn: Verliert eine Person in einem solchen Familienverbund die Arbeit und kriegt kein Arbeitlosengeld, hilft ihm bestimmt die Oma aus, die dafür Putzen geht. Wer sagt denn, daß sich die vollständige Be seitigung von Versicherungsansprüchen der Lohnabhängigen, wie sie die CDU in den Albrecht-, George- und Sonst-wer-Papieren vorbringt, im Mehr-Generationen-Haushalt nicht verschmerzen läßt?

Der Preis für eine solche Verbilligung der Lebensführung, den die Ar-

beiterbevölkerung zu zahlen hat, ist allerdings bedeutend. Ein Beispiel: ein durch den materiellen Zwang zusammengehaltener Familienverband von fünf erwachsenen Personen und zwei oder drei Kindern. Damit sich diese Leute reproduzieren können, ist wahrscheinlich hinreichend, daß drei ihre Arbeitskraft für den ganzen Tag verkaufen, aber auch eine Kombination von zwei ganztags und zwei halbtags ist denkbar. Teilzeitarbeit, bei der die Kapitalisten für den halben Lohn in vier Stunden die Arbeitsleistung von acht Stunden herausholen können, oder Wechselschichtarbeit von Frau und Mann, Überstunden nach Belieben und alle Schönheiten der „flexiblen Arbeitszeit“ – eine Reihe von Gründen, die bisher eine Arbeiterin oder ein Arbeiter in Rücksichtnahme auf die Kinder usw. dagegen anführen können, fällt weg, wenn irgendwer schon immer zu Hause ist.

Die Kapitalisten können die Arbeit intensivieren und die Arbeitszeit schrankenlos ausdehnen, wenn die Arbeiterbevölkerung in möglichst große Familienverbände eingebettet ist. Nicht mehr der individuelle Lohnarbeiter tritt dem Kapitalisten gegenüber, der einen Lohn für eine selbständige Existenz verlangt, der Arbeitsbedingungen verlangt, die ihm den Verkauf seiner Arbeitskraft ein Leben lang gestatten und ihn nicht frühzeitig verschleissen. All das fällt weg, wenn der Familienverband als ganzes soundsoviel Arbeitskraft anbieten muß. Ist die eine Arbeitskraft verschlissen, wirft sie der Kapitalist raus, ein anderer hat an seiner Stelle zu schanzen. Die Kapitalistenklasse hat an der aus dem Ausland stammenden Arbeiterbevölkerung vorexerziert, wie durch „Rotation“, d.h. raschen Austausch der verbrauchten Arbeitskraft, die Arbeitsintensität zu steigern ist, Überstundenschinderei sowie übelste Arbeitsbedingungen durchzusetzen sind. Haben die materielle

Not und familienpolitische Zwangsmaßnahmen erst einmal genügend Arbeiter in solche Familienverbände getrieben, werden die Kapitalisten solche Arbeitsbedingungen ausdehnen.

Die Produktivität des Arbeiters wird unter solchen Arbeits- und Lebensumständen zerstört. Unregelmäßige Beschäftigung, Verschleiß der Arbeitskraft in kürzestem Zeitraum machen die Herausbildung von Erfahrungen, die jetzt ein Arbeiter auch bei Ausführung einfacher Tätigkeiten mit zunehmenden Alter erwirbt, immer schwerer. Zugleich führt die „Rotation“ der Familienarbeitskräfte zu Zuständen in den Arbeiterhaushalten, die Selbständigkeit kaum zulassen. Was unterscheidet einen Haushalt, in dem die Personen, die je gerade einen Ausbeuter finden, für den Unterhalt des Rest zu sorgen haben, noch von dem Zustand, wo die Eltern ihre Kinder an einen Kapitalisten verkaufen?

Die Reaktion drängt auf rasche familienpolitische Maßnahmen zur Um-

gestaltung der Arbeiterexistenz. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und der Familienbund der Deutschen Katholiken haben Anfang Oktober gemeinsam ein „Not- und Sofortprogramm für einkommensschwache Familien“ von der Bundesregierung gefordert, womit ein „sozial vertretbares Minimum für die Existenzgrundlage einkommensschwacher Familien geschaffen werden“ müsse.

Die Familienexperten der Kirchen verlangen „als vordringlichste Maßnahme im familienpolitischen Bereich“ die Weiterzahlung von Kindergeld für alle Jugendlichen, die nach dem Schulabschluß keine Lehre oder Arbeit finden. Jungen Familien mit „besonders niedrigem Einkommen“ soll ein „Familien geld“ gezahlt werden. Als Perspektive bis Ende der 80er Jahre fordern die kirchlichen Familienorganisationen einen staatlichen „Familienlastenausgleich“, der beim ersten Kind ein Drittel des Mindestunterhaltsbedarfs, beim zweiten zwei Drittel

## Christlich-liberales für den „Aufschwung“: Das Haushaltsbegleitgesetz 1984

Das „Haushaltsbegleitgesetz 1984“ der Bundesregierung liegt nach der 1. Lesung in Bundesrat und Bundestag gegenwärtig den Ausschüssen des Deutschen Bundestags zwecks Überprüfung und weiterer Ausfeilung vor. Vom 6.12. bis 9.12. soll die 2. und letzte Lesung im Bundestag sein, am 16.12. die letzte Lesung im Bundesrat. Das Gesetz würde dann zum 1.1.84 in Kraft treten – und damit neuerliche Angriffe auf den Reproduktionsstandard und die Versicherungsansprüche gerade der am schwersten arbeitenden und am schlechtesten bezahlten Teile der Lohnabhängigen eröffnen.

So werden ab 1.1.84 das *Arbeitslosengeld*, *Kurzarbeitergeld* und *Schlechtwettergeld* für kinderlose Arbeitslose bzw. Kurzarbeiter oder Schlechtwettergeldbezieher von 68% auf 63% gesenkt. *Jugendliche Arbeitslose* mit abgeschlossener Berufsausbildung bekommen, wenn sie überhaupt noch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, dieses auf Basis von 50% des tariflichen Arbeitsentgelts berechnet statt bisher auf 75%. Mit anderen Worten: Ihr Arbeitslosengeld beträgt künftig 31,5% des tariflichen Arbeitsentgelts. Nach Schätzungen der IG Chemie werden allein durch diese Maßnahmen 20% der männlichen und 80% der weiblichen Arbeitslosen unter das Sozialhilfeneveau sinken.

Die *Arbeitslosenhilfe* für kinderlose Arbeitslose sinkt von 58% auf 56%.

Das *Unterhaltsgeld* für *Umschüler* wird für solche mit Kind oder pflegebedürftigem Ehepartner von 75% auf 70% gesenkt, für andere Umschüler von 68% auf

63%. Umschülern, deren Unterhaltsgeld bereits durch die Regierung Schmidt ab 1.1.82 auf 58% gesenkt worden war und die dieses Unterhaltsgeld nur noch als Darlehen erhielten, weil sie zum Beispiel nicht unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht galten, „kann“ die Bundesanstalt für Arbeit künftig ein solches Darlehen gewähren. Sie muß nicht mehr.

Von *Behinderten*, die zwecks Teilnahme an Rehabilitationsmaßnahmen außerhalb der eigenen Wohnung untergebracht und verpflegt werden, wird künftig ein *Verpflegungsgeld* von 120 bis 180 DM im Monat einbehalten. Ihr *Übergangsgeld* für die Zeit der Fortbildung oder Umschulung, schon zum 1.1.83 von 90 auf 80% bzw. von 75 auf 70% gekürzt, wird zum 1.1.84 erneut auf 75% (Behinderte mit Kind und/oder pflegebedürftigem Ehepartner) bzw. auf 65% (alle übrigen Behinderten) gesenkt. *Schwerbehinderte* müssen künftig für ihre bislang unentgeltliche Beförderung 120 DM im Jahr zahlen, ausgenommen: Kriegsopfer, Verfolgte, besonders einkommensschwache Schwerbehinderte, Blinde und Hilflose. Für Behinderte in Werkstätten wird der Rentenversicherungsbeitrag von 90% auf 70% ihres Durchschnittsentgelts verringert, entsprechend ihr späterer Rentenanspruch.

Das *Mutterschaftsgeld* soll von 25 auf 20 DM täglich, der Mutterschaftsurlaub von 4 auf 3 Monate verkürzt werden.

In der *Krankenversicherung* müssen die Bezieher von Kranken- und Verletzungsgeld ab 1.1.84 11,55% als Beitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung abführen.

Die Anpassung der Regelsätze der *Sozialhilfe* wird auf 2% verringert. Die nächsten

Anpassungen sollen zum 1.7.84 bzw. 1.7.85 erfolgen. Jede Neuberechnung des Warenkorbs der Sozialhilfe ist bis dahin ausgeschlossen. Ab 1.1.84 werden auch die Großeltern und Enkel zu den Kosten der Sozialhilfe herangezogen. Asylsuchende Ausländer bekommen künftig nur noch „Sachleistungen“ und „Wertgutscheine“, also keinen Pfennig Geld mehr, ihre Einkerkierung in Sammellagern wird so vervollkommen. Diese Aufhebung jeglicher Geldzahlung im Rahmen der Sozialhilfe soll auf Vorschlag des Bundesrats auch auf andere Ausländer ausgedehnt werden, die z.B. „Gefahren für Leib und Leben in ihrem Herkunftsland geltend machen“ und deshalb nicht umstandslos ausgewiesen werden können. Ausgeschlossen von jedem Sozialhilfebezug, gleich in welcher Form, sind künftig nicht nur Auszubildende, die nach dem Ausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert werden können, sondern auch Lohnabhängige in Umschulung und Fortbildung. Zudem hat der Bundesrat noch eine Bitte besonderer Art vorgetragen. Er fragt – mit deutlichem Hinweis auf die hohe Zahl von Rentnern und Arbeitslosen, die wegen der elenden Renten oder wegen Verlust aller Ansprüche auf Arbeitslosengeld Sozialhilfe beziehen, an, „inwieweit die Ausdehnung des grundsätzlichen Anspruchsausschlusses ... auf weitere Bundesgesetze ... (z.B. Reichsversicherungsordnung) erforderlich wird“. Mit anderen Worten: Ob man nicht wenigstens Teilen dieser Bezieher von Arbeiterrenten, von Unfall- und Invalidenrenten usw. den Bezug von Sozialhilfe verweigern solle – welch fruchtbare Wege der „Entlastung der Gemeindefinanzen“ von Sozialhilfezahlungen würden sich da doch auftun! Die Bundesregierung hat geantwortet, sie würde „der Prüfungsbitte entsprechen“.

und bei jedem weiteren den vollen Mindestunterhaltsbedarf abdeckt.

Nachdem die Regierung jugendlichen Arbeitern den Bezug von Arbeitslosengeld fast vollständig gestrichen hat (die Mindestversicherungszeit wurden erhöht, einem Lehrling soll nach der Lehre nur noch 50% des Facharbeiterlohnes als Grundlage berechnet werden), setzen jetzt die christlichen Familienförderer nach: Der junge Arbeiter soll als Kindergeldbezieher länger an den Haushalt der Eltern gefesselt bleiben. Kinderaufzuchtpremien sorgen dann dafür, einer größeren Zahl von Frauen die Hausfrauenaktivität in vergrößerter Familie als Lebensperspektive nahezubringen.

Diese Sorte christlicher Notprogramme für die Armen steht der Arbeiterbewegung bevor, wenn sie nicht für einen zur selbständigen Lebensführung ausreichenden Lohnstandard kämpft.

Quellenhinweis: CDA, 20. Bundestagung, Anträge, 1. - 2. Okt. 1983; Handelsblatt, 5.6.1983; Bundesregierung, Bulletin, 29.9.1983 - (alk, jeb, rül, wom)

In der Rentenversicherung ist seit 1.7.83 der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner in Kraft. Zum 1.7.84 steigt dieser Beitrag von 1 auf 3%, zum 1.7.85 auf 5%. Seit dem 1.9.83 ist zudem der Rentenversicherungsbeitrag aller Lohnabhängigen von 9 auf 9,25% erhöht. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden stärker, Kranken- und Verletzungsgeld erstmals zur Zahlung der Rentenversicherungsbeiträge herangezogen, die Möglichkeit zur Frühverrentung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit drastisch eingeschränkt (siehe Pol. Berichte 14/83, S. 13f.). Durch die „Aktualisierung“ der Rentenanpassung sowie den höheren Krankenversicherungsbeitrag werden die Renten zum 1.7.84 um nominal 1,4% steigen - „beispielgebend“ für die Absichten von Kapitalisten und Regierung gegenüber der Lohnbewegung 1984.

Ebenfalls direkt gegen diese Lohnbewegung richtet sich die Absicht der Bundesregierung, die Beamtengehälter 1984 überhaupt nicht zu erhöhen, die Eingangsgehälter der Besoldungsgruppen A 9 und höher zu senken und den Zuschuß zur Gemeinschaftsverpflegung im öffentlichen Dienst ab 1984 zu streichen.

Finanziell bedeuten alle diese Maßnahmen nach den Berechnungen der Bundesregierung im nächsten Jahr Belastungen für die Haushalte der Lohnabhängigen von 11,5 Mrd. DM. In den Jahren 1984 bis 1987 rechnet die Bundesregierung mit einer Gesamtbelastung der Haushalte der Lohnabhängigen allein durch dieses eine Gesetz sowie durch den einjährigen Lohnstopp für Beamte in Höhe von zusammen 55,49 Mrd. DM.

Quellenhinweis: Haushaltbegleitgesetz 1984, Bundestagsdrucksache 10/335, Bonn, 2.9.83

## Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – der Mieterverein soll Schuld sein

„Zu Jahresbeginn genährte Befürchtungen, die Mieten in der Bundesrepublik könnten explosionsartig steigen - von 30% und mehr war die Rede - gehören in den Bereich der Fabel“ (Bundesbaublatt 9/83), behauptet frech ein Kommentator der neuen Bundesregierung. Er stützt sich darauf, daß im ersten Halbjahr 1982 die Mieten angeblich im Durchschnitt um 4,9% und 1983 mit 5,6% nur geringfügig mehr gestiegen sind. Mit 4,2% stiegen die Mieten der Neubauwohnungen im ersten Halbjahr 1983 am geringsten gegenüber 6,5% bei Altbauten und 6,9% im sozialen Wohnungsbau.

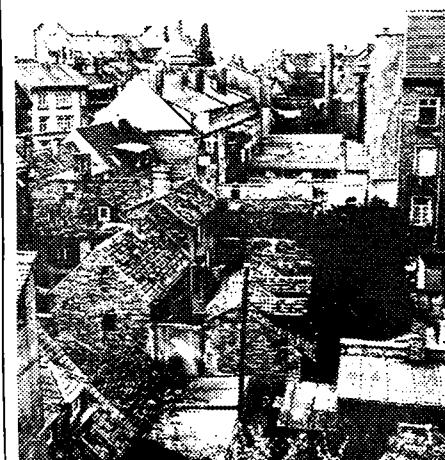
Demgegenüber stellte der Präsident des Deutschen Mieterbundes zur Eröffnung des deutschen Mietertages 1983 im September fest, daß nach einer Umfrage bei den 400 örtlichen Mietervereinen der BRD die Mieten für ältere Wohnungen seit dem 1.1. 1983 für städtische Gebiete im Durchschnitt um 18% und für finanzierte Neubauwohnungen um 15% gestiegen seien. Die Abweichung vom offiziellen Mietenindex erklärte er damit, daß beim offiziellen Mietenindex auch die stagnierenden Mieten des ländlichen Raumes enthalten sind.

Daß die neuen Mietgesetze wesentliche Ursache für die Mietsteigerungen sind, wird daran deutlich, daß in mehr als 25% aller Fälle Mieterhöhungen auf Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand (Neuregelung) begründet werden. Überhaupt sind die Mieterhöhungsfälle durchschnittlich um 40% gestiegen, in Großstädten mit über 100000 Einwohnern sogar um 52%. In mehr als  $\frac{2}{3}$  aller Mieterhöhungsfälle wurden die Mieten auf einen Schlag um 30% erhöht, in 13% sind sie sogar über 30% hinausgegangen. Obwohl auch nach den neuen Mietgesetzen Mieterhöhungen im einzelnen begründet sein müssen, wurde jede vierte Miet erhöhung lediglich mit der Floskel: „Nach dem neuen Mietgesetzen darf ich das“ begründet, war also ungültig.

Dagegen hetzt der o.a. Kommentator im Bundesbauministerium gegen den Mieterverein: Wenn „in Einzelfällen höhere Mietsteigerungen gefordert werden“, „dann muß sich nicht zuletzt der deutsche Mieterbund fragen, ob nicht auch er durch seine überzogene und eher desinfor-

mierende Kampagne vom Jahresbeginn dafür mit den Boden bereitet hat“ (ebd.). Also nicht die Mietgesetze, sondern der Mieterverein soll Schuld an den Mieterhöhungen sein! Im übrigen würden die Mieterhöhungen nicht mehr bedeuten „als ein wenig mehr Wirtschaftlichkeit im Wohnungsbau“.

Das wachsende Elend ist insbesondere in den niedrigen Einkommensgruppen kein Problem für diesen bürgerlichen Schreiberling, da solche



Da die Nachfrage nach Wohnungen zu niedrigen Mieten steigt, können die Hausbesitzer auch für schlechten Wohnraum teurere Miete durchsetzen. Die Folge: Zwangsräumungen häufen sich.

Leute von den Gesetzen profitieren. So ist einer der wohnungspolitischen Sprecher der CDU im Bundestag, MdB Clemens, an seinem Wohnort in Braunschweig seit längerem an der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen direkt und indirekt beteiligt, wo Mieter vertrieben oder für 25000 DM herausgekauft wurden, um das große Geld zu machen. Dafür mußte er sich auf der CDU-Wahl-Mitgliederversammlung vor rund einem Jahr herauslügen, um wiedergewählt zu werden.

Der Mieterverein hat festgestellt, daß in Großstädten mehr als die Hälfte aller Mietervereine einen deutlichen Anstieg der Zwangsräumungen mit anschließender Obdachlosigkeit gemeldet haben, während teure Wohnungen zunehmend leer stehen. Deshalb forderte der Präsident des Mieterbundes die Korrektur der unsozialen Mietgesetze.

Quellenhinweis: Bundesbaublatt 9/83 S. 541, Nachrichtendienst des Deutschen Mieterbundes vom 21.9.83

### 3% Lohnerhöhung für Hafenarbeiter

**Hamburg.** Der Lohntarif war zum 31.9.83 ausgelaufen. Seit dem 5.10. gibt es einen neuen Tarif für die Seehäfen. Für die Monate Oktober bis Dezember '83 werden die Grundstundentlöhne um 3% angehoben, wie bereits bei der letzten Lohnrunde festgelegt. Die Schichtzuschläge für die II. und III. Schicht sowie die Überstundenzuschläge werden erst ab 1.1.84 um 3% erhöht. Der neue Tarif läuft bis zum 30.9.84. Der Rahmen tarif ist zum 31.12.83 gekündigt. Die Verhandlungen darüber beginnen Anfang 84, weil die Hafenkapitalisten nicht den Vorreiter bei Einführung der 35-Stunden-Woche machen wollen.

### Pershing II-Teile in Frankfurt

**Frankfurt.** Die GRÜNEN in Hessen haben aufgedeckt, daß im Stadtteil Hausen schon vor Abschluß der Genfer Verhandlungen die Stationierung der Pershing II vorbereitet wird. Belegt haben sie dies u.a. mit Fotos von Transportkisten der amerikanischen Rüstungsfirma Martin Marietta mit der Aufschrift „Pershing Mod.

Am 1. Oktober 1983 hatten die „Ärzte-Initiativen gegen die atomare Bedrohung“ zu einer zentralen Demonstration in Bonn-Bad Godesberg aufgerufen. Etwa 5000 Ärzte und Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen vom gesamten Bundesgebiet waren angereist. Die Demonstration führte zum Gesundheitsministerium und zum Bundesamt für Zivilschutz. Dort wurde die Berufsbekleidung abgelegt und eine Schweigeminute durchgeführt. Dem Gesundheitsministerium wurde eine Resolution gegen jegliche „Kriegs- und Katastrophenmedizin“ überreicht.

Team Europe, Equipment Support Center, FFM Hausen“ (Mod. = Modification, Umrüstung), auch hatte man die neuen MAN-Trägerfahrzeuge gesehen. Nach anfänglichem Leugnen von Landes- und Bundesregierung gab nun der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Würzbach zu, daß sich in Hausen bereits Teile des Logistik-Systems der Pershing II befinden. Es handle sich um die „rollende, die elektronische Technik“, nicht aber um wesentliche Bestandteile der Rakete.



Als 1000 chilenische Bergarbeiter einen Protestmarsch gegen die Entlassung von 1800 Arbeitern der Kupfermine „El Teniente“ durchführten und von dem 130 km von der Hauptstadt entfernten Ort Rancagua nach Santiago marschierten (Bild), griff die Polizei die Demonstration am 5.10. 20 km vor Santiago an, verletzte 50 Demonstranten und nahm 83 fest. – Am 11.10., dem Beginn des 6. nationalen Protestes, nahmen mehr als 100000 an einer Kundgebung in Santiago teil und forderten den Rücktritt Pinochets. Während des 6. nationalen Protestes hat die Polizei sechs Personen erschossen. Zur Kundgebung in Santiago hatten die Demokratische Volksbewegung (MDP), in der die Kommunistische Partei, Teile der Sozialistischen Partei und andere Organisationen vereinigt sind und die Organisation Proden, die von dem ehemaligen christdemokratischen Senator Lavandero geführt wird, aufgerufen. Die Demokratische Allianz, die von der Christdemokratischen Partei geführt wird und von der hiesigen CDU Unterstützung erhält, hatte sich an dem Aufruf nicht beteiligt.

### Internationale Aktion zur Verhinderung eines Atomkrieges



### „5 Minuten vor 12“ bei fuba

**Bad Salzdetfurth.** Zu der Arbeitsniederlegung gegen die Raketenstationierung hatte auch der Betriebsrat auf der letzten Betriebsversammlung aufgerufen. Die Geschäftsleitung klagte in einem Aushang am 5.10. den Betriebsrat der Störung des Betriebsfriedens an und leitete ein Verfahren gegen ihn ein. In sechs Abteilungen mit insgesamt 300 Beschäftigten (Gesamtbelegschaft 1000) wurden gemeinsame Versammlungen durchgeführt. In drei Abteilungen wurde eine Resolution verabschiedet und anschließend von 150 Arbeitern und Angestellten unterschrieben. Die Resolution fordert u.a. Volksbefragung/Volksentscheid gegen die Raketenstationierung. Die Resolution wurde in den nächsten Tagen von weiteren 120 Beschäftigten unterschrieben und ging an den VLK fuba und die IGM Hildesheim. (nach Nachrichtendienst Metallindustrie des BWK v. 22.10.83)

### Faschistische Pläne zum Spiel BRD-Türkei

**Westberlin.** In einer Reihe von Städten in der BRD und Westberlin mobilisieren faschistische Organisationen für das Europameisterschaftsqualifikationsspiel am 26. Oktober in Westberlin. Schriftliche Aufrufe an „das deutsche Volk“ zum Kampf „gegen das stinkende Türkenpack“ liegen den staatlichen Stellen der BRD und dem Westberliner Senat schon seit einer geraumten Zeit vor. Zur Unterbindung solcher Aktivitäten ist bislang nichts ernsthaftes unternommen worden. Die Verlautbarungen der

Polizei und des Innensenators lassen darauf schließen, daß sie den Spielverlauf sichern wollen. Die Möglichkeiten faschistischer Banden im Umfeld des Stadions, also insbesondere vor und nach dem Spiel entsprechend ihrer Planungen, Überfälle auf Türken und türkische Geschäfte zu organisieren, bleiben aber unberührt. Es gibt eine Reihe von Aktivitäten gegen die Faschisten. Die IG Metall und Asten Westberliner Universitäten sind engagiert und rufen zum Besuch des Spieles auf. Auch Profifußballer wie Lothar Matthäus haben sich öffentlich gegen die Faschisten und gegen Ausländerhetze erklärt. Schon jetzt steht aber fest, das Verhalten der Staatsorgane rechtfertigt die Disqualifikation der BRD-Mannschaft für die Europameisterschaft.

### Neues Meldegesetz: genauere Erfassung

**Heidelberg.** Im April 1983 wurde von Landtag in Baden-Württemberg ziemlich unbeachtet ein neues Meldegesetz verabschiedet. Das neue Meldegesetz regelt ausdrücklich die Erhebung von Daten zum „Zwecke des Katastrophenschutzes“. Mit der Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom Mai 1983 werden neue Meldeformulare eingeführt. Das Anmeldeformular enthält jetzt die Frage, ob der oder die Betroffene in einem Heil-(hilfs)-beruf ausgebildet ist. Liegt eine solche Ausbildung vor, so regelt die Verordnung die Weitergabe der Daten, z.B. auch die Anzahl der Kinder, an das zuständige Gesundheitsamt. Es ist bekannt, daß zumindest in Heidelberg diese Daten erhoben werden.

## Krankenhäuser

# Bereitschaftsdienst — Probleme bei der Umsetzung des Tarifvertrages

Hamburg. Bei der Personalversammlung zum Thema Bereitschaftsdienst im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek ging es hoch her. Der Personalrat hatte betroffene Beschäftigte und Vertreter von Marburger Bund und ÖTV eingeladen, um die Dienstplangestaltung gemäß der neuen seit 1.1.83 gültigen Sonderregelung 2c zum BAT (SR 2c BAT) zu diskutieren.

Bisher haben nur zwei Abteilungen, Neurologie und Nierenabteilung, tarifgemäße Dienstpläne für das ärztliche Personal geschrieben. Beim ärztlichen Personal hat eine Mehrheitsverschiebung stattgefunden, da die verbesserten Arbeitszeiten mit dem Verzicht auf Überstundenvergütung erkauft werden. Dies wurde der Gewerkschaft lautstark vorgeworfen und von der Krankenhausleitung interessiert zur Kenntnis genommen.

Zur Erinnerung: In den Jahren 1978 bis 1982 sind ca. 70 Arbeitsgerichtsprozesse von Krankenhausärzten geführt worden, um die Belastung durch Bereitschaftsdienste abzubauen. Die ÖTV führte eine Kampagne gegen ununterbrochene Dienstzeiten von 32, zum Teil sogar 56 Stunden durch. In den Tarifverhandlungen haben sich die Dienstherren lange gesträubt, zwingend festzulegen, daß ein Beschäftigter spätestens nach einem Bereitschaftsdienst und anschließender oder vorausgegangener dienstplanmäßiger Arbeitsleistung einen Anspruch auf Freizeit

hat. Die Gefährdung der Patienten bei der Versorgung durch übermüdetes Personal sowie die Gefahr für die Gesundheit des Personals selbst waren die Hauptargumente in dieser Auseinandersetzung und vor dem Arbeitsgericht.

Die Neuregelung trägt diesen Argumenten Rechnung. Die Zahl der Bereitschaftsdienste ist begrenzt auf maximal sechs pro Kalendermonat in den Stufen C und D und maximal sieben in den Stufen A und B (siehe Politische Berichte 17/83).

Völlig klar ist es, daß diese Beschränkung einhergehen muß mit der Schaffung neuer Stellen. Dies ist zweifellos ein Erfolg der Gewerkschaften, wenn auch für die Dienstherren die Einsparung von Überstundenvergütung durch die Festschreibung des zwingenden Freizeitanspruchs für die Finanzierung dieser Stellen eine Rolle spielt. SR 2c BAT: „Wird ein Arzt an einem Kalendertag, an dem er eine Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — von mindestens siebeneinhalb Stunden abgeleistet hat, zu einem Bereitschaftsdienst der Stufe C oder D von mindestens zwölf Stunden herangezogen, soll ihm nach diesem Bereitschaftsdienst eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden gewährt werden; dies gilt nicht, wenn bei Gewährung der Ruhezeit die Patientenversorgung nicht sichergestellt wäre. Die Ruhezeit soll, soweit möglich, zur Freizeitabgeltung ... verwendet werden.“

Die Bewertung der Bereitschaftsdienststunden als Arbeitszeit bei der Berechnung der Freizeit oder der Überstundenvergütung erfolgt nach der Neuregelung nicht allein nach der Stufe, sondern auch nach der Häufigkeit der Dienste. Beispiel: Die OP-Schwester im 1. Chirurgischen OP machen Bereitschaftsdienst der Stufe B, der zu 25% als Arbeitszeit gewertet wird. Der 1. bis 8. Bereitschaftsdienst pro Monat wird zusätzlich mit 25% bewertet. Aus den üblichen 7 Bereitschaftsdiensten ergibt sich jetzt ein Freizeitanpruch von 8 Stunden für 16 Stunden Bereitschaftsdienst statt wie bisher nur 4 Stunden. Das ist ein zusätzlicher freier Tag und der Grund, warum auch hier tarifgemäße Dienstpläne geschrieben werden.

Auch bei der Häufigkeit der Bereitschaftsdienste ist ein Schlupfloch eingelegt: „Die Zahl ... darf vorübergehend überschritten werden, wenn sonst die Patientenversorgung nicht sichergestellt wäre.“ Nach dem Meinungs-

bild auf der Versammlung sind es ca. 60% der Ärzte im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek, die jetzt nach „Besitzstandswahrung“ rufen und betonen, daß sie auf die wegfällenden 200 bis 300 DM Überstundenvergütung für die 32-Stunden-Schinderei nicht verzichten wollen. Sie beantragen keine neuen Stellen, sondern reichen Dienstpläne ein, in denen der Tag- oder der Bereitschaftsdienst um eine Stunde verkürzt ist, um die Freistellungsbestimmung zu umgehen. Ebenso ist dienstplanmäßig und nicht vorübergehend eine Überschreitung der Höchstzahl festgehalten. Laut ÖTV und Marburger Bund halten diese Dienstpläne einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

Im Interesse der Patienten und der Erkämpfung von zumutbaren Arbeitszeiten für das Personal ist die Neuregelung ein erster Erfolg. Da sie einhergeht mit dem Verzicht auf Lohnbestandteile, wurde auch auf der Versammlung die Notwendigkeit stärkeren Engagements in der kommenden Tarifrunde hervorgehoben. Nur durch einen ausreichenden Lohn kann den Widerständen bei der Durchsetzung des Tarifvertrages entgegengetreten werden, was unumgänglich ist.

Quellenhinweis: ötv-gesundheitsreport 3/83; ötv-echo 2/83; SR 2c BAT v. 1.1.83 — (brg)

## Kfz-Handwerk

### Tarifabschluß nach fünf Streikwochen

Braunschweig. Am 16.10. haben sich die Tarifvertragsparteien in Niedersachsen auf Folgendes geeinigt: Erhöhung der Löhne um 3,2% ab 1.5. und zur Absicherung der übertariflichen Zahlungen neben 100 und 115% eine zusätzliche Lohngruppe mit 107,5%, die in drei Stufen von je 2,5% bis zum 1.5.86 eingeführt wird, die Eingruppierung erfolgt durch die Kapitalisten, bei Streitigkeiten entscheidet eine paritätisch besetzte betriebliche Kommission. Die Forderungen der IG Metall waren: 6,5%, zwei zusätzliche Lohngruppen mit 110 und 125%, Eingruppierung durch Arbeitgeber und Betriebsrat. Der IG Metall-Bezirkssekretär Düwel äußerte sich mit dem Ergebnis zufrieden, auch wenn er nicht von Siegern und Verlierern bei einer so harten Auseinandersetzung reden wollte. Das Ergebnis der Urabstimmung war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. In der letzten Streikwoche hatten sich die Fronten schroff gegenübergestanden.

Mit der Ausdehnung auf weitere Betriebe begann die fünfte Streikwoche. Die IG Metall und der DGB riefen alle



Die Dienstherren unterlaufen das seit Januar 1983 geltende Tarifrecht über Bereitschaftsdienste

Mitglieder auf, vorerst keine Kfz-Werkstätten aufzusuchen, was bei den Kapitalisten große Empörung hervorrief. Zum Polizeieinsatz kam es am Donnerstag vor vier hannoverschen Betrieben. Durch die Verstärkung der Streikposten wurden die Zufahrten blockiert. Geschäftsführer Runge vom Autohaus Nordstadt warf den Streikposten Nötigung vor, da er den Betrieb nur mit Hilfe der Polizei betreten konnte. Als dann keine Kunden in den Betrieb fuhren, hat er die Polizei zum Handeln aufgefordert. Nachdem der stellvertretende Polizeipräsident sich vor Ort informierte, wurden die Zufahrten von Beamten freigehalten.

Ebenso tat es J. Kurzrock, Prokurist bei Petermax-Müller, als einige Kunden sich nicht aufzuhalten lassen wollten

und mit der Stoßstange langsam gegen die Menschenraube drückten. Gegen mehrere Streikposten wurde Strafanzeige gestellt. Ein Vertreter der IG Metall erklärte dazu, daß man die Fahrzeuge nun mal anhalten muß, um die Kunden zu informieren.

Vor einem Braunschweiger Betrieb demonstrierten die Frauen von streikenden Monteuren mit ihren Kindern, daß sie auf Seiten ihrer Männer stehen. Sie antworteten damit auf Briefe der verschiedenen Betriebsleiter.

Opel-Blitz (Hannover) und Mederer Motoren Werke (Braunschweig) haben einen Haustarifvertrag, der alle IG Metall Forderungen erfüllt. Die meisten Angebote dieser Art waren jedoch nur Mittel, um die Streikfront aufzuweichen. Das ist nicht gelungen. – (ROK, gca)

Metallarbeiterverein). 1981 stellte die DAG noch 20,8% und der CMV noch 1,3% der Angestelltenbetriebsräte.

Ziel der Aktivitäten der IG Metall war auch die Durchsetzung betrieblicher Vereinbarungen, um die kapitalistische Rationalisierung in ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten in Griff zu bekommen. Es zeigte sich aber sehr schnell, daß die Forderungen der Verwaltungsstelle bei den überwiegend sozialpartnerschaftlich ausgerichteten freigestellten Betriebsräten der Großbetriebe Daimler-Benz, Bosch, IBM auf taube Ohren stießen. Jetzt, wo die Großbetriebe mit der Verdatung von Verwaltung und Produktion weit fortgeschritten sind und die Monopole wie Bosch jedes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates ablehnen, sind Betriebsräte und IG Metall in Zugzwang gekommen.

Um Tarifverträge zu unterlaufen und den Betriebsrat zu umgehen, haben die Kapitalisten die Beschäftigung von Leih- und Fremdarbeitern ausgeweitet und sind zur Zeit dabei, zusammen mit der Landesregierung die Beschäftigung von Heimarbeitern am Bildschirm zu erproben. Bezüglich der Beschäftigung von Leih- und Fremdarbeitern hat die Verwaltungsstelle über Vertrauensleute in rund 270 Betrieben festgestellt, daß es bei fast 25% der Betriebe illegale Leiharbeit gibt, gerade in den Großbetrieben. Mit sogenannten „Scheintarifverträgen“ werden betriebsfremde Arbeiter zu Tätigkeiten

### *IGM-Ortsverwaltung Stuttgart*

## **IG Metall macht mobil gegen Intensivierung, Leih- und Heimarbeit**

**Stuttgart.** Die baden-württembergische IG Metall hat innerhalb der Gesamtorganisation der IG Metall eine Vorreiterrolle, soweit es sich um gewerkschaftliche Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit und für Änderung der Tarifgruppenstruktur zugunsten der unteren Lohngruppen handelt. Die Stuttgarter Ortsverwaltung der IG Metall ist mit 110000 Gewerkschaftsmitgliedern die größte im Bundesgebiet und prägt durch die hohe Konzentration der Arbeiterschaft in den Produktionsstätten von Daimler-Benz, Bosch, IBM und SEL maßgeblich die Meinungsbildung innerhalb der IG Metall Baden-Württemberg. Im folgenden soll untersucht werden, welche Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit diese Ortsverwaltung seit dem Gewerkschaftstag 1980 verfolgt hat und wie sich das vielleicht für den Tarifbezirk Baden-Württemberg ausgewirkt haben mag.

67000 der 171000 abhängig Beschäftigten der Metallwirtschaft im Raum Stuttgart (d.h. 39%) sind Angestellte. Probleme der Leistungsverdichtung, der neuen Arbeits- und Büroorganisation, der zunehmenden Schichtarbeit in kapitalintensiven Bereichen, der Arbeitsmonotonie treten nicht nur bei Schreibkräften geringerer Qualifikation auf, sondern zunehmend auch bei Ingenieuren, Technikern, Meistern etc. Um die sozialen Folgen des technischen Wandels in das öffentliche Bewußtsein zu heben, veranstaltete die Ortsverwaltung 1980 einen Vortragsszyklus mit dem damaligen Bundesforschungsminister Hauff, dem Vorsitzenden der SEL AG Lohr und dem Bezirksleiter der IG Metall

Steinkühler. In seinem Redebeitrag als Antwort auf Hauff und Lohr stellte Steinkühler Mindestforderungen bezüglich Arbeitsinhalt und Arbeitsorganisation zur Diskussion, wie sie vor kurzem von der IG Metall Baden-Württemberg als Flankierungsforderungen zur Arbeitszeitkürzung auf dem vergangenen 14. Gewerkschaftstag vorgebracht worden sind.



Hunderte Metallarbeiter am 3.2. 1983 während der Lohntarifverhandlungen in Fellbach. Ein Moritatensänger nimmt die Kapitalisten aufs Korn.

Die Initiativen der Ortsverwaltung stärkten den Einfluß der IG Metall gerade auch unter den Angestellten. Hatte 1978 in 20 Schwerpunktbetrieben der Verwaltungsstelle die IG Metall 44% der Angestelltenbetriebsräte gestellt, so 1981 49%, knapp die Hälfte. Verloren an Einfluß hat demgegenüber die DAG und der CMV (Christlicher

herangezogen, die normalerweise die Stammbelegschaft verrichtet. Bei Daimler-Benz Sindelfingen, mit 35000 Beschäftigten der größte Betrieb im Raum Stuttgart, sind 10% der Belegschaft Fremdarbeiter. Den Betriebsräten fehlen bei Leiharbeit die Mitbestimmungsrechte. Die IG Metall fordert bundesweit das Verbot der Leihar-

beit. Die Untersuchung der Stuttgarter IG Metall war bundesweit die erste.

Bezüglich der Heimarbeit am Bildschirm brachte die IG Metall Stuttgart dieses Jahr auf der 11. Angestelltenkonferenz einen Antrag ein, bei der Bundesregierung auf ein gesetzliches Verbot der Bildschirmheimarbeit zu drängen, da bei dieser monotonen Arbeit umfassende Kontrolle durch den Computer stattfindet, Kontakte zu den Kollegen beeinträchtigt sind und damit die kollektive Interessenvertretung erschwert wird, die Nacharbeit ausgeweitet und das Familienleben beeinträchtigt wird (Gewerkschafter 3/83, S.29). Die Angestelltenkonferenz übernahm diesen Antrag und der Angestelltenausschuß beim Vorstand der IG Metall stellte diesen Antrag als Nr. 762 an den vergangenen Gewerkschaftstag.

Die Errichtung einer Front gegen Hetzparolen gegenüber Ausländern war ebenso Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit wie auch der Versuch, die Entgeltrelation zugunsten der unteren Lohngruppen zu ändern. Mit den Niedriglohnbetrieben Bosch und SEL bildet die Stuttgarter Elektroindustrie immer noch einen Hort der Kapitalisten zur Verteidigung der unteren Lohngruppen. Der zunehmende Druck der Arbeitslosigkeit ermutigt die Kapitalisten zu innerbetrieblichen Abgruppierungen und Neueinstellungen in unteren Lohngruppen. Betrieblich konnten hier keine Fortschritte erreicht werden. Umso nötiger ist es, wie jetzt auf dem Gewerkschaftstag beschlossen, in die Lohnforderungen Mindest- und Sockelbeträge aufzunehmen und diese auch durchzusetzen. - (ros)

## Privatisierung Gewerkschaften starten Gegenoffensive

**Hildesheim.** Bereits 1979 verkündete die niedersächsische Wirtschaftsministerin B. Breuel die Absicht, eine Vielzahl von staatlich betriebenen Diensten wie z.B. Bahn und Post, Schlachthöfe, Müllabfuhr, Gartenbau, Gebäudereinigung zu privatisieren. Die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) setzte nach und forderte in einer Broschüre eine örtlich zu koordinierende Privatisierungsoffensive in der BRD. Zu den Bereichen, die noch verscherbelt werden sollen, gehören zusätzlich: Krankenhäuser, Gesundheitsvorsorge, Krankenhaus- und Heimverpflegung, Jugendhilfe, Betreuung Behindter und sozial Gefährdeter, Teilbereiche der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Schulen, Kindergärten etc.

Mit einer Studie, die an über 100 Fällen in Niedersachsen die Ver-

schlechterung der Arbeitsbedingungen, Lohnsenkungen und Einschränkung der Versorgung durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen untersucht, und einer großen Kundgebung am 19.11.83 in Hannover beginnen die Gewerkschaften Front dagegen zu machen.

Lohnsenkungen auf breiter Ebene ist ein Ziel der Kapitalisten. Etliche Kapitalisten schließen nach erfolgter Privatisierung Arbeitsverträge außerhalb des Geltungsbereichs von Tarifverträgen ab. Lohnsenkungen erfolgen aber wesentlich dadurch, daß nach der Pri-

**Vergleich der monatlichen Durchschnittseinkommen zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsgruppen, Stand: 2. Quartal 1982**

Wirtschaftsbereich	Arbeiter männlich	Arbeiter weiblich	Angestellte Beamte
1 Bergbau	3083	2333	4287
2 Energiewirtschaft	3079	2111	3661
3 Verarbeitendes Gewerbe	2924	1902	3893
4 Baugewerbe	3179	2103	3317
5 Produzierendes Gewerbe (1 bis 4)*	3066	2112	3790
6 Banken und Versicherungen	2641	1893	3150
7 Öffentlicher Dienst	2510	1661	3217
8 Handel und Verkehr	2474	1738	2791
9 Dienstleistungshandwerk	1929	1424	2600

\*1 Ohne Land- und Forstwirtschaft, durchschnittliches Mittel der Bereiche 1 bis 4

vatisierung die niedrigen Tariflöhne des privaten Dienstleistungsgewerbes übernommen werden (s. Tabelle).

Massive Ausdehnung der Arbeitszeit dokumentiert die Studie im Oberbaudienst der Bahn (Gleisarbeiten etc.), wo an Stelle des Drei-Schicht-Betriebs Schichtbetrieb mit zwei mal 12-Stunden-Schichten eingeführt wurde. In der Naßbaggerei, die in der BRD zu  $\frac{1}{3}$  privatisiert werden soll, liegt die monatliche Stundenzahl bei den privaten Betrieben mit 242,5 Stunden um 33% über der im öffentlichen Dienst mit 181,9 Stunden. In der Müllabfuhr in Northeim erhöhte sich die Tonnenleistung von ca. 800 – 1000 auf ca. 1600 – 1800 Tonnen/Tour trotz Verringerung des Personalbestandes. In Göttingen verschleißt die Firma Städtereinigung West in zwei Jahren 60 Müllwerker, d.h. im Durchschnitt arbeitet dort keiner länger als fünf Monate.

Die Studie kommt zu dem Schluß, daß es „kaum einen Privatisierungsfall gibt“, der den Anforderungen des DGB, z.B. keine Entlassungen, keine Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen, keine Verteuerung der Dienstleistungen etc., genügt.

Quellenhinweis: J. H. Mendner, W. Sauerborn: Privatisierung – Angriff auf den Sozialstaat, Schriftenreihe der ÖTV, Zur Privatisierung Öffentlicher Dienstleistungen Nr. 13, September 1983 – (wop)

## 10000 „Friedens“-Tage CDU durchaus nicht in der Vorderhand

**Hamburg.** Die Hamburger Auftaktveranstaltungen der CDU-Kampagne 10000 „Friedens“-Tage bestritt Volker Rühe, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion. 70 Leute besuchten die erste Veranstaltung, 150 die nächste. Nicht wenige waren da, teils mit vorbereiteten Beiträgen, um die Politik der CDU anzugreifen. Vertreter der Friedensinitiativen polemisierten gegen den „Rüstungswahnsinn“ und zitierten kriegstreiberische Äußerungen aus der US-Administration. Kirchliche Gruppen bestritten der CDU, weiter das Wort „Christlich“ im Namen führen zu dürfen. Jeweils mehrere CDU-Anhänger äußerten blankes Unverständnis für die Hochrüstung und die Absicht der Bundesregierung, zusätzlich die Mittelstreckenraketen stationieren zu wollen. Neben Rühe fanden sich nur ein oder zwei CDUler, die überhaupt für die Bundesregierung Partei ergriffen. Ein gutes Drittel der Anwesenden wurde auf beiden Veranstaltungen vom „harten“ CDU-Kern gestellt, dem bei jeglicher Kritik nichts besseres einfiel, als „Afghanistan, Afghanistan“ zu quaken.

Der BWK griff auf den Veranstaltungen die aggressive Politik der Bundesregierung an: „Wer vom Frieden redet, aber die DDR nicht anerkennt, heuchelt allemal!“ lautete die Überschrift des Flugblattes, das vor den Veranstaltungen verteilt wurde. In die Defensive gedrängt behauptete Rühe, die Forderung nach „Deutschland in den Grenzen von 1937“ empfinde der Ostblock nicht als Bedrohung. Er wurde daraufhin an polnische und sowjetische Reaktionen auf die berüchtigte Rede von Zimmermann erinnert, daß Deutschland nicht an der Oder-Neiße-Grenze ende. Dazu fiel Rühe nur noch ein, daß die BRD ihre sog. Ansprüche „friedlich“ durchsetzen will. Der polnische Ministerpräsident Jaruzelski hatte am 21.2.1983 zu der Zimmermann-Rede erklärt: „Schon vor 50 Jahren hat sich Europa anhören müssen, wie der damalige Reichskanzler versicherte, seine Gebietsansprüche mit friedlichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Keiner solle mit einem kurzen Gedächtnis der Polen rechnen.“

Der direkte Vergleich der Kriegsvorbereitung der Bundesregierung mit der der Nazis hatte nun keineswegs den Rausschmiß zur Folge; lediglich Rühe beschwerte sich. Daß das von der CDU anvisierte „Großdeutschland“ Friedenspolitik ist, glaubten auf den Veranstaltungen selbst viele CDU-Mitglieder nicht. (wal)

## **Gerling-Konzern: 25 Jahre „Neue Reichskanzlei“ und weiterer Zugriff auf die Stadt**

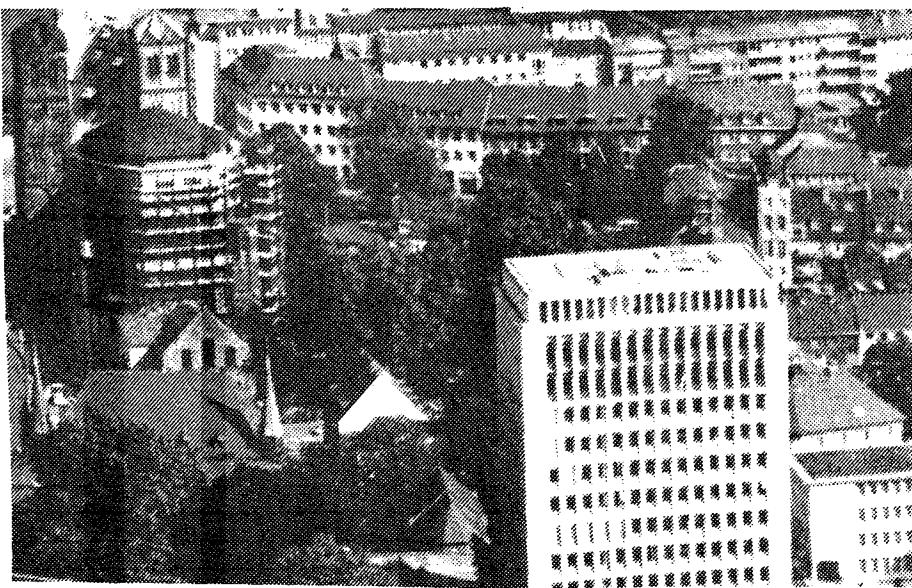
**Köln.** Im Herbst 1958 wurde in der Kölner Innenstadt der Verwaltungskomplex des Gerling-Versicherungskonzerns in Betrieb genommen. Architekt des gigantomanischen Bauwerks war Prof. Arno Breker, bekannt als „Hof-Steinmetz des Führers“ und persönlicher Freund von Hans Gerling. Durch und durch aus schlichtem Marmor, ist der Gerling-Komplex bewußter Ausdruck des im Dritten Reich praktizierten „Neoklassizismus“ und wurde entsprechend von der Kölner Bevölkerung als „Neue Reichskanzlei“ beurteilt.

Dem Bau vorausgegangen war die Zwangsaussiedlung von Bewohnern des Friesenviertels. Ab Mitte der 60er Jahre kaufte der Gerling-Konzern gezielt Grundstücke der Umgebung seiner Verwaltungsgebäude auf. Die Mieten wurden horrend erhöht und die Mieter zum Auszug gezwungen. Hausbesitzer wurden zum Verkauf überredet unter dem Hinweis, die Stadt plane, eine Straße zu errichten und zahle nur die Hälfte als Entschädigung. Die Stadtverwaltung erfuhr angeblich erst Anfang 1971 von der räumlichen Ausdehnung des Gerling-Konzerns. Sie erteilte eine auf fünf Jahre befristete „provisorische“ Bauernlaubnis, die Gerling nach Abwandern der Bevölkerung und Erlahmen der Bürgerinitiativen nach seinem eigenen Dafürhalten nutzen konnte.

Heute ist der Gerling-Konzern einer der größten Grundbesitzer Kölns. Ganze Straßenzülen, z.B. in Sülz oder Weiden, gehören ihm. Per 31.12.1982 belief sich der Grundbesitz auf 836,5 Mio. DM gegenüber 827,5 Mio. DM am 1.1.1982, das ist eine Steigerung um nur 1,1%. Die Vermögensanlagen in Hypotheken steigerten sich um 14,1% von 1,286 Mrd. DM auf 1,467 Mrd. DM. Die Versicherer haben in der Ära der SPD/FDP-Regierung ihre Investitionen im Wohnungsbau erheblich gedrosselt. Anders soll es jetzt werden nach dem Inkrafttreten des von der CDU/CSU/FDP-Regierung beschlossenen Mietrechts. In der von Hans Gerling als Mitherausgeber publizierten Zeitschrift „Versicherungswirtschaft“ vom 15.10.1983 würdigt der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Rolf Böhme das neue Mietrecht: „Und wenn es richtig ist, daß frühere gesetzliche Einschränkungen der Aktivität der Versicherer im Wege standen, dann besteht jetzt Platz für Pioniere.“

Derartiger Pioniergeist ist der Familie Gerling durchaus nicht fremd. Robert Gerling schuf 1904 einen Versicherungspool, in dem den Industriekapitalisten bei relativ geringen Prämien volle Schadensregulierung gesichert war. Innerhalb weniger Jahre brachte er eine Reihe von Einzelversicherungen unter seinen Hut und baute seine Position auf dem Versicherungsmarkt aus. 1933 wurde er in die „Akademie für deutsches Recht“ berufen, deren Aufgabe war, „die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens auf dem Fundament des

werbetreibende und Pensionäre. Hans Gerling, mit 90% der eigentlichen Besitzer der Bank, wollte von allem nichts gewußt haben. Trotzdem mußte er im Dezember 1974 200 Mio. DM Entschädigung zahlen, das sind 16 Pfennig pro Mark. Er veräußerte 51% seiner Aktien des Gerling-Konzerns an eine schweizerische Versicherungsgesellschaft und trat von allen Vorstandsposten zurück. Er blieb im Aufsichtsrat des Konzerns mit einem Gehalt von 750000 DM im Jahr. Seit November 1978 hat H. Gerling jedoch wieder den Vorstandsvorsitz des Gerling-Konzerns inne. Dies entspringt einem Komromiß mit der Flick-Gruppe, die dafür 51% der Aktien der Gerling-Konzern-Versicherungs-Beteiligungs AG, der Muttergesellschaft aller Gerling-Betriebe, unterhält. Gerling hält die restlichen 49%.



Luftaufnahme des Gerling-Verwaltungs-Komplexes

nationalsozialistischen Gedankenguts“ vorzunehmen. Sein Sohn Hans, der 1937 im Alter von 22 Jahren mit einer Arbeit über „Geldwert und Arbeitslosigkeit“ promovierte, wurde sodann in die Leitung des Konzerns berufen. 1944, noch während seiner Soldatenzeit, wurde er zum Vorstandsmitglied ernannt. Ihm, als persönlichem Freund Konrad Adenauers und anderer Vertreter der rheinischen Bourgeoisie, sicherten die britischen Besatzer am 2. Juni 1945 zuerst den Aufbau des Versicherungsgeschäftes zu. 1949 hatte er seine Brüder ausgebootet und sich selbst zum Vorstandsvorsitzenden aller Gerling-Gesellschaften ernannt.

1974 fiel ein Schatten auf das ehrwürdige Haupt des Konzernherrn. Das Bundesaufsichtsamt für das Bankgewerbe entzog der Herstatt-Bank am 26.6. die Lizenz. Diese hatte 1,2 Mrd. DM Einlagen ihrer Kunden in Devisengeschäften verspekuliert. Die Kunden waren meist kleine Handwerker, Ge-

Der „Herstatt-Prozeß“ hat Anfang September neun Jahre nach der Bankpleite und 4 ½ Jahre nach Prozeßbeginnung sein Ende gefunden. Die relativ kleineren Fische wurden verurteilt, gegen den Chefdevisenhändler Dattel und den Bankdirektor Herstatt wurden die Verfahren frühzeitig wegen Krankheit eingestellt. Gegen Gerling wurde erst gar nicht Anklage erhoben.

Allerdings: das Landgericht Köln beschloß, Gerling als Zeugen zu laden. Dieser entzog sich der Aussage durch Absetzen in die Schweiz. Daraufhin erließ der zuständige Richter zunächst Fahndungsbefehl und dann Vorführungsbeschuß. Gerling hat dagegen Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe erhoben. Er fühlt sich in seinen Grundrechten auf Freiheit, Leben und körperliche Unversehrtheit sowie der Menschenwürde verletzt. Man kann auf das Urteil gespannt sein. Der Bundesgerichtshof hat jedenfalls Ende 1982 die Klage der Herstatt-Sparer auf Entschädigung abgewiesen. – (rua)

## „Und dann kommen die Schakale dran“

Der Schriftsteller Günter Wallraff hat 1973 unter dem Pseudonym Friedrich Wilhelm G. zwei Monate als Pförtner und Bote im Gerling-Konzern gearbeitet. Er sammelte eigene Erfahrungen und Berichte von Kollegen über Despotie und Herrnmenschengebahren, die im Konzern Leitlinie waren. Auf der einen Seite die winzigen Pausenräume für die 200 Lehrlinge, in denen allenfalls 20 Menschen Platz haben; auf der anderen Seite der leerstehende 14. Stock des Hochhauses, in dem Gerling gelegentlich zu residieren pflegte. Die Speiseräume und das entsprechende Essen waren in vier Kategorien aufgeteilt: für die gemeinen Angestellten, die Prokursten, die Vorstandsmitglieder und Gerling persönlich. Der Bote Friedrich Wilhelm G. erfreiste sich, in der Mittagspause zwecks Nahrungsaufnahme in das Vorstandskasino einzudringen. Die Direktoren waren empört. Ihm wurde kein Menü serviert, und er mußte sich mit dem mitgebrachten Pausenbrot begnügen. Erst einem Abgesandten der Personaldirektion gelang es, den Störfaktor zu entfernen. Dazu folgender Dialog:

„Ich: „Man tut doch hier immer nach außen so, als sei man ein soziales Unternehmen.“

Personalabteilungs-Mann: „Sehen Sie mal, das sind Ordnungsstrukturen, das sind Prinzipien, die sind Jahrhunderte und Jahrtausende alt, die sind gewachsen, die können Sie doch nicht über den Haufen schmeißen. Diese Rangunterschiede, die findet man doch, wenn man bis ins Tierreich zurückgeht. Da frißt erst der männliche Löwe und was der übrig läßt, das kriegt die Löwin mit den Jungen und dann kommen die Schakale dran, ich will sagen, das ist gewachsen, das ist Natur . . .“

Friedrich Wilhelm G. wurde mit sofortiger Wirkung suspendiert. Nach Aufdecken seiner Identität wurde Wallraff vom Gerling-Konzern bedroht und zu bestechen versucht, um die Veröffentlichung zu verhindern. Es gelang nicht. Zusammen mit der HBV organisierte er eine Veranstaltung, an der 1300 Beschäftigte teilnahmen. Seine Aufzeichnungen sind noch 1973 im zusammen mit B. Engelmann herausgegebenen Buch „Ihr da oben – wir da unten“ erschienen und durchaus lesenswert.

Quellenhinweis: B. Engelmann/G. Wallraff, Ihr da oben – wir da unten, Rowohlt-Tb. 6990

## Milchkontingentierung Kleinere Milcherzeuger werden ausmanövriert

**Emmendingen.** Das Schlagwort in der Debatte um die EG-Agrarpolitik heißt Quotensystem oder Milchkontingentierung und wird von den Agrarministern als soziale Entdeckung bei der Milch-Erzeugerpreisgestaltung ausgelobt. Damit würden die kleineren Betriebe gegen die Überschußproduktion gesichert.

Funktionieren soll das so: Nur für eine bestimmte Menge der an die Molkereien gelieferten Milchmenge gilt der EG-Garantiepreis. Für darüber hinausgehende Lieferungen werden Abgaben erhoben, die die Molkereien an die Milcherzeuger weitergeben. Im Gespräch ist derzeit eine Abgabe von 50 Pfennig pro Liter, so daß dem Milchbauern für jeden Liter Überschußproduktion nur noch rund 20 Pfennig bleibt!

Soweit sind sich EG-Kommission, Deutscher Bauernverband (DBV) und Landwirtschaftsminister Kiechle auch einig. Differenzen gibt es lediglich bei der Bestimmung der Lieferquote. Die EG will diese aus der Anlieferungsmenge 1981 erhöht um 1% bilden, der DBV dagegen aus der Anliefermenge



Kostensenkung durch Rationalisierung

1983, um so die Betriebe abzusichern, die in den letzten Jahren stark erweitert haben.

Tatsächlich werden kleinere und mittlere Betriebe durch die Quotenregelung in einen gewaltigen wirtschaftlichen Druck kommen. Die unzureichenden Erzeugerpreise haben viele Betriebe dadurch aufzufangen versucht, daß sie noch ein paar Kühe mehr in den Stall gestellt haben. Genau diese Betriebe werden durch die Quo-

tenregelung jetzt getroffen: Kostensenkung durch Mehrerzeugung ist nicht mehr möglich. Im Vorteil sind dagegen die Betriebe, die in den letzten Jahren (meist staatlich gefördert durch das Einzelbetriebliche Förderprogramm) voll aufgestockt und Boxenlaufställe für 40–80 Kühe gebaut haben. Für diese Betriebe ist der Erzeugerpreis noch kostendeckend!

Es ist ganz klar, daß ein Quotensystem ohne eine gleichzeitige Einführung von gestaffelten Erzeugerpreisen den kleineren und mittleren Betrieben die Luft abdreht. Aber das ist ja auch das Interesse von Landwirtschaftsminister Kiechle, der kürzlich auf einer Konferenz aller Länderagrarminister in Glücksburg zum Quotensystem feststellte: „Es ist besser, den Milchproduzenten die Milch zu beschränken als den Preis, der Eingriff ist nicht so hart wie der Umweg über Preisdruck und Milchsteuer.“ Auf deutsch: Er setzt darauf, daß die Preissenkung bei der Quotenregelung nicht so auffällig ist und deshalb ohne großen Widerstand geschluckt wird.

Mehr noch: die kleineren Milcherzeuger werden in eine ausweglose Lage manövriert, da sie den unzureichenden Erzeugerpreisen nicht mehr die Möglichkeit einer Mehrproduktion entgegensetzen können. Geben sie in dieser Situation dann hartnäckigerweise noch nicht auf, so wird die EG in ein paar Jahren mit „Abschlachtpreisen“ kommen, um die „Strukturbereinigung“ bei den kleinen Erzeugern zu beschleunigen – und zwar mit einiger Aussicht auf Erfolg.

Quellenhinweis: Bauernblatt 38 u. 39/83, Lebensmittelzeitung 39/83 – (ads)

## Ausländerausschuß Forderungen gegen Ausländerhetze

**Stuttgart.** 26% der wahlberechtigten Ausländer in Stuttgart wählten am 9. Oktober den ersten Ausländerausschuß des Gemeinderats. Verschiedene fortschrittliche und revolutionäre Organisationen hatten sich wegen der Alibifunktion dieses Ausschusses nicht beteiligt. Andere stellten Listen auf, um den Rechten nicht das Feld zu überlassen (s. Pol. Ber. 18/83). Der Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer der IG Metall Stuttgart lehnte eine Beteiligung ab u.a. wegen der gruppenbezogenen, nach Nationalitäten getrennten Wahl. Der DGB unterstützte die Liste „Griechische Gemeinde“, die in dieser Gruppe auch die meisten Stimmen erhielt.

Für die türkischen Wähler standen acht Listen zur Wahl, von denen die

meisten Stimmen die „Demokratische Arbeiterliste“ erhielt, die von der ATIF (Türkischer Arbeiterverein) aufgestellt wurde. Ihr Programm richtete sich gegen die reaktionären Ausländergesetze und stellte Forderungen für gleiche Rechte und gleiche Behandlung von Ausländern auf. U.a. wurde eine Zuzugsperre für über Sechsjährige abgelehnt – eine Maßnahme, an der besonders die baden-württembergische Landesregierung festhält.

Weiter wird im Programm die Rückkehrprämie abgelehnt und die volle Auszahlung der Rentenbeiträge gefordert. Das ist günstig, hat doch Späth im September wieder neue Vorschläge für den Gesetzentwurf „zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ angemeldet: So soll die „Rückkehrhilfe“ an die Stelle von Kurzarbeit treten. Außerdem will die baden-württembergische Landesregierung die Prämien so rechtzeitig ausgezahlt sehen, daß sich Ausländer bestimmte Güter, wie Geräte und Maschinen noch in der BRD einkaufen!

Die ATIF wurde vor und während der Wahl von der türkischen Junta und ihren hiesigen Vertretern ständig angegriffen, so wurden in der juntatreuen „Hürriyet“ Hetzartikel über die ATIF-Kandidaten verfaßt. Die Junta war über eine Konsulatsliste vertreten, die mit wesentlich weniger Stimmen jetzt auch einen Vertreter im Ausschuß haben wird. Wegen der Teilnahme der ATIF sowie zwei weiteren fortschrittlichen Listen an der Wahl hat sie die Wahl nachträglich angefochten.

Die örtliche Presse berichtete fast ausschließlich über „Zwischenfälle“ am Wahltag und darüber, daß vielen Ausländern die Gepflogenheit einer demokratischen Wahl noch fremd sei. Kein Wort darüber, daß Listen mit fortschrittlichen Forderungen die Mehrheit erhielten und daß u.a. Forderungen gegen die herrschende Ausländerpolitik aufgestellt wurden. – (cch)

## Neonazis Deckung durch den Staat

München. Man erinnert sich: Bereits wenige Stunden nach dem Oktoberfest-Attentat am 26.9.1980 stand für die Staatsanwaltschaft der „Verursacher Köhler“ als „Einzelräuber“ fest. Zum selben Ergebnis gekommen, stellten im Mai 1981 das bayerische Landeskriminalamt und schließlich Ende 1982 die Generalbundesanwaltschaft (GBA) die Ermittlungen ein, nicht ohne die „Erkenntnisse über die persönlichen Motive“ des Täters zu betonen. Trotz zahlreicher Hinweise auf Mittä-

ter in faschistischen Kreisen, hat die GBA die Wiederaufnahme der Ermittlungen stets abgelehnt und bis vor kurzem dem Rechtsverteiler von Angehörigen der Attentatsopfer Akteureinsicht verwehrt. Was bis jetzt aus den Ermittlungsakten Rebmanns bekannt wurde, erhärtet das politische Interesse der Staatsorgane an der Konstruktion des „Einzelräubers“:

1) Mindestens fünf Zeugen geben laut Akten detaillierte Beschreibungen darüber, daß Köhler unmittelbar vor der Tat mit als Mittätern verdächtigen Personen gesehen worden war. Keine dieser Zeugenaussagen wurde näher geprüft.

2) Mehrere Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) bezeugen, daß ihre Organisation bzw. einzelne Mitglieder für diesen Anschlag verantwortlich sind. Die Aussage eines Arabers, wonach sich am 7.10. 1980 das WSG-Mitglied U. Behle in einem Hotel in Damaskus über das Attentat äußerte („Wir waren es selbst. Eigentlich waren es zwei Bomben. Eine lag im Papierkorb. Die andere irgendwo in einer Ecke“), wurde seinerzeit von Staatsanwalt Pflieger (GBA) überprüft: „Die Angaben, wonach Hoffmann und Behle zur angegebenen Zeit sich im Hotel Byblos aufgehalten haben sollen, können nicht bezweifelt werden.“ Es sei auch glaubhaft, daß Behle sich als „Tatbeteiliger am Anschlag bezeichnete“. Im Abschlußbericht der GBA werden die Aussagen Behles jedoch als „alkoholbedingte Aufschneidereien“ bezeichnet und damit erledigt.

3) Mehrere WSG-Mitglieder, die der Mittäterschaft verdächtig sind, haben für die Tatzeit kein Alibi. Der Faschist S. Wagner wurde laut GBA „aus taktischen Gründen nie persönlich befragt, wo er am 26.9. 1980 gewesen ist“. Der Faschist F. Heizmann, der am Tag vor dem Attentat noch mit Köhler zusammengetroffen war, konnte für die Tatzeit kein Alibi vorweisen. Heizmann soll schizophren sein.

Die von der Justiz so gerühmte „Sorgfalt“ in der Ermittlung gegen Faschisten bekommt im gegenwärtig stattfindenden Prozeß gegen F. Busse und andere Mitglieder der VSBD neuerlich „Bestätigung“. Die Anklage lautet u.a. auf Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung, Verstöße gegen das Kriegswaffengesetz. Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft ist just der Nazi Hamberger, der 1981 mit Busse in München festgenommen wurde. Seit drei Monaten „quält“ sich das Gericht nun mit der Frage: Ist Hamberger zurechnungsfähig oder nicht? Nicht zur Sprache kommt z.B., daß der V-Mann Famili und Busse-Freund angeblich spurlos verschwunden ist und Busses Fahrzeug vom Verfassungsschutz finanziert wurde. – (ulh)

## Graue Wölfe Prozesse gegen Antifaschisten

Hannover. Am 14.10.83 wurde das erste Urteil einer Prozeßwelle gegen Antifaschisten, die am 21.5.83 eine Veranstaltung des „Vereins türkischer Idealisten“ verhindern wollten, gefällt: 15 Tagessätze à 20 DM wegen „Nötigung“. Die Beweisanträge der Verteidigung – zur Identität des „Vereins türkischer Idealisten“ mit der MHP/ Graue Wölfe, – zur Verpflichtung der staatlichen Organe, faschistische Betätigung zu unterbinden (nach §139 GG/Potsdamer Abkommen), – zum Charakter des Polizeieinsatzes u.a.m. wurden allesamt nicht zugelassen. Die Protestdemonstration am 21.5. wurde durch einen Polizeiüberfall aufgelöst, dessen Zweck die Erzeugung von „Straftaten“ war. Es schloß sich eine Demonstrantenhatz vor allem auf Ausländer bis in zwei Kilometer entfernte Stadtteile an (vgl. Pol. Ber. 11/83). „Das war längst mal fällig“, so Polizeipräsident Walzer. Wegen dieser Jagd sitzen Hasan und Orhan Öner, türkische Staatsbürger, seit fast fünf Monaten in „Untersuchungs“haft. „Versuchter Totschlag“ an einem Polizisten ist der Hauptvorwurf gegen sie.

In der BRD sind bisher zweimal gleich schwere Anklagen aufgrund von Demonstrationen erhoben worden: 1971 bei Aktionen gegen den Vietnamkrieg und 1980/81 bei der Brokdorf-Demonstration. Beidemal erfolgte keine Verurteilung wegen eines Tötungsdeliktes. Obwohl niemals eine „aktuelle Todesgefahr“ für den hannoverschen Polizisten bestanden hatte, wird der „Totschlagsvorwurf“ aufrecht erhalten. Mit der Schwere der Anklage wird die Untersuchungshaft begründet, obwohl keine „Fluchtgefahr“ besteht, obwohl die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen, der ÖTV-Kreisvorstand Hannover und viele andere die sofortige Freilassung und die Einstellung aller Strafverfahren fordern. Gegen 17 Personen sind bisher Anklagen erhoben, zehn davon ziehen auf hohe Haftstrafen ab.

Neue Maßstäbe im Demonstrationsstrafrecht sollen gesetzt werden. Das örtliche „Solidaritätskomitee 21. Mai“ bewertet so: „Es steht auch zu befürchten, daß die Prozeßwelle Vorwände für weitere Verbote von Organisationen schaffen soll.“ Das Vorgehen „paßt exakt ins Bild Zimmermannscher Wende-Politik: Freifahrtscheine für faschistische Organisationen ... und Kriminalisierung, Abschiebung und Ausweisung politisch mißliebiger Ausländer.“

Quellenhinweis: Hoffmann u.a., Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, Köln 1981 – (mak)

## Von Wiederherstellung der Arbeitskraft bei Kuren kann keine Rede sein

**Bielefeld.** Wie erleben die Kurpatienten die Einschränkungen durch die Kostendämpfung? Ihre Berichte darüber und die täglichen Erfahrungen von im Kurwesen Beschäftigten ergeben folgendes Bild:

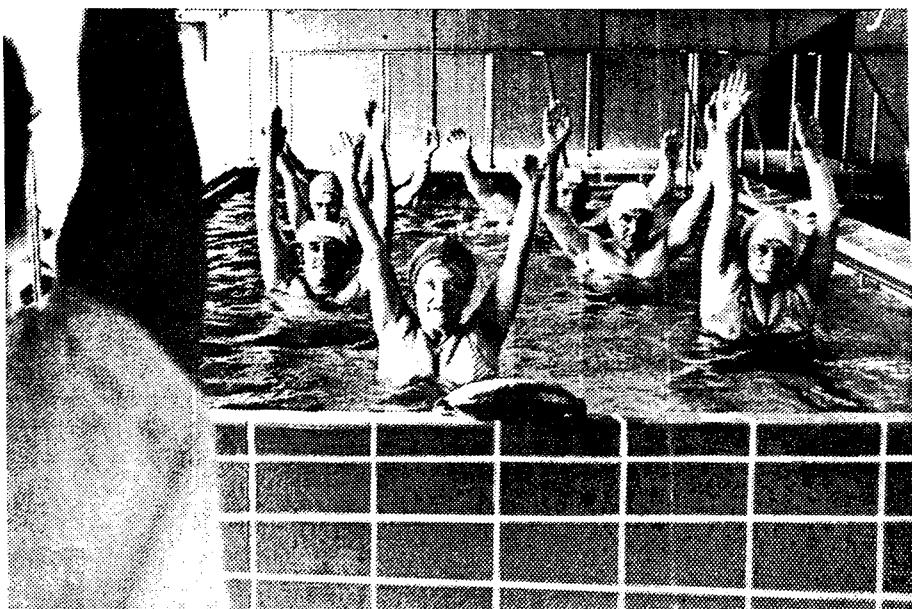
1. Immer weniger Patienten beantragen die Kur aus eigener Initiative, meistens dringt der Hausarzt oder Facharzt auf Antragstellung. „Eigentlich hätte ich die Kur schon letztes Jahr beantragen können, die Dreijahresfrist war längst vorbei. Mein Hausarzt drängte mich auch dazu, endlich wieder etwas gegen meine Wirbelsäulenbeschwerden zu tun. Nach einem halben Jahr hatte er mich dann soweit. Die Schmerzen in der Lendenwirbelsäule – ich muß im Beruf viel stehen – wa-

nahme gegen Frühinvalidität wird damit unterlaufen. „Ich habe mir Geld leihen müssen, um die Eigenbeteiligung bezahlen zu können. Die 280 Mark sind ja nicht das einzige, was ich während der Kur ausgeben muß. Ich will mir auch mal einen Kaffee leisten, eine Fahrt mitmachen, mit anderen abends beim Wein zusammensitzen, mal eine Zeitschrift lesen und so weiter. Auch wenn ich sparsam bin, brauche ich mindestens 60 bis 70 Mark in der Woche dafür. Auch mit dem geliehenen Geld muß ich jeden Pfennig umdrehen. Trotzdem bin ich zur Kur gegangen, weil ich den Stress der Schichtarbeit unbedingt unterbrechen mußte. Ich schliefe schlecht, war bei der Arbeit gereizt, was ich mir im Publikumsver-

in einem Metallbetrieb, zur Kur wegen Kopfschmerzen, Konzentrationschwäche, Degeneration der Hals- und Lendenwirbelsäule) – „Ich weiß, daß ich die Kur sehr nötig habe und dringend Ruhe und sportliche Bewegung, beides im harmonischen Wechsel, brauche. Was mich aber nicht zur Ruhe kommen läßt – und deshalb kann ich auch die notwendige Kurverlängerung nicht annehmen –, ist der Druck, den ich nachher im Betrieb zu erwarten habe. Mir wird mehr Arbeit angewiesen, mit der Begründung, daß ich ja jetzt ‚frisch ausgeruht‘ sei. Und mein Chef behauptet, eine Kur wäre bloß ein verlängerter Urlaub und ich hätte im Grunde nicht das Recht dazu. Man wird als Drückeberger abgestempelt, bloß damit andere Kollegen es nicht wagen, auch eine Kur zu beantragen.“ (Patient, 47 Jahre, Angestellter einer Stadtverwaltung, zur Kur wegen nervöser Magen- und Herzbeschwerden und einer Wirbelsäulen-Deformation)

4. Weil die Kostendämpfungsgesetze die Abstände zwischen den Kuren auf drei bis vier Jahre vergrößert haben, brauchen die Patienten längere Anpassungszeiten. Während sich früher die Puls- und Blutdruckwerte oft schon nach einer Woche normalisierten, dauert diese Umstellung jetzt zwei bis drei Wochen. Die Sammlung neuer Leistungsreserven setzt entsprechend später ein. Das zeigt sich auch daran, daß die Anwendungen, insbesondere das belastende Moorbad, im Anfang schlechter vertragen werden. Statt mit Entspannung und Müdigkeit reagieren die Patienten öfter mit innerer Unruhe und einem Anstieg der Puls- und Blutdruckwerte. „Als ich vor drei Jahren hier war, wurde ich schon nach anderthalb Wochen ruhiger, konnte besser schlafen, die Kopfschmerzen waren weg. Jetzt bin ich schon fast drei Wochen hier und kann immer noch nicht richtig abschalten. Das Moorbad würde ich am liebsten ausfallen lassen, weil ich danach noch nervöser bin. Andererseits muß ich es nehmen wegen meiner Muskelverspannungen und der Schulter-Nackenschmerzen.“ (Patientin, 49 Jahre, Krankenschwester)

5. Seit Inkrafttreten des Kostendämpfungsgesetzes häufen sich die Mehrfachdiagnosen bei den Patienten. Das heißt, ein Patient leidet nicht mehr nur an einer, sondern an mehreren Beschwerden. Zu den Verschleißerscheinungen des Bewegungsapparates treten nervöse Organbe-



Bewegungstherapie als Unterwassergymnastik im Thermalbad – eine der anstrengendsten Anwendungen

ren schon die ganze Zeit unerträglich gewesen, dadurch schliefe ich schlecht, wurde nervös, bekam Kreislaufstörungen. Trotzdem hatte ich noch Hemmungen, die Kur anzutreten, weil in unserer Abteilung zwei Kolleginnen entlassen wurden, vor ein paar Monaten, und wir fragten uns, wer wohl der nächste ist.“ (Patientin, 46 Jahre, Verkäuferin im Einzelhandel)

2. Seit die Patienten mindestens 280 DM „Eigenbeteiligung“ zahlen müssen, werden gerade die Lohnabhängigen von einer Kur abgehalten, die in niedrigen Einkommensklassen sind, besonders harte Arbeit machen müssen und deshalb die Kur besonders nötig hätten. Der Zweck der Kur als Maß-

kehr eigentlich nicht leisten kann, und meine Magenschmerzen sind auch hier noch nicht besser geworden.“ (Patientin, 32 Jahre, Angestellte bei der Bundesbahn)

3. Unter dem Druck von Arbeitslosigkeit und Kurarbeit wird oft die notwendige Verlängerung der Kur von vier auf sechs Wochen abgelehnt. „In meinem Betrieb wird Kurarbeit gemacht, und mir wurde schon mit der Umsetzung in eine andere Abteilung gedroht, wenn ich die Arbeit nicht mehr schaffe. Ich wage nicht, die Kur zu verlängern, weil mir das bestimmt als ungenügende Leistungsfähigkeit ausgelegt und die Umsetzung sicher machen würde.“ (Patient, 50 Jahre, Techniker

## Bis zu 60% weniger Kuren für Lohnabhängige und ihre Familien

Mit dem Motto „Rehabilitation vor Rente“ hatten verflossene Bundesregierungen begründet, warum die Rentenversicherungen und nicht etwa die Kapitalisten bzw. die von ihnen allein bezahlten Berufsgenossenschaften für Kuren von Lohnabhängigen aufzukommen hätten. Nicht die Verursacher von frühzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft sollten zahlen, sondern die „Nutznießer“ der Kuren, die Rentenversicherungen. Durch die Kuren würde die Arbeitsfähigkeit erhalten und damit der Frühverrentung entgegengewirkt. Die Rentenversicherungen könnten dadurch später mit der Auszahlung von Renten beginnen. Tatsächlich stellt der Bäderverband, in dem die westdeutschen Heilbäder zusammengeschlossen sind, fest, daß von 100 Frührentnern 80 keine Kur hatten.

Jetzt scheint es, als ob die CDU-geführte Bundesregierung den Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“ beseitigen will. Er drückt nämlich auch Ansprüche der Lohnabhängigen aus: wessen Gesundheit angeschlagen ist, der hat das Recht auf eine Kur, und daß vorzeitiger Verschleiß der Arbeitskraft kein unabwendbarer Schicksalsschlag ist. Bereits die sozialliberale Bundesregierung hatte für 1982 eine Zielvorgabe gesetzt, die Anzahl der Kuren um 12% zu senken. Sie ist weit übertroffen worden. Die Kuren von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Lohnabhängigen sind rund 43% zurückgegangen. Die Kuren, die die Krankenversicherungen z.B. für nichtarbeitende Ehefrauen zahlen müssen, sind sogar um 60% verringert worden. Trotzdem setzt die konservative Bundesregierung noch eins

drauf. Sie will die Kuren nochmals um 13% verringern. Dieses Ziel wird mit Sicherheit erreicht. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind rund 10% weniger Kuranträge gestellt worden.

Bereits Mitte der siebziger Jahre hatte es einen ähnlichen Einbruch gegeben. Er war jedoch nicht von Dauer. Nach 1977 nahmen die Kuranträge wieder zu, weil, wie die Gewerkschaft ÖTV feststellte, der „Gesundheitszustand keinen weiteren Aufschub mehr duldet“. Die BfA erwartet, daß diese Entwicklung aufgrund der neuen Gesetze ausbleiben wird.

Abgesehen davon, daß dies eine Verschlechterung der Gesundheit der Lohnabhängigen zur Folge haben wird, mehr Geld haben die Rentenversicherungen dadurch auf längere Sicht nicht. Sie rechnen nämlich ein Verhältnis von Kurausgaben zu eingesparten Frührenten von eins zu neun. Grund genug für Arbeitsminister Blüm, dann erneut gegen die Frührentner zu Felde zu ziehen oder die Kuren noch mehr zu erschweren. Der Arbeitskreis „Staatsbadstädte“, der beim Abbau von weiteren Kurallagen um Steuereinnahmen fürchtet, macht jetzt einen Gegenvorschlag zu Lasten der versicherten Arbeiter und Angestellten. Die Eigenbeteiligung bei Kuren soll auf 5 DM pro Tag gesenkt werden, wenn die Arbeiter einen Teil des Tarifurlaubs für die Kur verwenden. Vom Ergebnis her ändert sich gegenüber den Plänen der Bundesregierung nichts: Die Lohnabhängigen werden für ihre ruinierte Gesundheit haftbar gemacht, und die Kapitalisten sind fein raus.



Unterwassermassage in einer Kuranstalt

schwerden an Herz, Magen, Darm, Bronchien, Haut und nervöse Erschöpfung, die sich äußert in Schlafstörungen, Schwindelgefühlen (als Folge starker Blutdruckschwankungen), starker Schweißabsonderung, Angstzuständen. Diese nervösen Symptome bilden sich dann heraus, wenn, ganz allgemein, überfordernde Belastungssituationen über längere Zeit hindurch anhalten und der Organismus keine ausreichende Gelegenheit mehr hat, in den zu kurzen Erholungsphasen die angegriffenen Leistungsreserven wieder aufzutanken. Fast übereinstimmend mit der Häufung der Diagnose „nervöser Erschöpfungszustand“ in den letzten zwei Jahren berichten die Patienten über eine zunehmende Verdichtung des Arbeitstages. Im Zuge von Rationalisierungen in der Industrie und in den öffentlichen Diensten werden ihre Kollegen entlassen und die „verbleibende Arbeit ist kaum noch zu schaffen“.

Infolgedessen kommen die Lohnabhängigen sozusagen „kranker“ zur Kur, und damit zu einem Zeitpunkt, zu dem keine echte Heilung oder auch nur eine langandauernde Linderung der Beschwerden mehr möglich ist. Grund dafür ist u.a. die Bestimmung der Kostenämpfung, daß Vorbeugekuren, die bis 1981 20% der Kuren ausmachten, nahezu überhaupt nicht mehr gewährt werden. Gerade in der Prävention oder dem ersten Auffangen von Krankheiten, die chronisch werden können, läge aber ihr Sinn. Zum Beispiel sind nervöse Herzschmerzen, wo bei das Organ physisch noch nicht krankhaft verändert ist, zunächst nicht lebensbedrohend – auch wenn die Beschwerden subjektiv sehr unangenehm sind. Aber: halten die Symptome lange Jahre an und werden chronisch, dann sind spätere Organschädigungen als Folge der Dauerbelastung nicht auszuschließen. Das gilt für alle nervösen Organstörungen.

Von daher waren auch die früheren 20% an Vorbeugekuren (gleich 64 000 Kuren pro Jahr) noch längst nicht ausreichend für eine wirkungsvolle und umfassende Gesunderhaltung der Lohnabhängigen. Um so brutaler ist die Maßnahme, die Vorbeugung zu streichen. Die BfA paßt sich in ihren Genehmigungsverfahren den Kostenämpfungsvorschriften an: Wurden 1981 nur 1,3% der Kuranträge aus „medizinischen Gründen“ abgelehnt, so sind es 1983 schon 10,4%. Wer noch einigermaßen schaffen kann, soll das bis zur Krankenhausreife tun. Die Kostenämpfung erleichtert es, diese Tendenz in den Betrieben gegen die Beschäftigten durchzusetzen: 31% gestellter bzw. genehmigter Anträge sind im letzten Jahr von den BfA-Versicherten wieder zurückgezogen worden. – (grj, küm, roh)

## Gesetzliche Grundlagen

### §187 Reichsversicherungsordnung (Vorbeugungs- und Genesendenkuren)

„Die Satzung (der Krankenkassen, d. Verf.) kann

1. Zuschüsse zu den Kosten für Kuren vorsehen, wenn diese nach vertrauensärztlicher Begutachtung erforderlich und geeignet sind, a) eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder b) einer Gefährdung der normalen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken ...“

gen, wenn die Erwerbsfähigkeit durch diese Leistungen wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann oder wenn bei einer bereits geminderten Erwerbsfähigkeit durch diese Leistungen der Eintritt von Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit abgewendet werden kann. Einem Versicherten, der das 59. Lebensjahr vollendet hat, kann unter den Voraussetzungen des Satzes 1 eine medizinische Maßnahme zur Rehabilitation in einer Kur- oder Spezialeinrichtung erbracht werden, wenn er berufsunfähig oder erwerbsunfähig ist oder dies in absehbarer Zeit zu erwarten

einschließlich der erforderlichen Unterkunft und Verpflegung.“

### Rehabilitations-Angleichungsgesetz

§1(1) „Die medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen und Leistungen zur Rehabilitation im Sinne dieses Gesetzes sind darauf auszurichten, körperlich, geistig oder seelisch Behinderte möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern.“

(2) „Den Behinderten stehen bei der Anwendung dieses Gesetzes diejenigen gleich, denen eine Behinderung droht.“

### §7 (Rehabilitation vor Renten)

(1) „Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit sollen erst dann bewilligt werden, wenn zuvor Maßnahmen zur Rehabilitation durchgeführt worden sind oder wenn, insbesondere wegen Art und Schwere der Behinderung, ein Erfolg solcher Maßnahmen nicht zu erwarten ist ...“

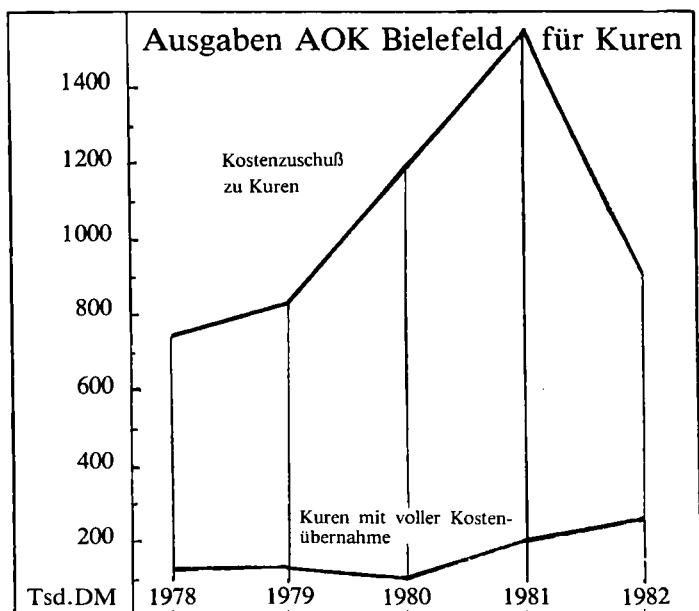
Alle Gesetze in der Fassung Ende 1982, Quelle: Handbücher des Deutschen Bundesrechts

### Kostendämpfungsergänzungsgesetz 1981

Kuren werden nur noch nach Ablauf von drei Jahren erneut gewährt. Die Ausgaben für Kuren sollen 1982/83 nicht höher sein als 1980.

### Haushaltsbegleitgesetz 1983 (CDU/CSU/FDP)

Mit 10 DM pro Tag müssen sich die Versicherten an einer voll von der Kranken- oder Rentenversicherung finanzierten Kur beteiligen.



Quelle: AOK Bielefeld, Geschäftsberichte 1979 bis 1982

In den Fällen der Nummer 1 Buchstabe a kann die Satzung die Übernahme der gesamten Kosten für Arbeitnehmer vorsehen ...

3. Fürsorge für Genesende ... vorsehen.“

### Angestelltenversicherungsgesetz

§12 (1) „Regelleistungen sind 1. medizinische, berufsfördernde und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation ...“

§13 (Voraussetzung für die Gewährung der Maßnahmen)

„(1) Ist die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten wegen Krankheit oder körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung erheblich gefährdet oder ist sie gemindert, kann die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Leistungen zur Rehabilitation erbrin-

gen. Dies gilt auch für die Durchführung einer solchen oder ähnlichen Maßnahme zur Rehabilitation vor Ablauf von drei Jahren nach Durchführung einer solchen oder ähnlichen Maßnahme ...“

### §14 (Medizinische Leistungen zur Rehabilitation)

„Die medizinischen Leistungen zur Rehabilitation umfassen insbesondere 1. ärztliche Behandlung, 2. Arznei- und Verbandsmittel, 3. Heilmittel einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie und Beschäftigungstherapie, 4. Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen Hilfsmittel einschließlich der notwendigen Änderung, Instandsetzung und Ersatzbeschaffung ... 5. Belastungserprobung und Arbeitstherapie, vor allem in Kur- und Spezialeinrichtungen

zureichenden Erfolge der medizinischen Versorgung können Fortschritte in der Gesundheitssicherung nur durch vorbeugende Maßnahmen erreicht werden. Prävention ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie muß an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen ansetzen und gesundheitliche Risiken in der sozialen Umwelt vermeiden.“

### DGB zum Haushalt 1983

„Der DGB hat deutlich gemacht, daß die zunehmende Selbstbeteiligung, die die neue Koalition durchgesetzt hat, den Grundprinzipien der sozialen Krankenversicherung widerspricht, nämlich dem Solidar- und Sachleistungsprinzip. Die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Kuren ist Ausdruck einer bestimmten Ideologie. Einen Beitrag zur Lösung der Strukturprobleme im Krankenhaus leistet die Eigenbeteiligung jedoch nicht.“ (Soziale Sicherheit, 2/1983)

### ÖTV: „Rehabilitation hat sich am Bedarf, nicht an der Kasenlage auszurichten“

Für den DGB „gilt der Grundsatz, daß es eine Einschränkung notwendiger Rehabilitationsmaßnahmen nicht geben darf ... Gerade rechtzeitige präventive Rehabilitationsmaßnahmen versprechen, wenn eine Minderung der Erwerbsfähigkeit sich abzeichnet, aber eine erhebliche Gefährdung noch nicht vorliegt, größeren Erfolg als spät einsetzende Maßnahmen ...“ Die Gewerkschaft ÖTV hat wiederholt den Gesetzgeber und die Rentenversicherungsträger aufgefordert, regelmäßig Vorsorgekuren zum Beispiel für Schichtarbeiter vorzusehen, um die gesundheitlichen Risiken, die mit Schichtarbeit verbunden sind, zu mildern. Es bleibt bei der Forderung ..., Rehabilitationsleistungen endlich mit einem einklagbaren Rechtsanspruch auszustatten.“

Der 9. Gewerkschaftstag forderte: „Das Kurangebot in den Kliniken und Sanatorien der Sozialversicherungsträger ist den veränderten Bedürfnissen der Arbeitnehmer anzupassen ... Die Rehabilitationsträger sind zu verpflichten, durch Untersuchung der Rehabilitationsbedürfnisse die Voraussetzung für die Planung und Bereitstellung der notwendigen Rehabilitationseinrichtungen zu schaffen, diese einzurichten und zu unterhalten.“ (ÖTV-Magazin 10/81)

### Forderungen der Gewerkschaften

#### Sozialpolitisches Programm des DGB

„Leistungsabbau, Selbstbeteiligungsregelungen und Kostenersstattungspläne sind untaugliche Mittel, Fehlentwicklungen und Strukturmängel zu beseitigen sowie mehr Humanität des Gesundheitswesens zu erreichen. Der Anspruch auf Schutz, Erhaltung und bestmögliche Wiederherstellung der Gesundheit und gleiche Gesundheitschancen erfordert mehr als bisher den Ausbau der Prävention und Rehabilitation.“

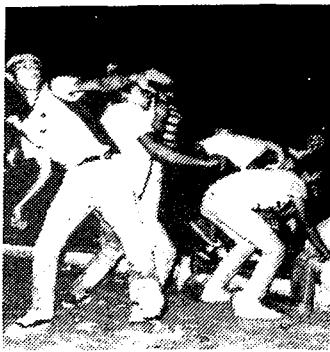
**Perspektiven der ÖTV zur Gesundheitspolitik**  
 „Prävention ist die Grundlage für eine umfassende Gesundheitssicherung. Wegen der un-

## Grönland: BRD-Kapitäne verurteilt

Das Gericht der grönländischen Hauptstadt Nuuk hat am 8. Oktober den ersten von elf angeklagten westdeutschen Kapitänen zu einer Geldstrafe von umgerechnet 35000 DM verurteilt, weil er unrichtige Angaben über die Menge des von seinem Schiff in grönländischen Gewässern gefangenem Fischs gemacht hatte. Neun Kapitäne sind angeklagt, weil sie in Gewässern gefischt haben, die für EG-Fischerei gesperrt sind, bzw. verbotene Fischarten abgefangen haben. Ein Vertreter der grönländischen Regierung erklärte, tatsächlich sei zur Zeit die gesamte Fischerei von EG-Staaten vor der grönländischen Küste illegal, da immer noch keine Einigung mit der EG über die Bedingungen des grönländischen Austritts erzielt worden sei und die Vergabe der Fangquoten und Fanggebiete vor der grönländischen Küste durch die EG-Minister ohne Zustimmung der grönländischen Regierung erfolgt sei. Jetzt versuchten die EG-Staaten, durch „Schaffung von Tatsachen“ ihre Vorhaben durchzusetzen. Die BRD-Imperialisten wollen seit Anfang

## Philippinen: 90 Tage Schulden gestundet

Die bis Ende des Jahres fällige Rückzahlung von 300 Mio. Dollar Kredite von philippinischen Banken haben die imperialistischen Gläubigerbanken um 90 Tage verlängert. In der Zwischenzeit soll die Regierung einen Plan für die Umschuldung der 18 Mrd. Dollar Auslandsschulden vorlegen. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank hatten schon zuvor Kürzungen des Staatshaushaltes für 1984 um ein Drittel, Verteuerung der Ölprodukte und Nahrungsmittel, sowie eine weitere Senkung der Löhne diktieren. Bisher ist die Landeswährung in diesem



Jahr schon um 35% abgewertet worden, was die Lebensmittelpreise steigen ließ und die Lebenslage der Arbeiter und Bauern deutlich verschlechterte. 30% sind arbeitslos. Die Zahlungsschwierigkeiten

des Jahres eine Regelung, die die Vergabe der Fangquoten für grönländische Gewässer in der Hoheit der EG beläßt, weil sie um die Profite der Fischereimonopole fürchten.

## Britische LKW-Fahrer setzen sich durch

Nach fünf Wochen Streik setzten sich in der letzten Woche 200 LKW-Fahrer durch, die für den Ford-Konzern Autos an die Händler ausliefern. Die

Fahrer, die bei einer Transportfirma angestellt sind, streikten wegen der angedrohten Entlassung von 90 Arbeitern. Das Ford-Werk Halewood bei Liverpool stellte in der vorletzten Woche die Produktion ein, weil alle Lagerplätze voll waren. Kurz danach mußte die LKW-Firma, die vorher von den Ford-Kapitalisten unterstützt worden war, die angekündigten Entlassungen zum größten Teil zurücknehmen.

der Philippinen entwickelten sich schnell, nachdem Marcos die Demonstrationen gegen sein Regime nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Aquino nicht unterdrücken konnte. Kapital in Höhe von einer Mrd. Dollar floß seit Ende August ab. Von den steuerfreien Dollarkonten, die das Regime eingerichtet hatte, sind insgesamt 4 Mrd. Dollar abgezogen worden. Sprecher des US-Bankenkapitals forderten, daß Marcos endlich Maßnahmen treffen solle, die beinahe täglichen Demonstrationen zu beenden. Marcos hat inzwischen den Oppositionsparteien angeboten, an den Vorbereitungen zur Wahl 1984 teilzunehmen.

## BRD: Stärkere EG-Position im Libanon!

Weitgehend hinter verschloßenen Türen betreiben die EG-Imperialisten den weiteren Ausbau der EG zu einem Kriegsbündnis. Die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, daß am 10. Oktober die Außenminister der zehn EG-Mitgliedstaaten über die Entsiedlung weiterer Truppen in den Libanon beraten haben. Einzelne EG-Staaten hätten zuvor der libanesischen Regierung nahegelegt, nicht nur die US-amerikanischen sondern auch die europäischen Truppen zu verstärken. Die Regierung Gemayel hat daraufhin bei der griechischen und der italienischen Regierung um die Entsiedlung von jeweils 600 Soldaten gebeten, die die „multinationale Friedenstruppe“ verstärken und die Überwachung des Waffenstillstandes zwischen den Truppen der libanesischen Regierung und den Milizen der oppositionellen Parteien, vor allem der Drusen, übernehmen sollen. Die EG-Außenminister unterstützten diesen Plan. Die Bundesregierung hat im Einzelplan des Auswärtigen Amtes im Haushalt 1984 6,6 Mio. DM für die logistische Unterstützung der „multinationalen Truppe“ vorgesehen, obwohl die BRD keinerlei Truppen im Libanon hat. Nach Erklärungen des Auswärtigen Amtes „ein ganz normales Verfahren zur Friedenssicherung“, schließlich trete die Bundesregierung dafür ein, daß der Libanon endgültig befriedet werde, dies könne „mit Sicherheit“ nicht schnell geschehen.

## Nicaragua: Regierung ruft Notstand aus

Die Regierung Nicaraguas hat am 14.10. den landesweiten Notstand ausgerufen. In der vergangenen Woche hatte die von den US-Imperialisten finanzierte und organisierte konterrevolutionäre Bande FDN den zentralen Ölhafen Nicaraguas Puerto Corinto zerstört. Die 25000 Einwohner mußten evakuiert werden. Die Banden hatten von Schnell-

booten aus mit Raketen das Treibstoffdepot in Brand geschossen. Gleichzeitig gab die FDN bekannt, daß sie den Öl-Hafen von Sandino vermint habe. Die FDN würde Schiffe aus Mexiko, die die Öllieferungen durchführen, angreifen und versenken. In diesem Gebiet führt die US-Kriegsmarine Manöver durch. Der Koordinator der Regierungsjunta Da-

niel Ortega kündigte am Freitag die Rationierung von Lebensmitteln und Grundbedarfsgütern an. Alle Massenorganisationen sollen mobiliert werden, um den Angriff der Konterrevolutionäre abzuwehren. Die Zeitung „New York Times“ hat berichtet, der US-Geheimdienst CIA habe entschieden, „daß Anschläge gegen Ziele in der Industrie und im Transportwesen Nicaraguas ein wirksamer Weg als frühere Bemühungen seien, den Sandinistas zu schaden“. Am Samstag traf Ortega mit der US-Mittelamerika-Kommission zusammen, die derzeit die Länder Mittelamerikas bereist. Ortega erklärte nach dem Gespräch, sein Land sei weiter an einem Dialog mit den USA interessiert. Die USA hätten Nicaragua aber den „Krieg erklärt“, der immer offener geführt werde. Vor dem Konferenzgebäude empfingen 60000 den Leiter der US-Kommission Kissinger und riefen: „Kissinger, Bote des Todes! Nicaragua will Frieden!“ Bild: Von den US-Imperialisten bezahlte konterrevolutionäre Truppen.



## Friedensnobelpreis

# Imperialisten mürrisch: „Wenig Aussichten auf eine Erhebung in Polen“

Herr Heinrich saß am Vogelherd, fing also friedlich Vögel, als seine Getreuen ihn abholten, um ihn zum König zu machen. Der nachmalige König David hüte die Schafe seines Vaters, als der Priester Samuel ihn beischaffen ließ und ihn salbte. Lech Walesa fing Fische und suchte Pilze, als ihn westdeutsche und US-Fernsehtteams überkamen und ihm die Botschaft brachten, ihm sei soeben der Friedensnobelpreis verliehen worden. Eine prägnante Fassung der zu bildenden Legende lieferte die US-Zeitung „Wallstreet Journal“: „Herr Walesa war beim Pilzesammeln



Gründung der Gewerkschaft „Solidarität“ im Jahre 1980

in einem Wald nahe bei Gdańsk, als der Preis verkündet wurde. Als er nach Hause kam, sagte er: „Der Kampf für Menschenrechte ist auch ein Kampf für den Frieden.“

Lassen sich nun die beiden ersten Fälle verwenden zur Stützung der These, daß die Friedfertigen die Erde besitzen werden, so liegt der Fall bei Lech Walesa nicht so einfach. Zwar der Papst steuerte gleich auf diesen Punkt los. In seinem Glückwunschtelegramm fand er, daß Walesas „Bemühungen zur Lösung der schwierigen Probleme der Arbeitswelt und der Gesellschaft in Polen auf dem friedlichen Weg des ehrlichen Dialogs und der Zusammenarbeit aller“ belohnt worden seien. Er bete unablässig, „damit diese so tief im evangelischen Gesetz der Liebe verwurzelte und dem Gewissen unserer Nation und aller friedliebenden Menschen nahe Idee für jede Gesellschaft und die ganze zeitgenössische Menschheit zu einem Weg werde, der es gestattet, den Spannungen erfolgreich zu be-

gegnen . . .“ Das Dilemma ist jedoch, daß die polnische Arbeiterbewegung, die solche Mittel anwandte, nicht erfolgreich war und daß ihr übriggebliebener Funktionär mit den Kränzen, die ihm die Hauptverantwortlichen für diese Niederlage nun winden, nichts ausrichten kann. Ausdruck dieser Tatsache ist sein Versprechen, er werde das mit dem Preis verbundene Geld, eine halbe Million DM, dem Fonds der katholischen Kirche zur Förderung der polnischen Privatbauern spenden.

Durchschlagende Begeisterung kam jedoch auch bei den Imperialisten nicht auf. Zwar drängte es Bundeskanzler Kohl, als erster Gratulant dem polnischen Volk näherzutreten, indem er die Zuversicht äußerte, „daß die Mehrheit der Deutschen in Ost und West seine Freude über die Auszeichnung“ teile. Jedes bessere Bourgeoisblatt aber stellte trübe Betrachtungen an, was denn dieser Preis jetzt nützen soll. Das US-Magazin „Newsweek“ hält die Preisverleihung weniger für eine Belohnung für Walesa als für eine Rehabilitation des Stockholmer Nobelpreiskomitees selber. Dieses hat in der Tat überlegt gehandelt. Seit drei Jahren stand Walesa auf der Kandidatenliste. Wäre er vor drei oder noch vor zwei Jahren gewählt worden, so hätte die Preisverleihung unvermeidlich den Charakter der Würdigung einer Arbeiterbewegung in Aktion für ihre Interessen gehabt. Vor einem Jahr bekam Walesa den Preis nicht, weil das Komitee „Blutvergießen“ vermeiden wollte. Hinterhältig formuliert, sollte die Begründung darüber hinwegtäuschen, daß die westlichen Imperialisten sich ein Eingreifen in ein unter Kriegsrecht stehendes Polen nicht leisten konnten.

Dieses Jahr nun ist es dort einfach zu friedlich. Mißmutig stellt „Newsweek“ fest: „Im Augenblick gibt es wenig Aussichten auf eine Erhebung in Polen.“ Die Konkurrenz von „Time“ stimmte ebenso sauer ein: „Walesas Wahl hat der abgesackten Moral einer Bewegung Auftrieb gegeben, die gelähmt ist, seit General Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte.“ Etwas nobler kam das „Wallstreet Journal“ beim Vergleich mit dem Papstbesuch 1980, der die Hoffnungen der Polen so weit gehoben habe, daß sie die Gewerkschaft „Solidarität“ bilden könnten, zu dem Schluß: „Dieses Mal glauben westliche Diplomaten nicht, daß Generalstreiks oder Straßendemonstrationen für eine ähnliche Gewerkschaft die Folge sein

werden. Sie glauben, daß stattdessen die Polen moralisch ermutigt werden, passiven Widerstand gegen die Regierung zu leisten.“

Während die Presse der UdSSR und der DDR gar nichts über den Preisgekrönten verlauten ließen, und die polnische Führung so dummm war zu behaupten, der Preis selbst sei entwürdigter worden, lieferten die Presseorgane anderer kommunistischer Parteien eine Kritik an der Funktion des von dem Dynamiterfinder Nobel angeblich aus Reue gestifteten Preises. Die „L’Humanité“, Zeitung der französischen Kommunisten, wies darauf hin, daß der Preis auch schon an Begin verliehen wurde, „noch bevor er sich durch das Massaker von Sabra und Schatila ausgezeichnet hat“. Die jugoslawische Zeitung „Vjecnje Novosti“ stellte fest, „daß sich die Institution des Friedensnobelpreises schon längst von ihren heiligen Visionen entfernt hat und eine ganz und gar irdische Manipulation geworden ist, nicht im Dienste des Friedens, sondern im Dienste des Krieges von zwei Welten und zwei gegensätzlichen Ideologien“.

Quellenhinweis: FAZ, 6., 7.10. 1983; Wallstreet Journal, 6.10. 1983; Newsweek, 17.10. 1983; Time, 17.10. 1983; L’Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 14.10. 1983 – (anl)

## Frankreich

### „Sanierungspläne“ des Peugeot-Konzerns

Die französischen Automobil-Kapitalisten konnten in diesem Jahr erstmals wieder Anteile auf ihrem heimischen Markt zurückerobern. In den vergangenen Jahren hatten sie schrumpfende Marktanteile und hohe Bilanzverluste gemeldet. Die staatliche Renault AG hatte 1982 ein Minus von 1,3 Mrd. Franc (über 400 Mio. DM), die Peugeot-Gruppe (Peugeot, Citroen, Talbot) von 2,1 Mrd. Franc. Jetzt wollen die französischen Automobil-Konzerne ihre Schlagkraft gegen die internationale Konkurrenz erhöhen. Der größte französische Privat-Konzern, die Peugeot AG mit über 80000 Beschäftigten, macht den Vorreiter mit einem „Sanierungsplan“, mit dem die Kapitalisten die Arbeitsintensität steigern und die Löhne senken wollen.

Am 30. September gab die Geschäftsleitung von Citroen bekannt, daß sie ihre Lohnzusage für 1983 zurücknimmt. Bei einer Inflationsrate, die voraussichtlich 9% betragen wird, hatten sie für 1983 eine stufenweise Lohnanhebung von insgesamt 7,8% zugesagt. Ausgestanden hatten noch die Erhöhungen für Oktober mit 1,5% und Dezember mit 2,3%. Jetzt erklärte die Geschäftsleitung, sie wolle für Oktober und Dezember nur jeweils ein

Prozent mehr zahlen – eine Reallohn-  
senkung von 3 bis 4%.

Zur gleichen Zeit, wie die Geschäftsleitung von Citroen ihren direkten Angriff auf die Reallöhne veröffentlichte, kündigte der Vorstand des Gesamtkonzerns an, daß eine Verringerung der Belegschaften nötig sei, um „die Fabriken zu modernisieren“. Für die Peugeot- und Talbot-Werke des Konzerns beantragte er beim Arbeitsministerium über 2800 Entlassungen und über 4500 Frühverrentungen. Einiges spricht dafür, daß mit den Entlassungen die vollständige Schließung des Talbot-Werkes in Poissy eingeleitet wird: Die Anlagen sind vergleichsweise veraltet, und der Konzern könnte mit Peugeot- oder Citroen-Modellen den geschrumpften Marktanteil von Talbot abdecken. Mit den Frühverrentungen könnten die Peugeot-Kapitalisten nach westdeutschem Vorbild in den übrigen Werken die Belegschaften zwangsweise verjüngen, um die Arbeitsintensität zu steigern.

Die Kapitalisten betrachten die „Sierung“ bei Peugeot mit Spannung: Werden die Gewerkschaften Lohnsenkungen und Rationalisierungen hinnehmen aus Rücksicht auf die Regierung, die die „nationale Industrie stärken“ will? Der Arbeitsminister Ralite (PCF) hat den Antrag des Peugeot-Vorstandes auf Entlassungen nur „vorläufig“ abgelehnt, will aber zustimmen, sobald ein Sozialplan vorliegt. Den Frühpensionierungen stimmte er zu, ebenso die Gewerkschaft CGT.

Quellenhinweis: Le Figaro, FAZ, versch. Ausg. – (alk)

## Österreich Keine 35-Stunden- Woche – Lohnsenkung

Vom 24.10. bis 4.11. werden die 1400 Beschäftigten der Steyr-Daimler-Puch AG in Graz in Zwangspause geschickt. Im Mai/Juni und im August bis Oktober hatten sie jeweils freitags einen Tag ihres Jahresurlaubs nehmen müssen. Ein von der Geschäftsleitung vorgeschlagenes „Modell“ für eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bei Verzicht auf alle freiwilligen Sozialleistungen ist gescheitert. Die Vereinigten Edelstahlwerke (VEW), eine Tochter der verstaatlichten VOEST Alpine, beabsichtigen, erneut 1500 Beschäftigte zu entlassen. Die Beschäftigten des Werkes Wien hatten geplant, auf der am 18.10. stattfindenden Betriebsversammlung über einen Streik gegen Entlassungen und Verlagerungen abzustimmen. Dieses Vorhaben wurde mittlerweile abgeblasen.

Die SPÖ/FPO-Regierung will Ende Oktober eine Finanzspritze für die Stahlbetriebe der verstaatlichten Indu-



Demonstration gegen die Steuerplün-  
derung

strien von 16,6 Mrd. Schilling beschließen, um durch Modernisierungen im Stahlbereich international besser konkurrenzfähig zu sein.

Zur Finanzierung u.a. dieser Summe werden die Arbeiter, Angestellten und Bauern erneut zur Kasse gebeten. Ab 1.1.1984 tritt ein „Belastungspaket“ in Kraft. Es sieht u.a. vor: Erhöhung der Umsatzsteuersätze um 2%, Erhöhung der Versicherungssteuer von 7 auf 8%, Erhöhung der Kfz-Steuer um 40%, Erhöhung des Straßenverkehrsbeitrages um 50%, Erhöhung der Stempel- und Rechtsgebühren um 10%; Kürzung der Geburtenbeihilfe um 30%.

Rechtzeitig vor Beginn der Tarifaus-  
einandersetzungen gab ein Wirtschaftsforschungsinstitut bekannt, daß seit 1970 die Löhne fast doppelt so schnell gestiegen seien wie die Preise. Beispiel: für eine Semmel habe ein Arbeiter 1970 1,9 Min. arbeiten müssen, 1982 hingegen nur 1,4 Min. Für eine Stunde Autoservice hingegen brauchte er 1970 den Lohn von 12,39 Arbeitsstunden, 1982 jedoch von 14,3 Stunden. Fazit: angebliche Verbilligung der Grundnahrungsmittel, erhebliche Ver-  
teuerung – aufgrund der gestiegenen Löhne der Kfz-Mechaniker – der „Luxusprodukte“, sprich Autos.

Die Wirklichkeit ist anders. Selbst nach Angaben des Statistischen Zentralamts stagniert der Lebensstandard seit 1975. Höhere Ausgaben für Nahrungsmitte und Kleidung werden durch geringere Ausgaben für Wohnung etc. kompensiert. Erschütternde Bilanz: Am 31.5.83 waren in Wien 15233 Mietrückstände registriert, 18574 Gas- und Stromanlagen wegen ausbleibender Zahlung abgestellt. Vom September '82 bis Juni '83 wurden 531 Wohnungen „vom Wärmebezug ausgeschlossen“ (Energie-Stadtrat Hatzl).

Noch im Sommer hatte der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Benya erwartet, daß „ein halbes Prozent Reallohnherhö-

hung „drin“ sei“. Jetzt setzt Arbeiterkammerpräsident und ÖGB-Vorstandsmitglied Czettel darauf, „im Schnitt mit null auszusteigen“, und „günstigstenfalls lassen sich Reallohnverluste vermeiden“. Auf dem vom 3. – 8.10.83 tagenden ÖGB-Kongreß hat er diesen Kurs dargelegt. Der ÖGB beschloß laut „Presse“ vom 8./9.10. „die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne fixen Einführungstermin und ohne fixe Stundenzahl“.

Quellenhinweis: Die Presse, Salzburger Nachrichten, Wochenpresse, Profil, versch. Ausgaben – (rua)

## Niederlande Gewerkschaftsproteste gegen Haushalt '84

„Belgische Zustände“ – gemeint war: Streiks wie im belgischen öffentlichen Dienst vor wenigen Wochen – werde man hoffentlich vermeiden können, hatte der niederländische christdemokratische Premierminister und frühere Chef des Metallkapitalistenverbandes Lubbers am 20.9. bei der Vorlage des Haushalts 1984 der Regierung erklärt. Inzwischen ist die Regierung sehr viel zurückhaltender geworden.

Seit dem 10. Oktober führen die Postbeschäftigte in über 100 der größten Postämter einen „Dienst nach Vorschrift“ durch. Derselbe „Dienst nach Vorschrift“ bei den Telegraphenämtern und bei der Eisenbahn. Die beiden größten Polizistengewerkschaften haben ihre 40000 Mitglieder aufgerufen, keine Strafmandate mehr auszustellen, keine Streifen mehr durchzuführen, keine Einsätze gegen Demonstrationen gegen die Regierung, mit den „Mobilen Einsatzkommandos“ vorläufig nicht mehr zusammenzuarbeiten. Am 17.10. legten die Busfahrer der öffentlichen Verkehrsbetriebe im ganzen Land für kurze Zeit die Arbeit niedert. Schon seit Ende September haben die vier größten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ein gemeinsames „Aktionskomitee“ gebildet, um ihre Protestaktionen zu koordinieren. Die beiden größten Lehrergewerkschaften haben ihr Angebot vom Sommer, Lohnsenkungen von 10% zuzustimmen, wenn die Regierung 10% mehr Lehrer einstelle, auf ihren Gewerkschaftskongressen in den letzten Wochen zurückgezogen und beschlossen, enger mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zusammenzuarbeiten.

Muß die Regierung also eine große Streikbewegung im öffentlichen Dienst fürchten? Zu wünschen wäre es. Denn der Haushaltsentwurf, den sie vorgelegt hat, fördert das Wohlleben der Kapitalisten so ungeniert wie lange nicht mehr und enthält brutale Angriffe auf

die Lohnabhängigen. So will die Regierung Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Krankengeld um real 15 bis 20% verringern. Die Renten und der gesetzliche Mindestlohn sollen „nur“ um 7% fallen, Mehrwertsteuer, Tabak- und Alkoholsteuer erhöht werden. Um den Kapitalisten weitere Lohnsenkungen zu erleichtern, sollen die Löhne im öffentlichen Dienst Anfang 1984 um *nominell* 3,5% gesenkt werden, das macht bei der gegenwärtigen Teuerung erneute Reallohnensenkungen von etwa 7%. Gesetzliche Lohnleitlinien für alle Lohnabhängigen wie in den vergangenen Jahren hat die christlich-liberale Regierung bewußt vermieden, um die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst so leichter isolieren zu können. Ob ihr das gelingt, wird sich bis zum 2.11. zeigen. Dann wollen die Gewerkschaften über eine Ausweitung ihrer Aktionen entscheiden.

Quellenhinweis: Allgemeen Dagblad, 21.9. bis 11.10.; De Kvibondskrant, Zeitung des Gewerkschaftsbundes FNV, Ausgaben seit September – (rül)

## *El Salvador* **FMNL bildet erste Regionalregierung**

Die Befreiungsfront FMNL gab Anfang Oktober bekannt, daß sie in einem Bezirk der Nordprovinz Chalatenango die erste eigenständige regionale Regierung ausgerufen hat. Die neue Gemeindeverwaltung des Gebietes hielt bereits Gemeindewahlen ab. Dieser wichtige politische Schritt wurde ermöglicht durch die militärischen Erfolge der FMNL in der letzten Zeit. In der Provinz Chalatenango hat die FMNL bisher 20 von 33 Einzelgemeinden unter ihre Kontrolle gebracht.

Als Ziele ihrer Anfang September begonnenen militärischen Kampagne hatte die FMNL festgelegt: Indem die Angriffe auf Wirtschaftsbereiche verstärkt werden, soll die Wirkung der US-Wirtschaftshilfe drastisch begrenzt werden. Den Regimetruppen sollen die größtmöglichen Verluste in allen Formen des Kampfes beigebracht werden, um zu verhindern, daß die neu durch die US-Berater aufgestellten Truppen zum wirksamen Einsatz kommen. Zu Beginn der Kampagne griffen neu aufgestellte Bataillone der Befreiungsbewegung die Garnison in der Stadt San Miguel (90000 Einwohner) an und zerstörten sie. Die Garnison war mit 2000 Mann die größte und stärkste Garnison im ganzen Land. Das Regime verlor 300 Soldaten. Während des ganzen Monats September konnte die Befreiungsbewegung den Regimetruppen in zahlreichen Gefechten erhebliche Verluste zufügen.

Diese erfolgreiche militärische Offensive und eine sich trotz Streikverbo-

tes entwickelnde Streikbewegung in den Städten haben das Regime dazu gezwungen, die für Ende 1983 angesetzten Wahlen, die zur Spaltung des Widerstandes und als Scheinrechtfertigung des Unterdrückungsregimes dienen sollten, ohne neue Terminfestlegung zu verschieben.

Den Widerstand in den Städten versucht das Regime jetzt zu zerbrechen, indem es durch „Todesschwadronen“ Führer der Gewerkschaften und anderer Organisationen ermorden läßt. Ihre Killerbanden haben vor kurzem den Generalsekretär des Vereinigten Gewerkschaftsbundes S. Hernandez entführt und ermordet. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)



15000 Bauern demonstrierten in San Salvador im September: „Das Land für die, die es bebauen!“

hatte seine unversehrte Freilassung gefordert.

Nach diesen Morden hat Kissinger, Leiter der US-Mittelamerika-Kommission, die derzeit in Mittelamerika Möglichkeiten der Zerschlagung der Befreiungsbewegungen erkundet, dann auch in El Salvador „echte Fortschritte“ bei den „Menschenrechten“ festgestellt.

Quellenhinweis: Granma, weekly review, 25.9.83; Südd. Ztg. 5.10.83; Informationsdienst El Salvador 30.9.83 – (gba)

## *Libanon* **Opposition fordert neue Verfassung**

Der Führer der „Progressiven Partei“ Jumblatt hat den US- und den europäischen Imperialisten, die Truppen im Libanon haben, gedroht, sie müßten mit langandauernden Kämpfen rechnen, wenn sie sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten des libanesischen Staates einmischten. Das Ziel der „Front der nationalen Errettung“, deren Organisationen nahezu alle den Kampf der Milizen der „Progressiven Partei“ im Shouf gegen die reaktionä-

ren christlichen Milizen und die libanesische Armee unterstützt haben, sei der Aufbau eines selbständigen libanesischen Staates. Dafür müsse die Regierung Gemayel gestürzt werden. Voraussetzung für eine „nationale Versöhnung“ im Libanon sei der Abzug der als „multinationale Friedenstruppen“ stationierten britischen, französischen, italienischen und US-amerikanischen Soldaten und die Kündigung des Vertrages mit Israel, der die israelische Besetzung des Südlibanon besiegt.

Der Front gehören sowohl Organisationen und Politiker an, die sich, wie die „Progressive Partei“, als „liberal-demokratisch“ bezeichnen, als auch Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Landarbeiter. Die bürgerlichen Kräfte in dieser Front fürchten, daß die Kataeb-Partei, die die Interessen der christlichen Großgrundbesitzer und Kapitalisten um Beirut vertritt und der Gemayel angehört, die Unterstützung der Imperialisten dazu nutzen wird, sich auf Kosten der oppositionellen Kräfte zu bereichern. Ihre Hauptkritik an der jetzigen Regierung lautet, diese monopolisiere die Macht in ihren Händen und verkaufe sich dafür an die Imperialisten. Um solche Möglichkeiten in Zukunft auszuschalten, müßten die fremden Truppen das Land verlassen und die Verfassung geändert werden. Die jetzige Verfassung sei u.a. darum überholt, weil sie die Besetzung der Staatsämter entsprechend dem Verhältnis der Größe der Religionsgemeinschaften zueinander festlege. Einmütig fordert die Front eine Verfassung, die die „bürgerlichen und demokratischen Freiheiten“ garantiert.

Verschiedene Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Landarbeiter und die Kommunistische Partei des Libanon unterstützen die Front, weil sie den Kampf gegen die Besetzung durch imperialistische und israelische Truppen und gegen die Herrschaft der Kataeb führt. Die israelische Truppen im Südlibanon haben Tausende von Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, seit dem israelischen Überfall im Jahr 1978 sind mehr als 40% der armen Bauern und Landarbeiter aus dem Süden geflohen, sie müssen ihre Arbeitskraft den Plantagenbesitzern im Osten und den Kapitalisten in den großen Städten zu Hungerlöhnen verkaufen und horrende Pachtsummen für ihre Hütten und winzigen Äcker in den Vororten der Städte zahlen. Die „Amal“, in der sich vor allem vertriebene Bauern aus dem Süden zusammengeschlossen haben, tritt innerhalb der Front für die Durchführung einer Landreform ein, jeder Bauern müsse ausreichend Land bekommen und Produktionsgenossenschaften gefördert werden.

Quellenhinweis: The Middle East Magazine, Oktober 1983; Lebanon War, Historical and Social Background, Bonn 1980; Neue Zeit, September 1983 (uld)

## Imperialistische Banken diktieren Wirtschafts- und Lohnsenkungsprogramm

Seit Juni 1983 war Brasilien mit Zins- und Tilgungszahlungen gegenüber dem IWF und den Banken in Verzug. Der IWF stellte daraufhin die Auszahlung des im Februar vereinbarten „Neukredits“ von 4,4 Mrd. \$ ein, die Banken zusätzlich jede Verhandlung. Ende September gab die brasilianische Regierung eine weitreichende Absichtserklärung über ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm als Vorbedingung für weitere Kredite ab. Der Pariser Club (USA, BRD, Großbritannien, Frankreich und Japan) signalisierte grünes Licht. Die Entscheidung fiel anlässlich der Jahrestagung des IWF. Der Brasilien-Beratungsausschuß (Vertreter der 14 größten Banken, unter ihnen Guth von der Deutschen Bank in Vertretung der westdeutschen, niederländischen und österreichischen Banken) stimmten einem „Hilfs“paket zu: 12 Mrd. \$, davon 6,5 Mrd. \$ Neukredite und 5,5 Mrd. \$ Refinanzierungsmittel für die bis Ende 1984 fällig werdenden Schulden. Die finanziellen Bedingungen: Etwa 12,4% Zinsen zuzüglich 1% Umschuldungsgebühren bei einer Laufzeit von neun Jahren, wovon während fünf Jahren „nur“ Zinsen zu zahlen sind.

Die Führung bei diesen Krediten haben die US-Banken Morgan Guaranty und Citybank inne. Nach einem Bericht von US-Bankenkontrolleuren ist Brasilien allein bei den neun größten US-Banken mit 13,3 Mrd. \$ verschuldet, das entspricht ca. 46% der Eigenmittel dieser Banken. Alle US-Banken haben 20,4 Mrd. \$ an Brasilien verliehen, das sind ca. 29% ihres Kapitals. Die BRD-Banken übernehmen 10% des 6,5 Mrd. \$-Neukredits, das entspricht ihrem Anteil an der Gesamtbankenverschuldung Brasiliens von ca. 50 Mrd. \$. (Hierbei sind ihre Geschäfte über Drittländer nicht enthalten.)

Die Verschuldung Brasiliens beträgt nunmehr über 90 Mrd. \$ (1971: 6,6 Mrd. \$). Für Zinszahlungen müssen für 1984 11 bis 12 Mrd. \$ veranschlagt werden (1981: 9,2 Mrd. \$; 1980: 6,3 Mrd. \$). Des Weiteren ist Brasilien noch verpflichtet, 8 bis 10 Mrd. \$ an Kredittilgungen aufzubringen, so daß in etwa die gesamten Exporterlöse (1982: 20,2 Mrd. \$) abzuführen sind.

Was ist der Inhalt der Absichtserklärung? Die brasilianische Regierung mußte sich verpflichten zur:

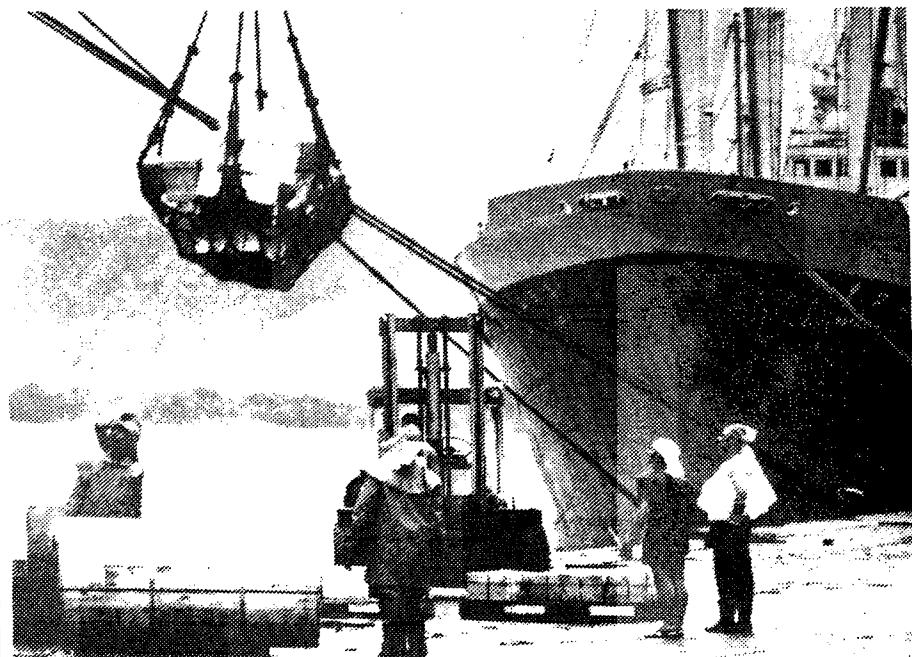
- Senkung der Löhne durch Begrenzung der Erhöhung auf 80% der Inflationsrate (bisher 160%);

- Abschaffung der geltenden Restriktionen für Gewinnüberweisungen des ausländischen Kapitals (Ende Juni sollen diese „Negativreserven“ Brasiliens 4,5 Mrd. \$ betragen haben, im September bereits 6,7 Mrd. \$);
- Senkung des Haushaltsdefizits und der Inflation;
- Einfrieren des Imports auf 16 Mrd. \$ (1980: 22,2 Mrd. \$; 1981: 19,4 Mrd. \$);
- Steigerung des Exports bis auf 25 Mrd. \$ 1984.

Die brasilianische Regierung ist nach einem Fernsehauftritt von Präsident Figueiredo („Rede an die Nation“) entschlossen, zu „drastischen und definitiven Maßnahmen“ zu greifen. Der Finanz- und Planungsminister Delfim

Auf der anderen Seite fördert die Regierung mit dem Export – durch staatliche Subventionen – das ausländische und in geringerem Umfang auch das brasilianische Kapital. Allein die Exporte der Automobilmonopolisten VW und Daimler-Benz machten 1981 5,4% der Fertigwarenexporte Brasiliens aus. Außer aus diesen Lieferungen der imperialistischen Monopole selber besteht der Export Brasiliens aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die billig an die Imperialisten gehen. Die Terms of Trade hierfür verschlechterten sich zwischen 1978 und 1981 um 17%. Brasilien mußte 1981 für 3,2 Mrd. \$ Sojabohnen, für 1,74 Mrd. \$ Eisenerz, für 1,76 Mrd. \$ Kaffee und für 0,8 Mrd. \$ Fleisch zu Niedrigpreisen exportieren.

Die Förderung von Investitionen in rohstoff- und ressourcenreichen Ländern wie Brasilien sei „keine Finanzierung in ein Faß ohne Boden“, erklärte Christians von der Deutschen Bank auf der IWF-Jahrestagung. Die Bereitstellung der Infrastruktur durch brasiliani-



Fast die gesamten Exporterlöse gehen für die Zahlung der Auslandsschulden und Zinsen drauf.

Netto ist bereits am Werk. Nach der Kürzung der Ausgaben staatlicher Unternehmen um rund 3,5 Mrd. Cr (1 DM = ca. 130 Cr), Kürzung der Investitionen staatlicher Unternehmen um 5,1 Mrd. Cr, Streichung von Subventionen für Öl, Weizen und Zucker, Kürzung von weiteren Agrarsubventionen sind jetzt die Steuern für Geldgeschäfte gesenkt worden. Die Maßnahmen führen bereits zu Massenentlassungen, Stellenstopps im öffentlichen Dienst, Preiserhöhungen nach wenigen Tagen von bis zu 100% bei Erdölzeugnissen, Grundnahrungsmitteln, Verkehrs- und Versorgungstarifen, Telefon usw.

sche Staatsunternehmen z.B. für die Ausbeutung von 18 Mrd. t Eisenerz, 1 Mrd. t Kupfererz, 47 Mio. t Nickelerz, 60 Mio. t Manganerz usw. durch imperialistische Konzerne im Rahmen des Carajas-Großprojekts kostet allein 28 Mrd. \$, zu finanzieren über künftige Kredite.

Der Wirtschaftswissenschaftler Celso Furtado hat in einem Interview einen vertraglich vereinbarten Aufschub aller Rückzahlungen verlangt. Der Zentralbankchef Langoni ist aus Protest gegen die IWF-Vereinbarungen zurückgetreten. Dieser in Brasilien und in anderen Schuldnerländern populären Auffassung der Aussetzung der Schul-

denzahlungen traten während der IWF-Jahrestagung die Imperialisten geschlossen entgegen. US-Finanzminister D. Regan: „Ein Land werde sprichwörtlich seinen eigenen Tod verursachen, wenn es einem Schuldnerkartell beitrete.“

Der Kritik an Minister Delfim Netto hat sich einer jüngsten Umfrage zufolge auch die Mehrheit der brasilianischen Kapitalisten angeschlossen. Sie kritisieren die hohen Zinsen, schwundende Umsätze und zunehmende Pleiten.

Von Seiten der Arbeiter, Angestellten und Bauern werden die Regierungsmaßnahmen heftig bekämpft. Gegen die ersten Lohnsenkungen im April wurden große Demonstrationen organisiert, im Juni Warnstreiks im öffentlichen Dienst, im Juli Streiks der Metall- und Raffineriearbeiter und am 21. Juli ein Generalstreik in den Großstädten (siehe Kasten). Am 21. September lehnte das brasilianische Parlament mit Stimmen der Regierungspartei das Lohnsenkungsgesetz Nr. 2026 (Lohnkürzung um 10%) ab.

Anfang Oktober legte die Regierung daraufhin ein „Stabilisierungsprogramm“ vor. Die freie Aushandlung der Löhne soll in Etappen bis 1987 verwirklicht werden. Außerdem wird eine Liberalisierung des Streikrechts angekündigt. Die Regierung hält dennoch an den IWF-Verpflichtungen fest. Die Löhne werden gesenkt, indem die nominale Lohnerhöhung auf 80% der Inflationsrate gesetzlich beschränkt wird. Innerhalb dieser Marge sollen Verhandlungen möglich sein. Die Regierung beabsichtigt, die Gewerkschaften mit einzelnen Zugeständnissen in der Tarifautonomie und beim Streikrecht zu spalten. Und an die Adresse der Kapitalisten ist das Angebot gerichtet, die Löhne angesichts hoher Arbeitslosigkeit von inoffiziell fast 25% und schon vorhandenen Niedriglöhnen noch weiter senken zu können – auch für die Kleinkapitalisten verlockend.

Im Anschluß an das „Stabilisierungsprogramm“ setzte der Präsident der Industrieföderation von São Paulo mit einem Aufruf zum Abschluß eines „Sozialpaktes“ nach. Die rechten Militärs griffen – entgegen früherer Zurückhaltung – in die öffentliche Debatte ein. Sie werfen Figueiredo vor, er habe nicht den nötigen Willen und das nötige Interesse. Die Imperialisten drohen den brasilianischen Lohnabhängigen offen: „In Brasilien zeichnet sich denn auch immer deutlicher der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Not und politischer Freiheit ab. Es ist kein Zufall, daß Demokratien in Entwicklungsländern Seltensheitswert haben.“ (FAZ, 1.10.83).

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, NZZ, div. Ausgaben; Lateinamerika-Nachrichten Nr. 118/119; Brasilien Dialog, Informationen 2/83; Wallstreet Journal, 7.10.83; Folha de São Paulo, div. Ausgaben – (sie)

## Gewerkschaften bereiten Kampfmaßnahmen vor

Ende August 1983 gründeten über 5000 Delegierte von über 800 Gewerkschaften und Berufsvereinigungen auf dem Nationalkongress der brasilianischen Arbeiterklasse, CONCLAT, den Zentralen Arbeiterverband (CUT) und verabschiedeten einen Antrag für einen Generalstreik, falls die brasilianische Regierung das Lohnsenkungsgesetz Nr. 2045 (Lohnkürzungen um 20%) nicht bis Ende Oktober zurücknimmt.

Der Vorsitzende des CUT und bisherige Präsident der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo, Menneguelli, in der Zeitung des Nationalen Gewerkschaftskongresses:

„Ich glaube, hauptsächlich nach dem Streik vom 21. Juli sind die Bedingungen vorhanden, den CUT zu gründen. Dieser CONCLAT – nach Voraussagen werden 4300 Delegierte teilnehmen – wird für eine Beschußfassung repräsentativ und ausreichend genug sein. Auf diesem CONCLAT müssen wir einen Kampfplan entwickeln: Mit Fakten, Manifestationen und anderen Formen des Protestes, die übergehen in einen Generalstreik ... Wenn dem nicht so ist, wird das Ergebnis dieses Kampfes vom Regime absorbiert werden ... Für mich muß dieser Generalstreik kurze Zeit vor der Abstimmung des Dekrets Nr. 2045 im Parlament und nicht nach der Abstimmung durchgeführt werden, damit die Arbeiter nicht vor vollendeten Tatsachen stehen.“

### Einkommensverteilung der brasilianischen Arbeiter und Angestellten

	1981	1982
Monats- einkommen Mio.	Anzahl %	Anzahl %
bis 100 DM	7,5	15,6
101- 200	10,4	21,5
201- 400	12,8	26,5
401- 600	6,4	13,3
601-1000	5,3	10,9
1001-2000	3,6	7,5
2001-4000	1,5	3,1
über 4001	0,6	1,3
	10,1	20,1
	23,5	
	25,7	
	10,8	
	9,7	
	6,6	
	2,8	
	0,9	

(erfaßt sind 1981 48,3 Mio.; 1982 50,2 Mio. Lohnabhängige insgesamt ca. 90 Mio. über 10 Jahre alt)

Aus einer Erklärung der Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo (Vorsitzender Joaquimzao), auf dem CONCLAT verteilt:

„Einheit gegen Lohnknebelung, gegen staatliche Intervention, für Demokratie und nationale Souveränität!“

Die Gewerkschaftsbewegung ist im Moment von einer drastischen öko-

nomischen Krise bedroht ebenso wie die Zukunft Brasiliens bezüglich der Souveränität des Landes. Sie muß deshalb eine harte Position zu diesen Problemen einnehmen, um sie zu überwinden. Diese Krise bürdet, wie immer, den brasilianischen Arbeitern mehr Arbeitslosigkeit, mehr Lohnsenkung und gestiegerte allgemeine Misere auf. Wir müssen das Dekret Nr. 2045 abschaffen – das Gesetz der Lohnknebelung. Wir müssen mit unserem Kampf die bisherigen Erfolge sichern und das Bedrohte verteidigen. Die Nichtakzeptierung der Lohnsenkung, die uns auferlegt werden soll, bedeutet die Niederlage des



Angriffe der Polizei auf den Streik im September dieses Jahres.

Gesetzes Nr. 2045. Das bedeutet aber auch für uns das Brechen mit dem IWF, denn die von diesem uns auferlegten Pflichten stellen unsere nationale Unabhängigkeit in Gefahr. In diesem Kampf gegen Lohnsenkung, staatliche Intervention (in den Gewerkschaften, d. Ü.), Arbeitslosigkeit und extreme Abhängigkeit vom Ausland müssen wir jetzt unsere Kraft entwickeln, um alle Last der Krise, einer Krise, die wir nicht gemacht haben und die den Arbeitern auferlegt werden soll, zu beseitigen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat schon gezeigt, daß einheitliches Wirken auch die Unterstützung durch verschiedene gesellschaftliche Schichten auslösen kann. Es ist die Zeit und die Notwendigkeit gekommen, um mit unserer ganzen Kraft unsere legitimen Rechte der Arbeiter zu verteidigen und geltend zu machen.“

Quellenhinweis: Folha de São Paulo, 25.9.83; Materialien vom CONCLAT; eigene Übersetzungen und Berechnungen



Zehnter Detmolder Kunstmarkt

## Beitrag zur Auseinandersetzung mit vielfältigen künstlerischen Aktivitäten

Zum zehnten Male fand am 10./11. September der Detmolder Kunstmarkt statt, ein Markt für Künstler vorwiegend aus der Region, wo jeder ohne vorherige Prüfung und ohne Standgebühr seine Werke ausstellen kann. Nur ein kleiner Teil der Kosten wird durch einen Zuschuß der Stadt Detmold gedeckt. Im letzten Jahr betrug er 4000 DM von 14000 DM Gesamtkosten. Auch das war dem Kulturausschuß der Stadt noch zuviel. Dieses Jahr zahlte er nur 3000 DM. Vorangegangen war eine Auseinandersetzung im Kulturausschuß, bei der die CDU-Mitglieder die Auffassung vertraten, es seien „Dinge in die Veranstaltung eingebbracht worden, die nach unserer Auffassung mit Kultur nichts zu tun haben, sondern allein politischer Propaganda dienen.“ Gemeint waren u.a. Buttons mit „tendenziösen“ Aufschriften und Stände linker Buchhandlungen und Verlage.

Seit seiner Gründung im Sommer 1974 hebt sich der Detmolder Kunstmarkt positiv von anderen kommerziellen Veranstaltungen, wie dem Göttinger Kunstmarkt, ab. Von Anfang an war mit Erfolg Ziel der Veranstalter, den Künstlern die Möglichkeit zu geben, ohne Auswahl durch eine offizielle Jury und ohne hohe Standkosten ihre Arbeiten einem breiten Publikum vorzuführen. Ziel war auch, die Auseinandersetzung mit einem nicht „kunstsachverständigen“ Publikum zu fördern.

Aus der Zielsetzung des Vereins „Detmolder Kunstmarkt e.V.“:

„Breiten Bevölkerungsschichten einen vergleichsweise leichten Zugang zur Rezeption und aktiven Auseinandersetzung mit vielfältigen künstlerischen und kulturellen Aktivitäten zu ermöglichen.“

Jungen Künstlern ein Forum zu geben, ihre Werke einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen ... Durch Einladung von Künstlern ... aus anderen Regionen das heimische Publikum über fortschrittliche Strömungen und Ausdrucksmöglichkeiten zu informieren.“

Bis 1979 fand der Kunstmarkt in privater Initiative unter freiem Himmel statt, bis dahin vorwiegend mit Künstlern aus der Gegend um Detmold, seit 1980 in der Stadthalle. Seit 1981 wird er im Rahmen des „Detmolder Sommers“ durchgeführt, einer Veranstaltungsreihe, organisiert vom Amt für Fremdenverkehr und Kultur. Zu Recht fürchten die Veranstalter, daß der Verein „sich so zum verlängerten Arm einer fragwürdigen städtischen Kulturpolitik“ macht. „Mit der finanziellen Unterstützung oder Abhängigkeit des Kunstmarktes von der Stadt Detmold wird der Versuch der Einflußnahme auf die Inhalte der Veranstaltung verbunden sein.“

Die Zielsetzung des Kunstmarktes ermöglicht es besonders auch politisch motivierten Künstlern, auszustellen. So

nahmen dies Jahr u.a. der DGB-Kulturarbeitskreis Braunschweig, der Werkkreis Grafik der Arbeitswelt und „Künstler für den Frieden“ teil. Bei letzteren war leider auch allzu Deutsch-Nationales zu sehen, wie ein Sinnbild des bedrohten Deutschlands, ausgedrückt durch schwarz-rot-goldene Erde.

Insgesamt war auch bei Einzelkünstlern eine deutliche Zunahme der Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Themen festzustellen, besonders mit Arbeitslosigkeit, Umwelterstörung und Nachrüstung. Allerdings war die Aussage und Darstellung meist sehr individuell. Ausnahme war da der DGB-Kulturarbeitskreis und der Stand der Vereinigten Kunstgruppen, die zum zweitenmal auf Einladung ausstellten. Diesmal wieder mit Politikmasken, Kohlezeichnungen und Drucken mit Arbeitsdarstellungen und Arbeiten zum Leben der Ausländer in der BRD. Wie im letzten Jahr fand der Stand großes Interesse. Im Kulturprogramm trat die Bielefelder Maskentheatergruppe „Gegenlicht“ auf. Viel Beifall fand der Angriff auf die Bundesprominenz. U.a. trat Blüm mit seiner Lohnpausenideologie und einem Heimcomputer auf, der Chor der Ministranten (Bild) besang Kohl. Besonderen Beifall und Gelächter fand Kohl als Friseur, der einen Normalbürger einseifte. Zum Schluß rasierten Strauß und Stoltenberg ihn für BDA-Präsident Esser gründlich ab. kum

## Dem Hause „Hör zu“ entsprungener Roman

Sie ist Tochter des erfolgreichen Pharmazieunternehmers, und auf ihr ruht dessen einzige Hoffnung auf Fortsetzung seines Lebenswerkes, denn ihr Bruder ist nicht der Sohn ihres Vaters, sondern einer Verbindung ihrer lang verstorbenen Mutter mit einem Kölner Zuhälter entsprossen, der lang verschollen ist, dem Bruder aber all seine schlechten Eigenschaften vererbt hat, so daß dieser als Playboy den Ruf der Familie und damit vor allem den Vater belastet, den die seinerzeitige Zerrüttung seiner Ehe schon so weit getrieben hatte, daß er aus dem Raum Bonn nach München fuhr und dort mit einem jungen Mädchen, das am gleichen Tag Umgang mit einem Bäckergesellen und einem späteren Bierkutscher hatte, sich so weit einließ, daß er, als der Bierkutscher, der das Mädchen geheiratet hatte, an ihn wegen Alimenten herantrat, nicht gut nein sagen konnte und so seit inzwischen 18 Jahren für die Aufzucht eines Jungen zahlt. Wer nun wissen will, was geschieht, als sie nach ihrer Verheiratung mit einem Biologen, dem ihr Vater eine Fabrik einrichtet und von dem ihr Vater erwartet, daß er daneben auch noch zum Vater seines Enkels wird, feststellen muß, daß er als Kind Mumps hatte und deswegen steril ist, während gleichzeitig ihr Bruder dem Vater zwei außereheliche Sprößlinge als geeignete Nachfolger anbietet und der natürliche Sohn des Vaters gutachtlich als echt bestätigt wird, nun, der muß den Roman von Horster lesen. Sonst niemand.

H.-U. Horster, Ein Sohn nach seinem Ebenbild, Goldmann TB 6629, 7,80 DM - (maf)

## Ausbruch aus dem „Puppenheim“

Henrik Ibsen veröffentlichte das Schauspiel „Ein Puppenheim“ 1879. Er beschreibt, wie die Anwältsgattin Nora den Entschluß faßt, ihren Mann zu verlassen und ihn von allen Unterhaltsverpflichtungen für sie zu entbinden. Nora hat zu Beginn ihrer Ehe heimlich einen Kredit aufgenommen und zu diesem Zweck eine Unterschrift gefälscht. Sie wollte das Geld für einen Kuraufenthalt ihres schwerkranken Mannes beschaffen. In den folgenden Jahren führen beide eine Ehe, die einem spießbürglerischen Ideal gleicht: Der Anwalt geht rechtschaffen seiner Tätigkeit nach, Nora führt mit Hilfe von

Kindermädchen und Dienstboten den Haushalt und zerstreut ihren Mann durch künstlerische Vorträge und treue Erfüllung seiner Beischlafwünsche. Sie zahlt heimlich die Raten für Kredit und Zinsen aus dem Haushaltsgeld und nachts erleideten Schreibarbeiten zurück, bis ihr Mann den Posten eines Bankdirektors ergattert. Sie erhofft sich von diesem Aufstieg eine Erleichterung der Kredittilgung, ihr Mann jedoch entläßt Noras Gläubiger, weil dieser vor Jahren eine Urkundenfälschung begangen hat. Der Gläubiger erpreßt Nora mit ihrer gefälschten Unterschrift, Noras Mann erfährt von der Fälschung. Er sieht seine Karriere in Gefahr, weil seine Ehre befleckt sei und seine Frau den erforderlichen Repräsentationszwecken nicht mehr genügen könne. Er will alles vertuschen und wirft Nora vor, sie sei eine Verbrecherin. Der Erpresser hat inzwischen die gefälschte Unterschrift zurückgesandt, der Anwalt will sich mit Nora versöhnen. Nora ist jedoch zu der Erkenntnis gekommen, daß sie nicht mehr mit ihm zusammenleben kann, daß sie zunächst lernen muß, von ihrer eigenen Arbeit zu leben, und eigene Erfahrungen in der Gesellschaft sammeln muß, um ein selbständiger Mensch zu werden. Ibsen unterstützte mit diesem Stück diejenigen in der Frauenbewegung, die für das Recht auf eigenen Lebensunterhalt kämpften, weil anders Gleichberechtigung nicht zu erringen sei. Gut ist, daß Ibsen sich gegen alle die wendet, die aus angeblich biologischer Minderwertigkeit der Frau das Recht zu ihrer Unterdrückung ableiten.

Henrik Ibsen, Ein Puppenheim, Insel Taschenbuch 323, 7,00 DM - (uld)

### Eine Geschichte der Armen im Gefängnis

Ein neuer Film von Yilmaz Güney, türkischer Schauspieler und Regisseur, wird im Moment in den Kinos gespielt. „Die Mauer“ stellt die Situation der Armen in einem türkischen Gefängnis dar. Eine Gruppe Jugendlicher tut sich gegen die Haftbedingungen und die Unterdrückung im Gefängnis zusammen. Als es ihnen nicht gelingt, durch Gesuche in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden oder durch Beschwerden ihre Lage zu verändern – sie träumen von einem Gefängnis, wo es Fernsehen für Kinder gibt und wo sie sicher sind vor Jaffa, dem Gefängniswärter, der sich sexuell

an ihnen vergeht – wird ein Ausbruchsversuch geplant. Ein Jugendlicher wird dabei erschossen, die anderen, nachdem man sie wieder eingefangen hat, blutig zusammenschlagen und gequält.

Die letzte Möglichkeit sehen die Jugendlichen darin, eine Meuterei zu bewerkstelligen, um in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden. Spitzel der Aufseher unter den Jugendlichen erraten den Plan, petzen und verhindern damit die geplante Ermordung Jaffas.

Die Meuterei wird niedergeschlagen, und die Jugendlichen werden in andere Gefängnisse verlegt, wo sie als erstes einmal zusammengeprügelt werden, weil sie sich an der Meuterei beteiligt haben.

Aber Güney schildert nicht nur die Lage der Jugendlichen, sondern auch der Frauen und Männer, der politischen Gefangenen. Was man in der BRD erst im Sommer 1983 durch den Hungerstreik der Gefangenen in Istanbul erfahren hat, zeigt Güney: Daß die Schreie der Gefangenen während der Folterungen durch Lautsprecher in alle Zellen geleitet werden, daß Einzelzellen für die politischen Gefangenen eingerichtet werden, warum das Haareschneiden eine Quälerei ist, mit der die Gefangenen entwürdigt werden sollen.

Als die Jugendlichen Parolen von den politischen Gefangenen revolutionärer Organisationen übermalen sollen, werden die Parolen übersetzt: Der einzige Ausweg ist die Revolution! Sie erscheint dem Betrachter des Films als der einzige logische Schritt aus den Verhältnissen. Wie in allen Filmen Güneys geht es nicht um individuelle Schicksale oder um Hauptpersonen, wie man das hier aus dem Kino gewöhnt ist. Welche Straftat der Einzelne begangen hat, tritt vollständig in den Hintergrund.

Das Gefängnis wird dargestellt als ganz normale Situation im Leben eines Armen. Irgendwann landet man hier, egal ob schuldig oder unschuldig. Und die Situation im Gefängnis ist im Prinzip auch nicht anders als draußen. Gut oder einigermaßen gut geht es nur denen, die Geld haben und die Wärter bestechen können.

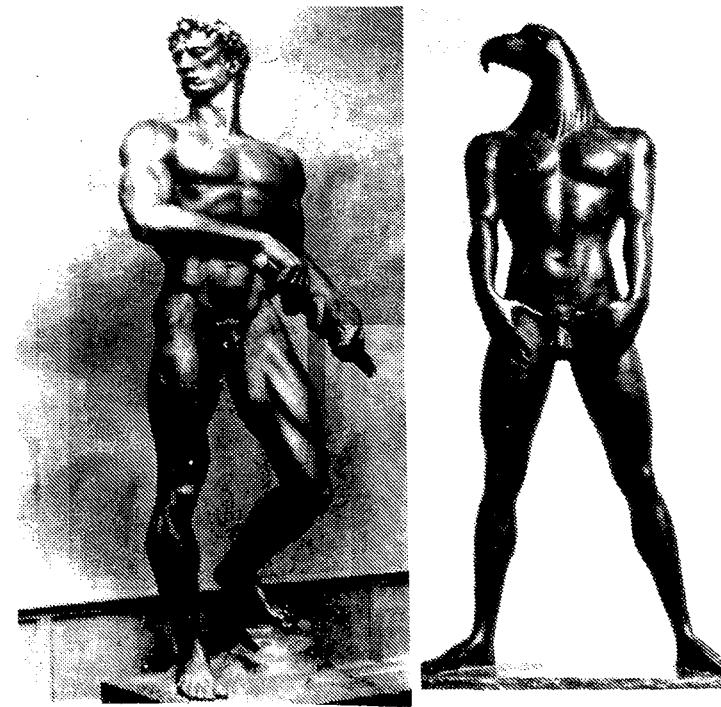
Güney selber beschreibt es so: „Meine Filme zeigen ein kleines Stück versuchter Unabhängigkeit, aber vor allem bleiben sie Geschichten von Abhängigkeiten.“ - (eve)

*Arno Breker*

## Nazi-Bildhauer modelliert jetzt das „Junge Europa“

„Ulrike Meyfarth nackt beim alten Breker“ „Bild“-Schlagzeile vom 17.9.83, Seite 1. U. Meyfarth laut „Bild“: „Der Professor wollte mich unbedingt als Modell. Wahrscheinlich findet er meine Proportionen ideal. Ich habe spontan zugesagt, weil ich ihm diesen Gefallen gern tue.“ Der „Professor“ modelliert auch Zehn-Kämpfer Hingsen und Reck-Turner Gienger. Wer ist dieser „berühmte Bildhauer“ (Neue Revue, 7.10.)? NSDAP-Mitglied, Mitglied der Akademie der Künste, Mitglied Reichskultursenat, „Unersetzlicher Künstler“, erhielt Staatsaufträge mit sechsstelligen Honoraren, Staatsatelier, goldenes Parteiauszeichen, er war eben „Hitlers Bildhauer“, wie „Bild“ lakonisch bemerkte. Seine ersten Großplastiken waren der „Zehnkämpfer“, „Die Siegesgöttin“ für das Reichssportfeld in Berlin von 1936. Nazikulturschreiber Rittig: „Er hat in seinen Skulpturen der völkischen Seele, dem abwehr- und angriffsbereiten Jüngling, den der Ruf des Schicksals erreicht“, Ausdruck verliehen. So in seinen Statuen und Reliefs mit den Titeln „Bereitschaft“ 1937, „Wehrmacht“ und „Die Partei“ 1939, „Kameraden“ 1940, „Rächer“ 1941, „Aufbruch der Kämpfer“, „Vergeltung“ 1943 ... er habe „seiner politischen Umwelt in blinder Verkennung gedient“, meinte der Herr Professor 1981 entschuldigend, anlässlich der stürmischen Proteste gegen die erste große Breker-Ausstellung (500 Werke) seit 1942. Diese letzte große Breker-Schau fand 1942 vor Nazigrößen und Kollaborateuren im besetzten Frankreich statt.

Bei der Entnazifizierung 1948 wurde der Herr Professor als Mitläufers eingestuft und mußte 100 DM Buße zahlen (Spruchkammer Donauwörth). Zumaldest konnte er aber im Haus des ehemaligen Ortsgruppenleiters und Bürgermeisters von Wemding/Oberfranken unterkommen, seinen fürstlichen Lebensstil bruchlos fortsetzen, und für den rheinischen Bankenverein in Duisburg, die DEMAG und für Kepa neue Aufträge ausführen. Für den Kölner Gerling-Konzern arbeitete er 1958 als leitender Architekt und Bildhauer an der Ausgestaltung des dem Nazi-Bau stil nachempfundenen Konzerngebäudes. Auch als Porträtmaler schätzten ihn nicht nur die Nazi-Größen, sondern auch gewisse nationale und internationale Kreise: Adenauer, Erhard, Quandt, Gerling, Henkel, Schickendantz, Abs, Oetker, Reemtsma, Prinz Georg von Bayern, Salvador Dali, Cocteau, Winniefred Wagner, Filbinger, Ernst Jünger u.a. Die Preise der Skulpturen der Westberliner Ausstellung von 1981 (bis zu 300000 DM teure Objekte) zeigen, daß die Abnehmer von Brekers Machwerken weiterhin in den erlesenen, nunmehr aber freiheitlich-demokratischen Kreisen zu finden sind.



„Bereitschaft“ 1937

„Junges Europa“ 1980

Für sie schuf er 1980 z.B. das „Junge Europa“. Neben der homosexuell-voyeuristischen Tendenz dieser Skulptur hat vor allem die Verbindung des herrisch zur Seite blickenden deutschen (!) Adlerkopfes mit der militärisch dastehenden Jünglingsfigur eine eindeutig politische Aussage: Das „Junge Europa“, entschlossen dastehend, kampfbereit zugänglich, den deutschen Imperialismus als Kopf. Das ist der alte Traum, zweimal in diesem Jahrhundert gescheitert, den die Imperialisten wiederum von ihrem altgewordenen Künstler in Bronze formen lassen.

„Hier ist innere und äußere Dynamik zu höchster Ausdrucks-kraft gesteigert, die um so packender ist, als jene innere Haltung, die im letzten Jahr Einstellung der gesamten Nation geworden ist und im Titel „Bereitschaft“ umschlossen ist, zum Ausdruck kommt“, schrieb Rittig 1939. Man ersetze „Bereitschaft“ durch „Junges Europa“. 1936 der „Zehnkämpfer“ und die „Siegesgöttin“, 1983 Meyfarth, Gienger, Hingsen u.a. für Brekers „Olympia-Zyklus“, seinem „Letzen Wort zur Deutschen Plastik“. Breker versucht sich zum letzten Mal am jungen Groß-deutscheuropa.

Quellenhinweis: Kunst im 3. Reich, Verlag Zweitausendeins, 1980; Neue Gesellschaft für bildende Künste e.V., Westberlin, Pressematerial zur Breker-Ausstellung 1981; Der Faschismus will im Bild bleiben, Tendenzen, Nr. 141, Januar – März 1983 – (güv)

## Global 2000

# Zukunfts-musik für westdeutsche Kapitalisten im Exportgeschäft

Vor einem Jahr – das Bundeskabinett unter Kanzler Kohl war kaum einen Monat im Amt – hielt der Bundestag eine vierstündige Debatte ab über „Global 2000“, den Bericht, der vom ehemaligen US-Präsidenten Carter in Auftrag gegeben und 1980 vorgelegt worden war. Gefordert hatte Carter 1977 eine „Untersuchung über die voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts“. Die Ergebnisse sollten als Grundlage für eine längerfristige Planung der Regierung dienen. Der Bericht, dank der schnellen und preisgünstigen Übersetzung des Verlages Zweitausendeins vielen zur Kenntnis gelangt, die sich über die nahen Perspektiven der weltweiten Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen entsetzten (nur unter dieser Voraussetzung war der Bericht abgefaßt), erregte mehr Unruhe als vergleichbare frühere Studien.

Die Veranstaltung des Bundestages am 28.10. 1982 war schwach besucht. Die Abgeordneten demonstrierten, daß sie das Verschwinden der Wälder, Bildung großer Wüsten, heftige Klimaveränderungen, die Ausrottung einer halben Million Tier- und Pflanzenarten und die steigenden Chancen eines großen Teils der Menschen, einfach zu verhungern, nicht für brennende Probleme halten. Der neuen Bundesregierung war jedoch die Gelegenheit wichtig genug – sie schickte vier Minister ins Gefecht – ihre Absichten für die allernächsten Jahre darzulegen und so auf die besorgten Kapitalisten der Chemie- und Pharma-industrie und die Hersteller umweltfreundlicher Technologie beruhigend einzuwirken.

Die SPD trat mit dem Vorsatz an, ein bißchen auf dem Gebiet der Grünen, die sich in dieser Debatte, da nicht vertreten, nicht wehren konnten, zu grasen und sich friedlich auf das Mittragen der Plünderung der Weltressourcen und die Unterbutterung des Volkes hier zu verpflichten. Der Abgeordnete Reuter (SPD) wies auf die Verdienste der vergangenen Regierung bei der Verringerung schädlicher Emissionen hin, durchgeführt nur in dem Modellkraftwerk Völklingen. Er forderte, bei allen bestehenden Kohlekraftwerken entsprechende Anlagen zur Rauchgasentschwefelung nachträglich einzubauen. Die dafür nötigen fünf bis sechs Milliarden DM wollte er leicht hereinholen, weil die Leute sich über die neu geschaffenen Arbeitsplätze freuen würden. „Ich bin auch davon überzeugt, daß unsere Bürger bereit sind, zur Finanzierung dieser Maßnahmen eine Anhebung des Strompreises in Pfennighöhe in Kauf zu nehmen.“

Dr. Lammert (CDU/CSU) kontraste mit der Notwendigkeit des „Wettbewerbs als Ordnungs- und Lenkungsprinzip“. Mehr Lebensqualität sei nur durch Ausdehnung der staatlichen und privaten Investitionen zu haben. Nullwachstum sei gefährlich. „Bei einer stagnierenden Wirtschaft sind steigende Investitionen nur durch Einschränkung des privaten Verbrauchs oder durch zuneh-

mende Staatsverschuldung oder durch entsprechende Steuererhöhungen finanziertbar. Das unvermeidliche Ergebnis all dieser ja auch miteinander kombinierbaren Varianten ist eine wachsende Belastung der Verbraucher, vor allem der Bezieher niedriger Einkommen.“

Frau Blunck (SPD) fand es „hilfreich und nützlich für uns alle, wenn wir den exzessiven Gebrauch von Düngemitteln und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln reduzieren würden“. Sie schlug vor: „Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklungsländer in zunehmendem Maß zum Abladeplatz von Chemikalien geworden sind, die bei uns entweder verboten sind oder deren Anwendung besonderer Kontrolle unterliegt, sollten wir den Export von Giftstoffen, namentlich von Pestiziden, die bei uns nicht zugelassen sind, verbieten.“ Mochte sie auch vorgeben, auf das Volk zu hören und daher „aufzunehmen und zu beherzigen, was uns Betroffene, Alternative, Landwirte, Grüne, Frauen, die Friedensbewegung sagen“, so möchte ihr vielleicht keiner der so Ver-einnahmten in ihrer Begründung zustimmen: „Der Export dieser Giftstoffe fällt schließlich auf uns zurück, weil viele Nahrungsmittel, mit diesen Rückständen belastet, auf unsere Märkte zurückkehren.“

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sprang grob mit ihrer Idylle um: „Ich weiß, daß es viele Sektierer in diesem Lande gibt.“ Von Vergiftung könne keine Rede sein, wenn man dem Boden Nährstoffe zuführe, damit er Kohlehydrate bilden könne. Im einen oder anderen Fall könne es sein, daß ein Mittel langfristig Schäden nach sich ziehe. Dann werde es eben aus dem Verkehr gezogen. Im übrigen dürfe man den Entwicklungsländern bei ihrem Umweltschutz nicht hineinreden. Das bedeutet nichts anderes, als daß sie zu Versuchstieren der westdeutschen Pharma-industrie erklärt werden. Daß überschüssige Nahrungsmittel in der EG vernichtet werden, wenn die Kapitalisten nicht den nötigen Profit damit machen, erklärte er aus der Natur des Produkts: „Obst ist schon immer verfault, und es wird auch in Zukunft verfaulen.“ Zur Begründung, warum man sich mit der Aufstockung der direkten Nahrungsmittelhilfe für die ärmsten Länder sehr zurückhalten sollte, erläuterte er, das eigentliche Problem dieser Länder sei nicht, daß die Menschen nichts zu essen haben, sondern daß sie keine Kaufkraft und Devisen haben. Mit anderen Worten: ohne Abhängigkeit von imperialistischen Mächten keine Aussichten, wenigstens dem massenhaften Hungertod zu entgehen. Ertl: „Nur wer politische und soziale Stabilität hat, ... wird auf die Dauer eine menschenwürdige Gesellschaft sichern können. Dazu bedarf es in der Tat eines gewissen Maßes an Lebensstandard – ich sage nicht: Wohlstand – und Zivilisation für alle.“ Über die unabdingbaren Voraussetzungen, die zum Vegetieren unterhalb des Wohlstands führen, hatte sich vorbereitend bereits der Abgeordnete Sauter (CDU/CSU) ausgelassen. Danach ist die Erhaltung, nötigenfalls die Herstellung von kleinbäuerlichem Eigentum das A und O der Lebensmittelproduktion: „Sicherheit der Besitzverhältnisse für Bauern ist die Voraussetzung, um Ertragssteigerungen anzustreben. In vielen Ländern der Dritten Welt bestehen große Unsicherheiten. Es gibt kein Grundbuch und kein Kataster ... Eigentums- und Pachttitel sind Voraussetzungen für den Fortschritt in der Landwirtschaft.“ Daneben sollen „die Erfahrungen, die unsere Vorfahren machten, nicht ungenutzt bleiben“. Das Heil der Bauern kommt vom Kleinkredit und vom kapitalistisch, möglichst noch kirchlich beherrschten Genossenschaftswesen. „Raiffeisen, Schulze-Delitzsch, Fürstabt Gerbert von St. Blasien haben Wege aus der Not gewiesen.“

Die Sitzung endete mit der einstimmigen Annahme einer zuletzt vom Innenausschuß bearbeiteten Entschließung, mit der das Parlament von der Bundesregierung einen Bericht zu rund 15 Punkten verlangte. Die Regierung stellte diesen Bericht kürzlich fertig. Sie erläutert darin, daß sie sich wegen des weitgespannten Zeitraums nicht imstande sieht, den geforderten Finanzbedarf für „Handlungsprogramme und -alternativen“ anzugeben, „um den Aussagen in Global 2000 Rechnung zu tragen“. Aber etwas weiß sie schon sicher: „Allerdings wird auch in den kommenden Jahren mit begrenzten öffentlichen Mitteln zu rechnen sein, so daß die ohnehin zu erwartenden höheren Forderungen der Entwicklungsländer kaum vollständig zu erfüllen wären.“ Sie steuert lieber Waren- und Kapitalexport als den Beitrag an, den die BRD leisten kann. Denn dort, „wo grenzüberschreitende Fernwirkungen auf unsere gemeinsame Lebensgrundlage zu Zuständen führen, die für die Betroffenen nicht mehr erträglich sind, ist rasches Handeln erforderlich“. Dabei „verfügen die entwickelten Länder

über die erforderlichen Technologien“, um dem in „Global 2000“ aufgezeigten Trend“ entgegenzuwirken. Durch Importe erfüllen die Entwicklungsländer ihren Teil der „engen internationalen Zusammenarbeit“. Aber sie müssen auch „sachgerecht und verantwortungsbewußt“ damit umgehen. Die Bemühung der Imperialisten auch im fremden Land um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen muß „durch rechtlich festgeschriebene Sicherung“ honoriert werden. „Dies gilt für Entscheidungen im privatwirtschaftlichen Bereich ebenso wie bei Planungen, Verwaltungsentscheidungen und Investitionen der öffentlichen Hände.“

An Initiativen hat die Bundesregierung zwei aufzuweisen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften soll noch in diesem Herbst ein Symposium abhalten, „um Ziele und Inhalte einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung der Waldschäden zu erarbeiten“. Zweitens lädt die BRD für 1984 zu einer Nordseeschutzkonferenz ein.

Der gegenwärtig in vielen Entwicklungsländern festzustellende „Raubbau am Wald“ erregt die Bundesregierung. Sie will etwas tun zur besseren Ausbildung des dortigen Forstpersonals, getreu der Linie, daß die Entwicklungsländer dann für ihren Umweltschutz und die Erneuerung der Ressourcen selber zu sorgen haben. Das kommt allemal billiger als eine Verpflichtung der westdeutschen Kapitalisten, die zerschlagenen Wälder wieder aufzuforsten, nachdem sie tropische Edelhölzer für Schiffsbau, Luxusmöbelproduktion u.a.m. abgeschleppt haben.

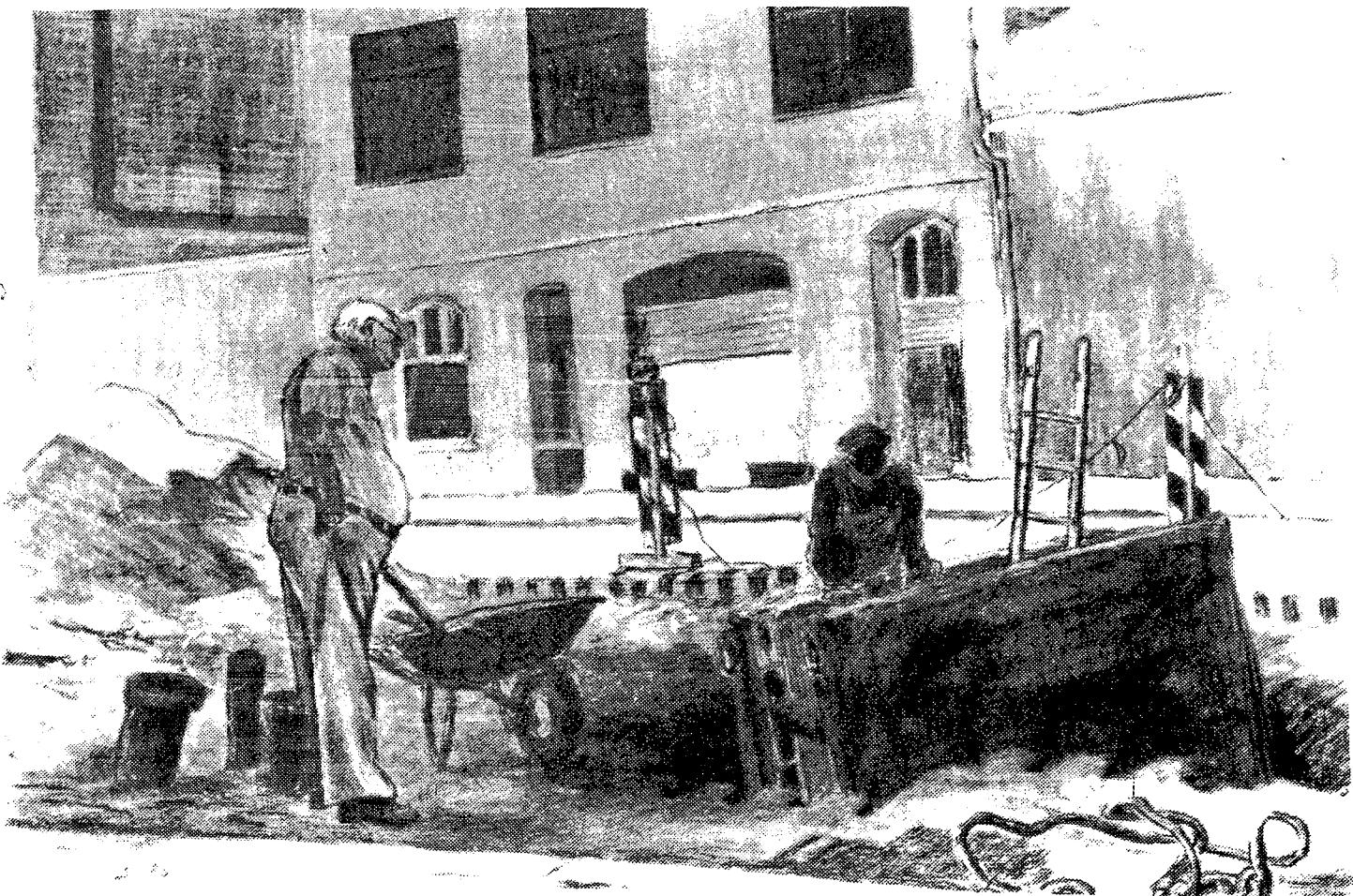
Was in der Bundestagsdebatte noch unverbindlich war, erscheint jetzt als Verpflichtung zum Handeln. Für die Entwicklungsländer „sollte ein Mindestmaß an wirtschaftlichem Wachstum angestrebt werden, um über zusätzliche Arbeitsplätze, vermehrte Massenkaufkraft und steigende Nahrungsmittelnachfrage eine Intensivierung der Agrarproduktion auf den bereits bewirtschafteten Flächen erreichen zu können“. Neben der Förderung von forst- und holzwirtschaftlichen Maßnahmen sollen auch die „Entwicklung und die Erprobung von Technologien zur rationalen Nutzung von Brennholz ... sowie zur Nutzung von Wasserkraft und alternativen Energiequellen unter verschiedenen klimatischen und meteorologischen Bedingungen ... zur Schonung der

natürlichen Ressourcen beitragen“. Hierbei ist das einzige bestimmende Interesse dasjenige der Branchen, die sich mit der Produktion von dergleichen alternativer Technologie für den Export befassen, weil hier ein Zukunftsgeschäft winkt. So rechnen etwa die Hersteller von Windkraftanlagen, bei entsprechend gezüchterter Kaufkraft, mit dem Absatz von einer Million kleiner Anlagen bis zum Jahr 2000. Diese Kapitalisten haben nur eine Kleinigkeit zu beachten: „Der Exportmarkt kann nur erschlossen werden, wenn auf funktionierende Referenzanlagen im Inland verwiesen werden kann und wenn die Anlagenkosten durch rationelle Produktionsweise gesenkt werden.“ Die Produktion solcher Anlagen ist von vornherein auf den Export berechnet, da sie sich für die BRD wegen der ziemlich kurzen Küsten und des bereits ausgebauten Stromnetzes nicht lohnt.

Der Mann in der Regierung, der dafür sorgen soll, daß die wissenschaftliche Forschung und insbesondere die Großforschungsanlagen das Nötige für die Wirtschaft tun, ist Dr. Heinz Riesenthaler, Bundesminister für Forschung und Technologie. Er macht sich für Spitzenforschung und eine dienende Elite stark. In einem Interview gegenüber der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ im Juni 1983 legte er dar, wie er sich die „Aufgaben der Zukunft“ für solche Institute denkt, z.B. für die Gesellschaft für biotechnologische Forschung in Braunschweig: „Etwa in der biotechnologischen Grundlagenforschung, aber auch in der Gentechnologie oder in der biologischen Verfahrenstechnik. Ich denke beispielsweise an die Errichtung einer Genbank, zu der alle Partner der GBF Zugang haben sollen.“ Damit wäre eine der bangen Fragen aus einschlägigen Industriekreisen, die die Fraktion der CDU/CSU schon 1981 vorgetragen hatte, in guten Händen, nämlich welche Rückwirkungen auf die chemische und pharmazeutische Industrie der Bundesrepublik Deutschland das Aussterben von ca. 500000 Tier- und Pflanzenarten hätte und in welchem Umfang dadurch die „Chancen der deutschen biologischen Forschung verringert“ würden.

Quellenhinweis: Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten, Zweitausendeins, Frankfurt 1980; Bundestagsprotokoll 9/125 vom 28.10. 1982; Bundestagsdrucksachen 9/1157, 9/1158, 9/1592; Unterlagen zu Global 2000, Bundesregierung nimmt Stellung, hrsg. vom Pressereferat, Bundesminister für Forschung und Technologie, 5.9. 1983 – (anl)

### Pastellkreide-Zeichnung



„Der Chef besucht die Baustelle“, ua., Braunschweig

## Stahl: Drastischer Lohneinbruch - auch eine Folge der Schichtarbeit

Daß die ständige Beschwörung der "Stahlkrise" vor allem dazu dienen soll, die Kosten der Arbeitskraft durch Lohnrückerei, weitere Verdichtung des Arbeitsprozesses und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erheblich zu senken, daraus machen die Konzerne und ihre poli-

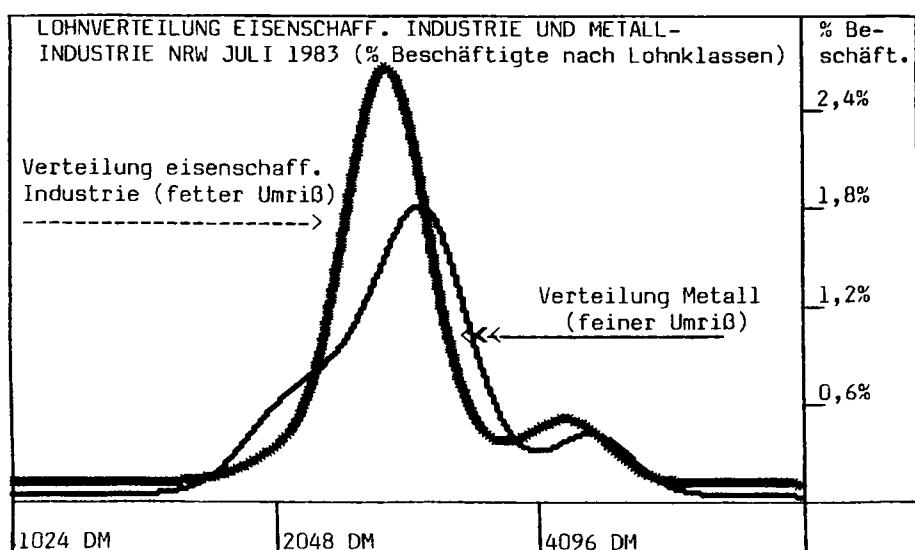
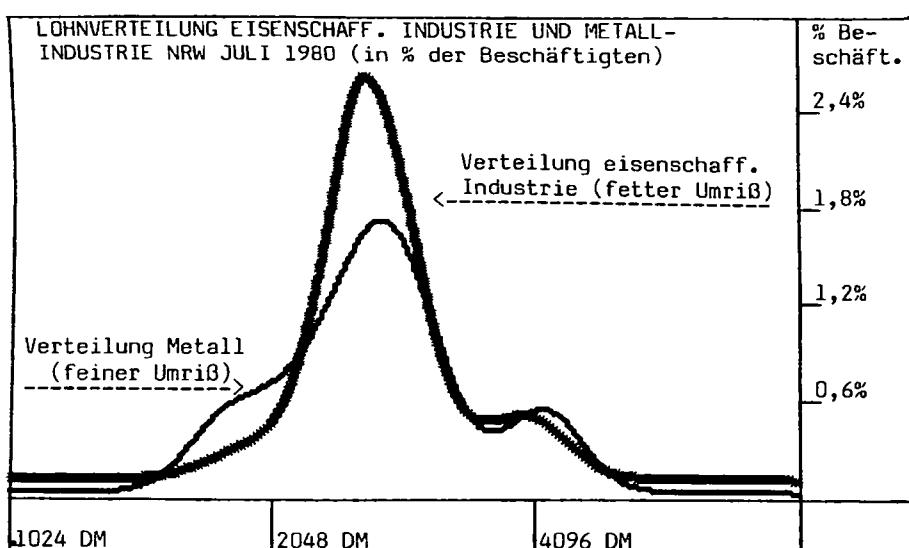
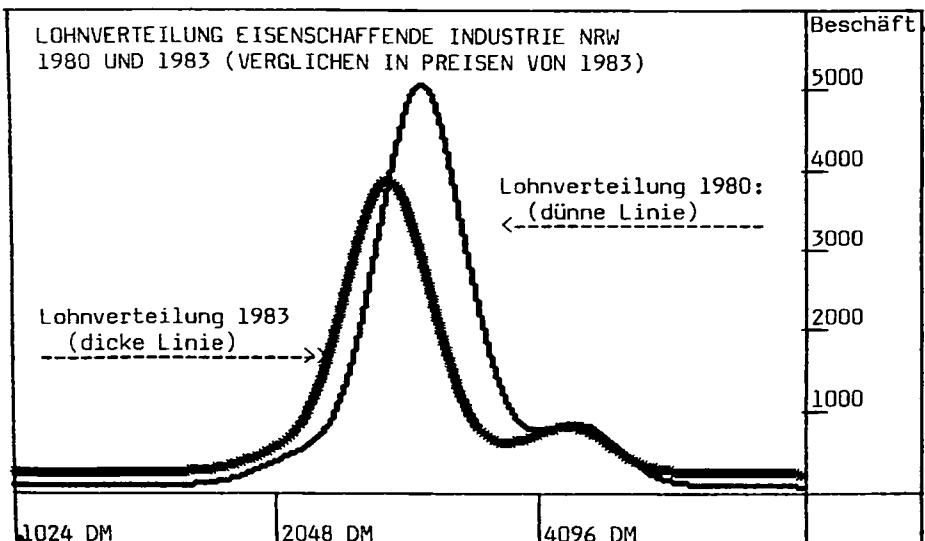
tischen Vertreter in Parteien und Regierung keinen Hehl. Im Gegenteil, das wird unmißverständlich und drohend verkündet. Daß aber dieser Prozeß längst im Gange ist und die Lohnsenkungen in der eisenschaffenden Industrie die in den anderen Industriezweigen in

einem Maße übertreffen, so daß Marken gesetzt werden für weiteren allgemeinen Lohnabbau, diese Tatsachen gehen unter dem Eindruck der andauernden Entlassungswelle in der Eisen- und Stahlindustrie leicht verloren.

In den nebenstehenden Schaubildern sind für die Monate Juli 1980 und Juli 1983 die Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie NRW nach der Höhe der effektiven Bruttomonatsverdienste verteilt. In den Bruttomonatsverdiensten sind Überstunden- und Schichtzulagen sowie das Kurzarbeitergeld enthalten. Zur Vergleichbarkeit sind im oberen Schaubild die Effektivverdienste 1980 und 1983 über den Index der Lebenshaltungskosten gleichgesetzt - in Kaufkraft von Juli 1983. In den beiden anderen Schaubildern wird das Lohngefüge in der eisenschaffenden Industrie mit dem in der Investitionsgüterindustrie, also der Metallindustrie NRW verglichen. Die Belegung der einzelnen Lohnklassen ist jeweils als Anteil an der Gesamtbeschäftigung im jeweiligen Industriezweig ausgedrückt.

Ins Auge springt, daß die Bruttoverdienste 7/83 der Arbeiter und der kleinen und mittleren Angestellten in der eisenschaffenden Industrie preisbereinigt erheblich unter das Lohnniveau von 7/80 gefallen sind. Wegen der wachsenden Steuerlast und zunehmender Sozialabgaben sind die Nettoverdienste mit Sicherheit noch mehr gefallen, so daß sich der Kaufkraftverlust in vielen Fällen auf mehrere hundert Mark summieren wird. Dabei haben die Stahlkonzerne sorgsam darüber gewacht, daß die Lohnsenkungen ausschließlich die treffen, die die schwere Arbeit machen. Das leitende Personal, die Antreiber sind davon ausgespart. Diese Unterschiede sind so gravierend, daß sie nicht in der Hauptsache durch Lohneinbußen aus Kurzarbeit erklärt werden können, von der die Angestellten nicht betroffen sind. Nur in einzelnen Produktionszweigen gibt es Kurzarbeit, und außerdem haben auch die einfachen Angestellten erhebliche Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Unübersehbar ist schließlich in dem oberen Schaubild der Rückgang der Beschäftigtenzahlen von 1980 auf 1983.

Im Vergleich mit der Lohnstruktur in der Metallindustrie sticht hervor, daß die Bruttoverdienste Metall von 1980 auf 1983 nominal weit mehr gestiegen sind als die in der eisenschaffenden Industrie. Die Verteilung Metall, deren Maximum 1980 nur wenig über dem der eisenschaffenden Industrie lag, ist 1983 deutlich auf der Lohnskala nach oben gerückt - im Vergleich der unteren und mittleren Lohnzonen jedenfalls. Das heißt, das Lohnniveau in der eisenschaffenden Industrie ist gegenüber dem in der Metallindustrie erheblich abgefallen. Auffällig auch hier, daß das nicht für das leitende Personal gilt.

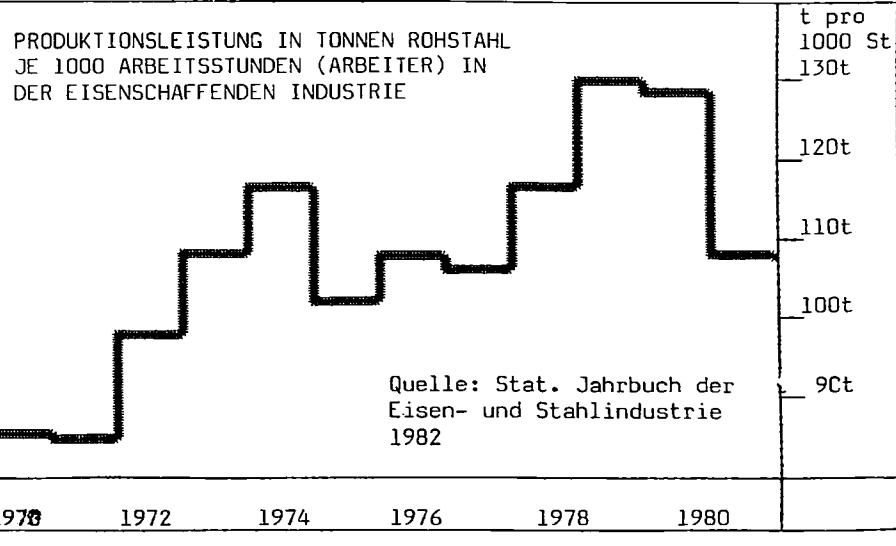


Unübersehbar ist ferner, daß der Anteil des leitenden Personals an den Beschäftigten in der eisen-schaffenden Industrie von 1980 auf 1983 gewachsen ist.

Für den massiven Einbruch des Lohnniveaus in der eisenschaffenden Industrie sind mehrere Ursachen verantwortlich, die im einzelnen noch untersucht werden müssen: Erstens hat die IGM-Führung sich in den letzten drei Jahren von den Stahlkonzernen unter Verweis auf die "Stahlkrise" zu Tarifabschlüssen erpressen lassen, die unter der Inflationsrate und außerdem erheblich unter den Abschlüssen in anderen Industriebereichen lagen. 1981 4,3% statt 4,9% in der Metallindustrie, 1982 zwar 4,2% wie für Metall, dafür aber mit 14 Monaten Laufzeit, und 1983 2% ab 1.4. und 3,2% ab 1.10., aufs Jahr gerechnet eine Erhöhung von etwa 2,6%. Zweitens haben die Stahlkonzerne, begleitet von Entlassungen und Entlassungsdrohungen, tariflich nicht abgesicherte Zulagen und Prämien gestrichen bzw. gekürzt. Drittens hat zweifellos die Kurzarbeit, die seit mehreren Jahren in verschiedenen Produktionsabteilungen der Eisen- und Stahlwerke gefahren wird, zu dem Lohnneinbruch beigetragen, auch wenn durch eine tarifvertragliche Regelung ein gewisser Ausgleich für die entfallenen Schichtzulagen geschaffen wird. Ca. 75% der Arbeiter in der eisenschaffenden Industrie arbeiten in Schichten, die meistens in Kontischicht. Die Schichtzulagen sind ein wesentlicher Lohnbestandteil (bis zu 20% des Bruttoverdienstes), der Grundlohn ist soweit gedrückt, daß ohne Schichtarbeit kein Auskommen ist. Der durch das Kurzarbeitergeld nicht ausgeglichene Wegfall von Schichtzulagen und Prämien hat das Lohnniveau weiter gesenkt.

Der Vergleich mit der Metallindustrie macht offenkundig: Wo - wie in der eisenschaffenden Industrie - die Aushöhlung des Normalarbeitsstages durch Überstunden und Sonderschichten in einzelnen Abteilungen, vor allem aber durch Nacht- und Schichtarbeit und Kontischicht zur Regel geworden ist, steht die Entlohnung ohne Schichtarbeit auf Niedrigstlohniveau und wird der durchschnittliche Lohnstandard bei jeder Krise des Geschäfts empfindlich gedrückt. Die Lohndrückerei ist wiederum der Hebel, über den die Kapitalisten eine weitere Verdichtung des Arbeitsprozesses erzwingen (siehe nebenstehendes Schaubild und Tabelle).

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe Effektivverdienste; Daten für 7/83  
Stat. Landesamt NRW



## In 27 Stunden Arbeitszeit die gleiche Produktion wie 1955 in 48 Stunden

Die Propagandamschine der westdeutschen Kapitalistenverbände gegen die Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich läuft auf vollen Touren. Die "Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände" will jetzt mit einer Flugblattserie Verwirrung in den Belegschaften stiften. Ihre "Argumente" gegen Arbeitszeitverkürzung lauten: "Kürzere Wochenarbeitszeit" bedeutet "steigende Kosten". Sie verschweigen jedoch, wie sie in der Vergangenheit die "Kosten" gesenkt haben, bzw. daß die Arbeiter heute trotz 40-Stundenwoche ein erheblich größeres Produkt erarbeiten müssen als zu der Zeit, als die Arbeitszeit noch 48 Stunden pro Woche betrug. In der nebenstehenden Tabelle ist die Jahresrohstahlproduktion je Arbeiter, also ein Produkt, das sich über die Jahre nicht geändert hat, aufgeführt. Daraus ergibt sich, daß trotz Durchsetzung der 40-Stundenwoche ab 1958 und trotz längerem Jahresurlaub der Stahlarbeiter 1981 rund 77% mehr Rohstahl produziert hat als 1955. Mit anderen Worten: der Stahlarbeiter müßte 1981 nur noch 27,2 Stunden arbeiten, um die gleiche Menge Rohstahl zu produzieren, ohne daß sich die "Kosten" des Kapitalisten auch nur um einen Pfennig erhöht hätten.

Hinter diesen nüchternen Zahlen, die mit Sicherheit in anderen Bereichen der Industrie oder im öffentlichen Dienst auch nicht viel anders aussehen werden, verbirgt sich eine bis ins Unerträgliche gesteigerte Arbeitsbelastung und in der Folge eine Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten. Heute werden rund 60% aller männlichen Arbeiter Früh-

Jahresrohstahlproduktion in t je Arbeiter in der BRD

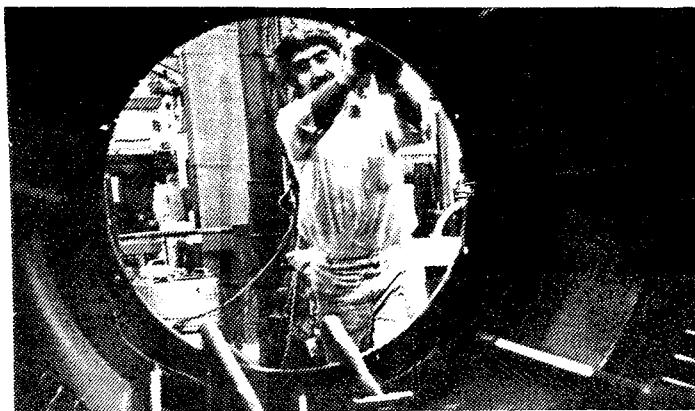
1955.....	1101,5
1960.....	1109,2
1965.....	1334,5
1970.....	1529,4
1974.....	1808,8
1975.....	1465,9
1976.....	1584,6
1978.....	1679,6
1979.....	1890,6
1980.....	1926,1
1981.....	1950,6

Die Zahlen beziehen sich auf die Arbeiter in den Stahlwerken.  
(Quelle: "Stahl und Eisen")

validen oder sterben, bevor sie das normale Rentenalter erreicht haben. Hinter diesen Zahlen verbergen sich auch Millionen freigesetzte Arbeiter und Angestellte, die jetzt beim Rückgang des Absatzes bei vielen Produkten keine neue Beschäftigung mehr finden. Wenn die Gewerkschaften die 35-Stundenwoche fordern, so versuchen sie nichts anderes, als die Folgen der bereits erfolgten Rationalisierung abzumildern. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände kündigt für den Fall ihrer Durchsetzung weitere Rationalisierung an. Die ist sicher keine leere Drohung, bloß die Kapitalisten rationalisieren so oder so. Wirft das aber nicht eine ganz andere Frage auf, nämlich ob die kapitalistische "freie Marktwirtschaft" den Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten genügt?

## Ausländerpolitik

### Kapitalisten und Gerichte schreiben neues Ausländerrecht fest



„Vermögensbildung“

### Die Reaktion sammelt Anhang für ihr Expansionsprogramm

„Ohne Förderung des Reichstums keine Beschäftigung für die Arbeiter“, hat die Bundesregierung ihre Steuersenkungen für die Kapitalisten und deren Anhang begründet. „Unser Eigenkapital muß erhöht, Vermögen gebildet, Besitz gefördert werden“, tönt es von den Kapitalisten. Privates Wohlbenen und geschäftliche Akkumulation der Kapitalisten zu fördern und all diejeni-

gen, die sich zu den „besitzenden und besseren Kreisen“ rechnen, als zu allen Verbrechen bereiten Anhang um die Kapitalisten und deren Expansionsprogramm zu scharen, war von Anfang an das Programm dieser Regierung. Wie weit ist sie damit inzwischen gediehen? Immerhin: das Instrumentarium, das ihr dafür zur Verfügung steht, ist reichlich und lange erprobt.

Eine ganze Serie neuer Angriffe auf die ausländischen Lohnabhängigen haben oberste Bundesgerichte und die Kapitalisten in den letzten Monaten entweder verfassungsrechtlich festgezurrt oder öffentlich propagiert. Ausländer haben kein Recht auf Versicherung! Ausländer haben Anspruch auf kurzen Prozeß! Alles Grundsätze, die in die zum Ende des Jahres geplanten Änderungen der Ausländergesetzgebung aufgenommen werden sollen.



## Krankenhäuser München

### Intensivierung der Arbeit – schlechtere Versorgung



Überstunden des Pflegepersonals auf den Normalstationen, Wochenenddienst an zwei bis drei Wochenenden hintereinander, Abhetzen und Schaffen, um eine Minimalversorgung der Patienten, vor allem der Schwerstkranken noch zu gewährleisten. Seit 1969 ist der Planstellenschlüssel für das Pflegepersonal nicht mehr geändert worden. 1975 ist die 40-

Stunden-Woche von der Gewerkschaft ÖTV erkämpft worden. 1972 betrug der Urlaub einer Krankenschwester (KR IV, bis zum Alter von 30 Jahren) 18 Tage, 1983 26 Tage. Kaum eine Planstelle hat der Dienstherr neu geschaffen. Unberücksichtigt bleibt auch die Mehrarbeit, die durch gestiegene Diagnostik und Therapie entstanden ist.

## Frankreich

### Regierung plant schwere Angriffe auf die Versicherungen

Die Regierung plant im Haushaltsentwurf 1984 die Weiterführung der im März 1983 beschlossenen Sondersteuer von 1% auf die steuerpflichtigen Einkommen, außerdem will sie die Beiträge der Lohnabhängigen zur Sozialversicherung um 1% erhöhen und künftig auch von den Beamten erheben, gleichzeitig will sie die Beiträge der Kapitalisten zur Krankenversicherung senken. Welche Forderungen stellen die Gewerkschaften?



## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

## Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (ZWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19  
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19  
Tel. 0221/517457

Postcheckkonto Köln,

Konto-Nr. 10419-307,

Bankleitzahl 37010030